

Heinrich Sieber



Hitlers Vorreiter

Eine Biographie

verfasst von seinem Enkel

Niklas Sieber

Für Pauline und Fabian

Inhalt

Ein einsamer Tod	4
Ein treuer Husar in den Zeiten von Chaos und Not	6
Heinrich wird Großgrundbesitzer	16
Vom Landvolk zu den Nazis	22
Wahlkämpfe für Hitler	41
Mit dem Stahlhelm zur Macht	50
Heinrich gibt Hitler die Macht	57
In Oschatz wird abgerechnet	62
Blut und Boden	71
Deutschlands höchstbezahlter Männergesangverein	81
Aufgalopp zum Krieg	91
Heinrichs zweiter Weltkrieg	97
Enteignung und Flucht	112
Siegerjustiz oder gerechte Strafe?	118
Nachwort: Warum diese Biographie?	127
Verzeichnis der Abkürzungen	138
Verzeichnis der Abbildungen	139
Verzeichnis der wichtigsten Personen	142
Anmerkungen	143

Ein einsamer Tod

Am 31.8.1946 starb einsam ein Bauer - wir wollen ihn mal Fritz nennen, denn er hatte einen falschen Namen angenommen - an einer Lungenentzündung in Braunschweig. Er hatte zwar den Weltkrieg überlebt, sonst aber fast alles verloren, was er besessen und geliebt hatte!

Und dabei hatte alles so vielversprechend begonnen! Sein Vater war Kommerzienrat und die Familie war hoch angesehen. Im ersten Weltkrieg war er Rittmeister des Königlich Sächsischen Husarenregiments und wurde aufgrund seiner außergewöhnlichen Tapferkeit mit dem vergleichsweise selten vergebenen Ehrenkreuz erster Klasse (EK1) ausgezeichnet. Danach heiratete er und wurde Besitzer eines stolzen Rittergutes in Sachsen, dessen großzügige Ländereien an Fruchtbarkeit teilweise nicht mehr zu übertreffen waren. Er war der Gutsherr über ein ganzes Dorf, dessen Einwohner auf dem Hof beschäftigt waren. Erfolgreich brachte er den Hof über die Wirtschaftskrisen der 20er Jahre und verwandelte ihn in einen vorbildlichen Lehrhof.

Im Kreis und in der Gemeinde war Fritz hoch angesehen, denn er hatte ein Fülle von Ämtern inne: Mitglied des Gemeinderats und des Landesbauernrats, Landvolkführer, Vorsitzender des Bezirkstages, Hauptabteilungsleiter der Landesbauernschaft, Kreisbauernführer und Landesreiterführer. Aber er verkehrte auch mit wichtigen Leuten der Regierung in Berlin, wo er ein besonderes Amt inne hatte, von dem noch später berichtet wird.

Schneidig sah er aus auf den Fotos, die ihn in Uniform, das EK1 stolz auf der Brust, mit seitlich hoch rasierten Haaren, etwas zusammengekniffenem Mund und starrem, in die Ferne schweifenden Blick zeigen. Schneidig war auch das Auftreten der Reitertruppe, die Fritz im Range eines Brigadeführers in scharfen Ton befehligte. Stolz ritt sie bei Fackelzügen durch die Kreisstadt, Fahnen am Steigbügel befestigt, das Musikkorps vorneweg. Die Leute standen an den Straßen und klatschten Applaus.

Doch dann kam der Krieg und an dessen Ende auch die Wende in Fritz' Leben. Der Sieg der Alliierten bedeutete für Fritz der persönliche Untergang. Die Russen marschierten ein und er wurde polizeilich gesucht. Unter falschem Namen arbeitete er in einer Gärtnerei. Sein gesamter Besitz wurde enteignet und an Kleinbauern verteilt. Seine Frau und zwei Kinder wurde von der Besatzungsmacht interniert und konnten später in den Westen fliehen. Fritz war schon vorher untergetaucht und hatte sich ebenfalls in den Westen abgesetzt. Um zu überleben, musste er sich bei einem Bauern verdingen. Fritz sah seine Familie nur sehr selten. Seine Frau

lebte 500 km entfernt und seinen ältesten Sohn bekam er nicht mehr zu Gesicht, denn er war nicht vom Krieg in Russland zurückgekehrt. Vor dessen Heimkehr aus russischer Gefangenschaft starb Fritz ohne seine Familie einen einsamen Tod.

Wie konnte es zu dieser radikalen Wende im Leben von Fritz kommen? Warum wurde er polizeilich gesucht? Warum versteckte er sich unter falschem Namen im Westen, wo doch die Russen keine Macht hatten? Was hatte er zu verbergen? War sein Los reine Willkür der Siegermächte? War es Schicksal? Oder hatte er vielleicht selbst zu dem Fortlauf der Ereignisse einen kleinen, aber nicht unerheblichen Teil beigetragen? Diese Fragen möchte ich in seiner Biographie beantworten.

Ein treuer Husar in den Zeiten von Chaos und Not

Fritz hieß mit richtigem Namen Karl Heinrich Sieber und stammte aus einer hoch angesehenen Familie in Thüringen. Die Familie kam eigentlich aus dem sächsischen Erzgebirge, wo sich in dem Ort Kühnhaide bei Zwönitz der älteste Vorfahre Heinrichs, ein Bauer namens Oswald Sieber mit einem Geburtsjahr vor 1530, nachweisen lässt. Seine Nachfahren blieben als Bauern, Schneider und später Schneidermeister im Erzgebirge, bis Carl Traugott Sieber (1801-1871) nach Ronneburg bei Gera umsiedelte. Kaum war Traugott umgezogen, wurde er im Kirchen-, Schul- und Bürgervorstand aktiv. Sein Hauptverdienst war die Gründung der Gößnitz-Geraer Eisenbahngesellschaft, deren Direktor er

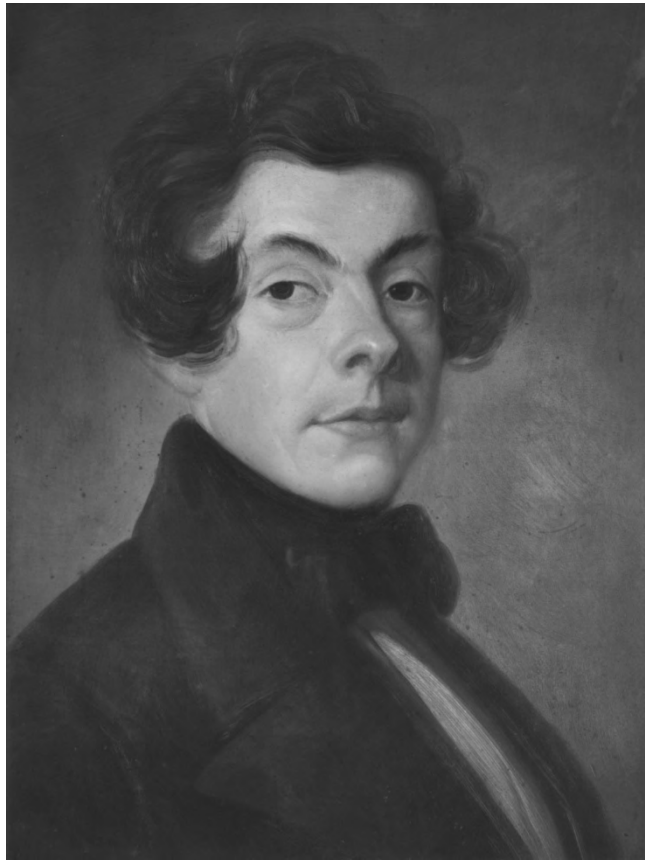


Abbildung 1: Carl Traugott Sieber 1801-1871

wurde. Er gründete 1828 ein Kolonialwarengeschäft, dessen Erträge so gut waren, dass er sich das Rittergut Liebau im Vogtland leisten konnte. Für seine Verdienste verlieh ihm der Herzog von Altenburg den Ehrentitel „*Herzoglich Sachsen-Altenburgischer Kommerzienrat*“ und ein Familienwappen.

Traugott, Heinrichs Urgroßvater, kann deshalb als Stammvater der modernen Familie Sieber betrachtet werden. Den Titel Kommerzienrat führten später auch Heinrichs Vater und Großvater. Traugotts ältester Sohn Johann Carl erweiterte den Kolonialwarenladen nach der Heirat gemeinsam mit der Tochter des Kaufmanns Heydenreich und nannte das Geschäft „C. Sieber-Heydenreich“. Es bestand aus zwei Verkaufshäusern in der Marktstraße und einem Speichergebäude am Bahnhof. Offensichtlich liefen die Geschäfte gut, denn 1897 erwarb Johann für 245.000 Reichsmark - eine in heutigen Werten erhebliche Summe¹ - das Rittergut Endschütz, etwa 15 km südlich von Gera. Das Land wurde verpachtet, das Herrenhaus renoviert und das nahegelegene Mariental als Park hergerichtet, damit die Familie hier den Sommer verbringen

konnte. Johann war Sprecher des Bürgervorstandes, Leiter des Gewerbevereins, Direktor der Sparkasse und Mitglied des Königlich Sächsischen Eisenbahnrates. Heinrichs Großvater ist noch bis heute für seine Wohltätigkeit in Endschütz bekannt. Nach seinem Tode im Jahr 1913 hinterließ Johann in seiner Funktion als Kirchenpatron 1.000 Reichsmark für die kirchliche Armenpflege.²

Johanns ältester Sohn Carl Heinrich übernahm sowohl den Titel als Kommerzienrat als auch den Kolonialwarenladen und das Gut Endschütz. Seine Frau Elisabeth, geborene Herrmann, brachte zusätzlich noch das Rittergut Posterstein bei Ronneburg in die Ehe ein. Am 10.9.1888 wurde der erste Sohn Karl Heinrich in Ronneburg geboren. Es war das

Dreikaiserjahr, als der deutsche Kaiser Wilhelm I. und wenig später auch sein ältester Sohn Friedrich III. starb und Wilhelm II. als dritter Kaiser in diesem Jahr den Thron bestieg.

Als Heinrichs Vater 1919 im Alter von 60 Jahren verstarb, hinterließ er den gesamten Besitz Elisabeth und den beiden Söhnen Heinrich und Günther. Heinrich hatte damit die besten Startchancen: Er entstammte einer angesehenen, großbürgerlichen Familie, die nicht unerheblichen Grundbesitz ihr Eigen nannte. Das Erbe musste er sich nur mit seinem jüngeren Bruder Günther teilen, von dem später noch berichtet wird.

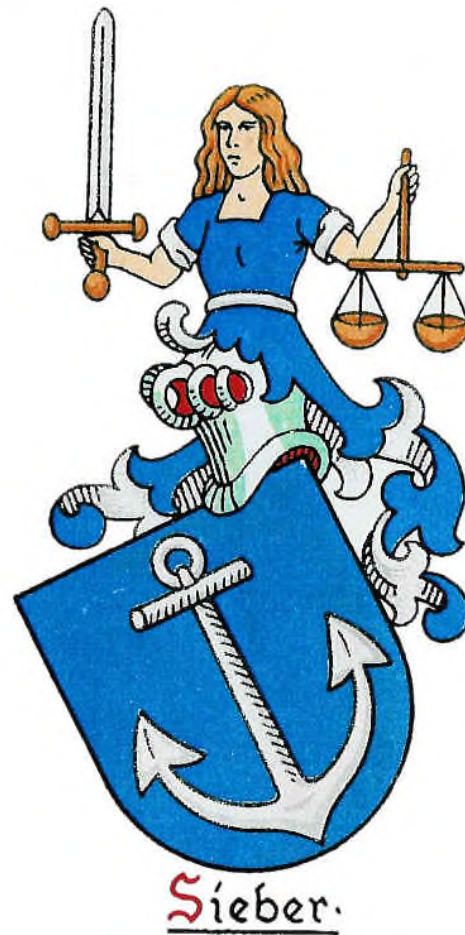


Abbildung 2: Wappen der Familie Sieber



Abbildung 3: Rittergut Endschütz

Leider ist über Heinrichs Kindheit und Jugend wenig bekannt. 1909 legte er sein Abitur am Realgymnasium Gera ab und schlug danach eine militärische Laufbahn ein. Zunächst war er Fahnenjunker - der niedrigste Dienstgrad eines Unteroffiziers - im 2. Königlich Sächsischen Husarenregiment Nr. 19 zur Grimma (Sachsen) und machte dort schnell Karriere: 1910 wurde er Leutnant, 1915 Oberleutnant und zwei Jahre später Rittmeister. Im ersten Weltkrieg, an dem er von 1914 bis 1918 teilnahm, hatte er zunächst die Funktion eines Zugführers und ab 1915 die eines Ordonnanz Offiziers.

Ordonnanzoffiziere

sind meist jüngerer oder dienstgradniedrigerer Offiziere, die höheren Offizieren in herausgehobener Dienststellung zur besonderen Verwendung beigeordnet wurden. Ordonnanzoffiziere unterstützen ihren Befehlshaber vor allem bei der Erledigung alltäglicher Aufgaben wie Schriftverkehr oder Vorbereitung und Durchführung repräsentativer oder protokollarischer Aufgaben.

1916 wurde Heinrich Regiments Adjutant. Diese hatten die Aufgabe, den Truppenbefehlshaber bei seinen Führungsaufgaben, der Ausbildung und beim militärischen Geschäftsgang zu unterstützen. Adjutanten teilten oftmals die Dienste ein, führten Tage- und Meldungsbücher und hatten Meldungen und Befehle entgegenzunehmen und zu überbringen. Im Deutschen Reich waren Adjutanten aufgrund ihrer Funktion dienstlich beritten. Im Verlauf des Krie-



Quelle: Dietrich Sieber

Abbildung 4: Heinrich als Husarenleutnant

ges stieg Heinrich dann als Rittmeister zum Schwadronschef auf. Ein Schwadron (franz. Eskadron) war die kleinste taktische Einheit der Kavallerie, deren Kriegsstärke 150 Pferde und 5 Offiziere betrug.

Heinrich wurde mehrfach für seine außergewöhnlich Tapferkeit ausgezeichnet und erhielt die Eisernen Kreuze erster und zweiter Klasse (EK1 und EK2), den Zivilverdienstorden Ritterkreuz 2.Klasse (VR2), den Albrechtsorden Ritterkreuz 2.Klasse (AR2), den Sachsen Ernestinischer Hausorden Ritterkreuz 2.Klasse (SEHR) und das Ehrenkreuz für Frontkämpfer. Das Eiserner Kreuz erster Klasse war eine sehr hohe Auszeichnung, die im ersten Weltkrieg vergleichsweise selten vergeben wurde.

Kurz vor Ende des ersten Weltkrieges hatten die Deutschen - und damit auch Heinrich - gegen ein Millionenheer der Engländer, Franzosen, Russen und Italiener gekämpft. Die Deutschen Truppen standen überall noch auf ausländischem Gebiet, als im Sommer 1918 der Gegner mit seinen „Tanks“ und frischen amerikanischen Truppen eine Offensive startete, die den Deutschen schwere Verluste an der Westfront brachten. Eine Niederlage Deutschlands war mehr und mehr abzusehen, wurde aber dem Volk verschwiegen, obwohl



Abbildung 5: Der Albrechtsorden Ritterkreuz 2. Klasse

die oberste Heeresleitung gegenüber dem Kaiser eine Weiterführung des Krieges für aus-

sichtslos erklärt hatten. Im September überzeugte Generalfeldmarschall Hindenburg Kaiser Wilhelm II davon, dass angesichts der militärischen Überlegenheit des Gegners Deutschland den Krieg definitiv verloren habe. Anfang Oktober kam es zu Waffenstillstandsverhandlungen mit den Alliierten, deren Bedingungen jedoch von der deutschen Heeresleitung nicht akzeptiert wurden. Der Krieg ging weiter, obwohl andere Bündnispartner Deutschlands schon einen Waffenstillstand geschlossen hatten. Angesichts der hohen Zahl an Todesopfern und der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung brachen Ende Oktober an vielen Orten in Deutschland Soldatenaufstände aus, die das Ende der Monarchie forderten und den Krieg beenden wollten. Im November dankte der Kaiser ab, floh nach Holland und nach vier Jahren Krieg schwiegen endlich die Waffen.

Nachdem Jahre lang Siegesmeldungen verbreitet worden waren, herrschte in Deutschland oft nur Entsetzen und Empörung über die Niederlage. Obwohl Generalfeldmarschall Hindenburg noch vor der Novemberrevolution den Kaiser von einer drohenden militärischen Niederlage überzeugt hatte, erfand er ein Jahr später vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung die „*Dolchstoßlegende*“ oder besser -lüge. Diese besagt, dass das deutsche Heer bei Kriegsende durch die Novemberrevolution „*von hinten erdolcht*“ wurde. In der Weimarer Republik nutzten rechtsnationale und konservative Kreise diese Legende für eine hasserfüllte Propaganda, die die SPD und anderen politisch linke Kräfte für den verlorenen Krieg verantwortlich machte und als „*Novemberverbrecher*“ beschimpfte. Ob auch Heinrich ein Anhänger der Dolchstoßlegende war, kann nicht nachgewiesen werden, es ist aber angesichts seiner bisherigen Biographie sehr wahrscheinlich.

Nach dem Abdanken des Kaisers war die zukünftige Regierungsform unklar. Die Kommunisten wollten eine sozialistische Republik nach dem Vorbild Russlands. Zusammen mit den Sozialdemokraten bildeten sie Arbeiter- und Soldatenräte. Die rechtskonservativen Kräfte wie z.B. die Deutschnationale Volkspartei DNVP wollten den Kaiser zurück oder eine Diktatur. Die demokratischen Kräfte wie z.B. SPD, Zentrum und Deutsche Volkspartei DVP strebten eine demokratische Verfassung des Staates an. Allerdings waren die Sozialdemokraten geschwächt, weil sich schon im Krieg die Unabhängige Sozialdemokratische Partei USPD abgespalten hatte.

Im Anschluss an die Novemberrevolution gab es an vielen Orten in Deutschland Auseinandersetzungen und Kämpfe zwischen den drei Gruppen. Trotz der Kämpfe wurden im Januar 1919 freie Wahlen abgehalten, bei denen Frauen erstmalig Wahlrecht hatten. Die demokratischen Parteien gingen mit $\frac{3}{4}$ der Stimmen als Sieger hervor. Da in Berlin Straßenkämpfe tob-

ten, trat die Nationalversammlung in Weimar zusammen. Die Sozialdemokraten, bildeten als stärkste Kraft zusammen mit dem Zentrum und der Deutschen Demokratischen Partei die erste Regierung der Weimarer Demokratie. Deutschland war zum ersten Mal eine Demokratie, die aber noch lange nicht gefestigt war.



Quelle: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig

Abbildung 6: Straßenbarrikade in Leipzig 1918

Heinrich kehrte am Ende des Krieges nach Sachsen zurück, wo seine militärische Laufbahn begonnen hatte. Auch hier war die Revolution im November 1918 ausgebrochen. Die Revolution verlief aber nach Angaben des Dresdener Anzeigers in geordneten Bahnen und war von einem „Respekt für die öffentliche Ordnung“ geprägt³. Nach Massendemonstrationen übernahm die SPD die Regierungsgewalt in Sachsen, König Friedrich August III. musste auf den Thron verzichten und auf dem Dresdener Schloss wehte die rote Fahne. 100.000 Menschen feierten die Revolution auf dem Leipziger Augustusplatz. In den folgenden Wochen bildeten sich in 144 Städten des Landes 124 Arbeiter- und Soldatenräte⁴. Im Februar 1919 gewann die SPD bei den Volkstammerwahlen in Sachsen die absolute Mehrheit. *„Damit schienen die schlimmsten Alpträume der Bürgerlichen und der alten Eliten Wirklichkeit geworden zu sein: Arbeiter herrschten im ‚roten Sachsen‘. Sachsen war der einzige bedeutende deutsche Flächenstaat, in dem die Arbeiterbewegung nach der Revolution im Landesparlament eine solch dominierende Position einnahm.“*⁵

Heinrich wurde im Juli 1919 außer Dienst gestellt und studierte bis 1920 zwei Semester an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Leipzig. Er geriet mitten in den Strudel der Revolution, denn Anfang 1919 regierte in Leipzig ein Arbeiter- und Soldatenrat. Die Revolution in Sachsen und der Zerfall des alten Systems, die Abdankung des sächsischen Königs, von dem

er kürzlich noch einen Orden erhalten hatte, muss für ihn ein Schock gewesen sein. Aus großbürgerlichen Kreisen stammend, auf dem Lande aufgewachsen, hatte er die letzten neun Jahre in konservativen Militärkreisen verbracht. Während des Krieges verkehrte er in dem mehrheitlich adligen Offizierskorps. Es ist unbekannt, welche Rolle er in den Auseinandersetzungen nachweislich spielte. In einem handschriftlichen Lebenslauf⁶ schilderte er später, dass er kurz ins Gefängnis kam, weil er rote Fahnen abbriss.

Ende Februar 1919 kam es in Leipzig zu einer Konfrontation zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft. Auslöser war ein Streik der Arbeiter, organisiert von der USPD⁷. Als die streikenden Arbeiter den Bürgermeister zwangen, die damals enorme Summe von 400.000 Reichsmark an die Arbeiterrat zu spenden, gleichzeitig Plünderungen und willkürliche Gewalt auf den Straßen immer häufiger vorkamen, entstand ein Klima der Angst im Bürgertum. Es bildete sich ein Bürgerrat, der einen Gegenstreik organisierte, und das ganze Stadtleben war für zwei Monate paralytisch. Alles stand still: Keine Gas, Strom und Wasserversorgung, kein öffentlicher Nahverkehr, keine Arbeiter und keine Angestellten auf der Arbeit. Die Streiks musste endlich erfolglos abgebrochen werden.

Die nächsten Unruhen folgten schon im April, nachdem der sächsische Kriegsminister Gustav Neuring (SPD) von aufgebracht Kriegs veteranen in die Elbe geworfen und dann erschossen worden war. Es kam zu einem Volksaufstand und da die sächsische Regierung nicht Herr der Lage wurde, verhängte sie den Belagerungszustand über Sachsen. Die Reichsregierung schickte 20.000 Soldaten des Freikorps Görlitz unter dem Kommando des berühmten General Maerker, der am 11. Mai in Leipzig einmarschierte. Der Arbeiterrat in Leipzig wurde abgesetzt und in einem Aufruf wurde gedroht, bewaffneten Widerstand mit rücksichtsloser Niederschlagung zu beantworten. Die Militäraktion in Leipzig beseitigte die letzte Hochburg der Rätebewegung in Deutschland. General Maerker stellte in Sachsen Freiwilligenverbände - sog. Zeitfreiwillige - auf, die sich hauptsächlich aus Gymnasiasten und Studenten rekrutierten.



Quelle: Landesbildstelle Berlin

Abbildung 7: Einmarsch der Freikorps in Sachsen 1920

Das zweite Halbjahr 1919 war eine weniger bewegte Zeit und Heinrich konnte sich mehr dem Studium widmen. Aber schon im März 1920 kamen die nächsten Unruhen. Freikorps unter der Leitung des Rittergutsbesitzers Wolfgang Kapp versuchten, die Reichsregierung in Berlin zu stürzen. Da die Reichswehr den Aufstand nicht niederwarf, wurde die sozialdemokratische Regierung zur Flucht aus der Hauptstadt gezwungen. Nur ein Generalstreik, organisiert von den Gewerkschaften, konnte verhindern, dass die junge Demokratie in eine Diktatur verwandelt wurde.

Auch in Dresden, Leipzig, Chemnitz und anderen Städten bildeten sich Arbeiterräte und Aktionsausschüsse, die den Widerstand gegen die Putschisten organisierten. Auch in Sachsen wurde das öffentliche Leben lahmgelegt. Die Mehrheit der Leipziger Bevölkerung und der Bürgerausschuss stellten sich hinter die rechtmäßige Regierung.

Freikorps

Die Freikorps waren Freiwilligenverbände, in denen sich ehemalige Soldaten, monarchistische und rechtskonservative Kräfte sammelten, die durch Kriegsende und revolutionären Umbruch weder Perspektive und noch gesicherte Zukunft sahen. Sie wurden häufig von Großgrundbesitzern und Industriellen finanziert. Freikorps und deren Nachfolgeorganisationen sollten auch in Heinrichs späteren Leben eine Rolle spielen. Freikorps waren bei der Niederschlagung der Räterepublik in Bremen und München beteiligt. Freikorps ermordeten die KP-Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, den Reichsaußenminister Rathenau, den Führer der Münchner Räterepublik Kurt Eisner und auch den Zentrumspolitiker Mathias Erzberger, der die Waffenstillstandsverhandlungen 1918 führte.

Letzterer war durch die „*Organisation Consul*“ umgebracht worden, ein Nachfolgeverband der Freikorps, der einige Verbindungen nach Sachsen hatte. Beispielsweise stammte aus ihren Reihen der spätere Fraktionsführer der NSDAP im sächsischen Landtag, Manfred Killinger, der schon wegen Beteiligung an der Ermordung des Reichsfinanzministers Matthias Erzberger im Gefängnis gesessen hatte. Auch rechtsextreme Kreise der Leipziger Studenten unterhielten zur „*Organisation Consul*“ während der Aufstände enge Verbindung.⁸

Am 14. März rief die USPD zu Massenversammlungen in Leipzig und zu einer Demonstration auf. Als sich jedoch die Demonstrationzüge dem Versammlungsplatz näherten, wurden sie von Angehörigen des Zeitfreiwilligenregiments und Teilen des Reichswehr überfallen. Ohne Warnung wurde auf die Massen geschossen, die eigentlich nur die demokratisch gewählte Regierung verteidigen wollten. An dem „Leipziger Blutsonntag“ wurden 40 Demonstranten getötet und mehr als 100 verletzt. Das Hauptgebäude der Universität hatte sich in ein Militärlager der mit Kapp sympathisierenden Studenten verwandelt⁹. Ob Heinrich dabei war ist unbekannt.

Dennoch konnten sich in Leipzig die Putschisten nicht militärisch gegen die Arbeiterwehren durchsetzen und mussten einem Waffenstillstand zustimmen. Dieser wurde jedoch von Reichswehr und Zeitfreiwilligen gebrochen. Als sich am 19. März viele Menschen zur Beerdigung der Gefallenen auf dem Südfriedhof befanden, wurde das Volkshaus der Gewerkschaft in Brand geschossen und erstürmt. Die Auseinanderset-



Abbildung 8: Bataillonsstab der Zeitfreiwilligen im Leipziger Universitätshof

zungen in Leipzig kosteten insgesamt mehr als 300 Tote und Verwundete.¹⁰ Den Putschisten gelang es nicht, sich an der Macht zu etablieren. Sie fanden bei der Ministerialbürokratie keine Unterstützung, auch der Generalstreik zeigte Wirkung und der Putsch wurde beendet.

Heinrich, der zu der Zeit in Leipzig studierte, war vermutlich nicht bei den Zeitfreiwilligen¹¹. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass er viele Kommilitonen kannte, die an den Kämpfen beteiligt waren. Heinrich studierte nur zwei Semester Landwirtschaft und beschloss dann, dass er genug von dem Chaos in der Stadt hatte.

Heinrich wird Großgrundbesitzer

Im Alter von 32 Jahren heiratete er die 12 Jahre jüngere Gertrud Gadegast aus Cannewitz, nicht weit von Grimma, seinem ehemaligen Truppenstandort. Gadegast war eine alteingesessene Großgrundbesitzerfamilie, die fast schon zum Landadel Sachsens gehörte. Die Familie hatte es über Jahrhunderte durch die Zucht von hochwertigen Merinoschafen für den Export zu einem beachtlichen Wohlstand gebracht. Den Gadegasts gehörten die Güter Cannewitz, Mannschatz, Thalgut bei Oschatz und Schmorkau. Bilder zeugen von den Besuchen des letzten sächsischen Königs, König Friedrich August III., auf den Landgütern. Bei einer dieser Visiten überreichte Gertrud dem König im Alter von acht Jahren einen Blumenstrauß. Gertrud war Tochter des Max Gadegast, Rittmeister beim 1. Königlich Sächsischen Husarenregiment. Max besaß zwei Rittergüter, eines in Cannewitz, das er geerbt hatte und ein weiteres in Wiederoda, das seine Frau Emilie Barth in die Ehe mitgebracht hatte. Darüber hinaus gehörte ihr ein ganzer Häuserblock in der Nähe des Leipziger Hauptbahnhofs.

Entsprechend der gesellschaftlichen Position fanden auch die Hochzeitsfeierlichkeiten am 8.9.1920 in Cannewitz statt. Gertrud berichtet: *„Es wurde eine große Hochzeit mit 50 Gästen. Meine Eltern hatten vor dem Herrenhaus ein Zelt aufbauen lassen, von einer Schützengesellschaft ausgeliehen. Das Zelt war außen und innen sehr schön mit Fichtenzweigen geschmückt. Fichtengirlanden, an Masten aufgehängt, begrenzten den kurzen Weg zur Kirche. Es wurde ein besonderes Fest, das mir noch lange in Erinnerung geblieben ist, denn während des Ersten Weltkrieges hatte man doch andere Sorgen als fröhlich zu sein. So wurde im Zelt ausgelassen getanzt.“*¹²

Gertrud brachte das Rittergut Wiederoda in die Ehe ein. Im stattlichen Herrenhaus mit 42 Zimmern lebte sie nun mit Heinrich zwölf Kilometer von der Kreishauptstadt Oschatz entfernt. Oschatz wiederum liegt an der Eisenbahnstrecke, etwa in der Mitte zwischen Leipzig und Dresden. Heinrich konnte trotz der ländlichen Lage Wiederodas relativ schnell mit der Eisenbahn zwei Großstädte erreichen.

Das Rittergut wechselte an 15. Juli 1922 in den Besitz Heinrichs über¹³, nachdem Heinrich eine Grundschuld seiner Frau in Höhe von 30.000 Goldmark abgetragen hatte. Er wollte als Eigentümer und nicht als „Kronprinz“ das Gut bewirtschaften. Das Geld hat er mit Sicherheit nicht während seiner Militärzeit angespart, sondern es stammte von seinem Erbe. Aus der Sicht von Heinrichs Sohn Dietrich war dieses ein mutiger Schritt, weil sich Heinrich bisher wenig mit Landwirtschaft beschäftigt hatte und ihm vor allem die Praxis fehlte.¹⁴ Aber seinen Mut hatte er ja schon öfter bewiesen...



Abbildung 9: Herrenhaus des Rittergutes Wiederoda

Das Gut hatte 275 Hektar, davon 195 Hektar Ackerland mit teilweise hervorragenden Lössböden, die mit einer Güte von 95 (von maximal 100) Punkten bewertet wurden. Die hochproduktiven Lössböden machten den Ackerbau lukrativ. Bei der Übernahme des Gutes gab es 25 Pferde, 110 Stück Rindvieh, 900 Schafe und 100 Schweine. Das Gut umfasste mehrere Häuser, Stallungen, eine Gärtnerei und eine Brennerei, die zum Brennen von Spiritus aus Kartoffeln genutzt wurde. Der Rückstand, die Schlempe, gelangte durch eine Rohrleitung als Viehfutter zum Kuhstall. Die Schafzucht der Rittergüter des Amtes Oschatz insgesamt war weltweit bekannt. So wurden prämierte Zuchtböcke nach Australien, Neuseeland und Südafrika verkauft. Noch heute ist in diesen Ländern die Bezeichnung „Saxon-type“ oder „Saxon-class“ Ausdruck für besonders feine Wolle. Die Einkreuzung von Karakul in Merino brachte in Wiederoda diese beachtlichen Ergebnisse.¹⁵

Da die Mechanisierung damals noch recht wenig fortgeschritten war, waren eine Vielzahl an Landarbeitern und Mägden für den Betrieb notwendig. Praktisch das ganze Dorf Wiederoda war von dem Gut abhängig. Für Heinrich begann nun eine arbeitsame Zeit. Dietrich (Dietrich Sieber 2000) schildert in seinen Memoiren anschaulich und sehr detailliert wie die Landwirtschaft in Wiederoda betrieben wurde.

Während Heinrich sich in den folgenden Jahren vornehmlich der Landwirtschaft widmete, gingen in Sachsen die Unruhen weiter. Im März 1921 gab es wieder Arbeiteraufstände in Deutschland und diese drohten auch auf den Freistaat Sachsen überzugreifen, wo es zu fehlgeschlagenen Bombenanschlägen gegen Justizgebäude in Dresden, Leipzig und Freiberg ge-

kommen war. Auch im benachbarten Thüringen brachen kommunistische und anarchistische Aufstände aus, die mit militärischer Gewalt niedergeschlagen wurden.

Für die wirtschaftlich und politische Entwicklung der Weimarer Republik war der Friedensvertrag von Versailles aus dem Jahre 1919 von größter Bedeutung. Darin übernahm Deutschland die alleinige Kriegsschuld, verzichtete auf seine Kolonien und trat große Reichsgebiete ab. Die Friedensbedingungen wurden in Deutschland als niederschmetternd empfunden, da aus Sicht vieler Deutscher der Krieg nicht verloren war, weil die Armee angeblich unbesiegt war und deutsches Territorium bis zum Ende des Krieges vom Feind nicht erobert werden konnte. Noch bedeutender als die politischen Folgen waren die wirtschaftlichen Wirkungen des Vertrages. Der renommierte Ökonom John Maynard Keynes, der als Delegationsführer des britischen Schatzamtes an den Verhandlungen teilnahm, beurteilte die ökonomischen Wirkungen so negativ, dass er aus Protest von seinem Amt zurücktrat.

Die hohen Reparationszahlungen Deutschlands zwangen die deutsche Regierung dazu, sich stark zu verschulden und gleichzeitig große Mengen ausländischer Devisen aufzukaufen. Die Folgen waren eine Abwertung der Mark und einer immer schnellere Entwertung des Geldes. Im Jahr 1923 wurden Geldscheine im Wert von 100 Billionen Mark ausgegeben. Das in Bargeld oder auf Bankkonten angesparte Vermögen verlor innerhalb kürzester Zeit seinen Wert. Besonders für den Mittelstand bedeutete dieses den Verlust ihres Vermögens und führte zu einer Verarmung dieser Schichten. Wegen des wertlosen Papiergeldes hielten Bauern ihre Erzeugnisse zurück, und es gab nicht genügend Nahrungsmittel zu kaufen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass überall in Deutschland Ausschreitungen stattfanden.

Über Heinrichs Schicksal während der Inflation ist wenig bekannt. Diejenigen, die ihre Geld in Immobilien angelegt hatten, litten weniger unter der Krise. Dazu zählte vermutlich Heinrich, der ja gerade das Rittergut gekauft hatte. Als Bauer hatte Heinrich zusätzlich den Vorteil, dass er nicht auf regelmäßige Lohnzahlungen angewiesen war, sondern den Verkauf seiner Produkte auf einen Zeitpunkt nach der Währungsreform verschieben konnte. Zwischenzeitlich war eine Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs durch Tauschhandel möglich. Es kann also davon ausgegangen werden, dass - wenn man von Erntediebstählen absieht - Heinrich weniger unter der Krise litt als die meisten seiner Landsleute.

Die Ausschreitungen veranlassten die Reichsregierung, den Ausnahmezustand im Deutschland zu verhängen. In vielen sächsischen Städten kam es fast täglich zu spontanen Demonstrationen und Plünderungen von Lebensmittelgeschäften. Im Mai und Juni 1923 mussten gewalttätige Ausschreitungen in Dresden und Leipzig mit Polizeigewalt niedergeschlagen werden.

Die Kommunisten hatten Arbeiterwehren, die sog. „*Proletarischen Hundertschaften*“ gebildet, die nach Angaben sächsischer Industrieller Terror verbreiteten und Straßendemonstrationen organisierten.¹⁶ Gruppen der proletarischen Hundertschaften durchstreiften Felder und Bauernhöfe und zogen mit erbeuteten Ernteprodukten ab. Ob Heinrich von diesen Plünderungen betroffen war, ist nicht bekannt.

Angesichts der Krise bildeten in Sachsen SPD und KPD eine Koalition, die aber auch nicht in der Lage war, die Unruhen einzudämmen. Es gab zunehmend Konflikte mit der Reichsregierung, die sich von einem kommunistischen Umsturzversuch durch die proletarischen Hundertschaften bedroht sah. Nach Vorbild der russischen Oktoberrevolution wollten die Kommunisten in einem „*deutschen Oktober*“ die Macht in an sich reißen. Es bestand die Gefahr eines Bürgerkrieges, zumal an der sächsischen Grenze rechtsgerichtete Naziverbände aufmarschiert waren¹⁷. Als die sächsische Regierung Anordnungen aus Berlin ignorierte, marschierten am 20. und 21. Oktober 60.000 schwer bewaffnete Soldaten der Reichswehr nach Sachsen ein und stürzten die demokratisch gewählte Regierung. Der geplante Aufstand wurde von den Kommunisten fallen gelassen und eine gemäßigte sozialdemokratische Regierung ohne Beteiligung der Kommunisten gebildet. Vom Bürgertum wurde der Einmarsch enthusiastisch als Befreiung gefeiert; Widerstand und Tote gab es in Arbeiterhochburgen Pirna und Freiberg.

Nachdem auch der Hitlerputsch zwei Wochen später, am 9. November 1923 in München vereitelt worden war, bestand für Deutschland zunächst keine Gefahr eines Bürgerkrieges. Das Jahr 1923 wurde vom sächsischen Bürgertum als „*Alptraum*“ bezeichnet, und dessen Schlachtruf lautete „*Nie wieder ein Sowjetsachsen!*“ Dennoch regierte die SPD in Sachsen weiter bis 1929. Die unterschiedlichen politischen Ansichten von SPD und Bürgertum bestanden aber weiter und führten zu immer schärferen Auseinandersetzungen, die zunehmend mit außerparlamentarischem Mitteln ausgetragen wurden¹⁸.

In den folgenden Jahren verbesserte sich die Wirtschaftslage in Deutschland, und es kam sogar mit Hilfe amerikanischer Kredite und von Schuldenerleichterungen zu einem kleinen wirtschaftlichen Boom. Dennoch waren die 20er Jahre keine leichte Zeit für die Landwirte in Deutschland. Die wirtschaftliche Krise lieferte äußerst schlechte Rahmenbedingungen für Heinrich, um seinen eigenen Betrieb zu starten. In der Landwirtschaft machte sich insbesondere der weltweite Rückgang der Agrarpreise bemerkbar. Zum einen waren zahlreiche Neulandflächen in Kultur genommen worden, zum anderen hatte der technologische Fortschritt den Anbau neuer ertragreicher Weizensorten ermöglicht. Außerdem etablierten sich zusätzliche Getreideanbieter auf dem Weltmarkt. Anstelle auf die Marktveränderung zu reagieren und

die Produktion auf Veredelungswirtschaft umzustellen, wurde in Deutschland der Anbau intensiviert und die Getreideproduktion als nationalpolitischer Abwehrkampf ideologisiert. Die Folge war katastrophal insbesondere für die kleineren Betriebe: *„Zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe, deren Schulden den Wert der Anbaufläche überstiegen, brachen unter dieser finanziellen Überbelastung zusammen. Von 1924 bis Ende des Jahres 1931 wurden fast 1 Million ha Land zwangsversteigert.“*¹⁹

Die Krise verschärfte sich im Oktober 1929 durch den „Schwarzen Freitag“ an der New Yorker Börse, der die Weltwirtschaftskrise nach sich zog. Das wirtschaftlich labile Deutschland war besonders stark betroffen und die Arbeitslosenzahl stieg auf über sechs Millionen. Reichskanzler Brüning verschärfte die Krise noch dadurch, weil er, in Erinnerung an die Inflation, eine deflationäre Politik betrieb, und rigoros sparte. Damit strangulierte er die Wirtschaft, erhöhte die Steuern und kürzte zusätzlich die Leistungen der Arbeitslosen und Krankenversicherungen.



Abbildung 10: Heinrichs Familie 1931

Sachsen war stärker von der ökonomischen Krise erfasst als jeder andere Staat in Deutschland. Ab 1929 hatte Sachsen die höchste Arbeitslosenrate Deutschlands. 1933 waren fast 40% der Arbeitsfähigen ohne Arbeit²⁰. Wie schlimm es um manche Regionen Sachsens stand, schildert ein Reisebericht eines amerikanischen Journalisten aus dem Jahr 1932 nach Falkenstein im Vogtland. Die meisten Einfamilienhäuser sind zum Verkauf und die Hälfte der Textilfabriken sind geschlossen, die andere Hälfte arbeitet nur drei Tage die Woche. Von den 15.000 Einwohnern waren die Hälfte ohne Arbeit und lebten von der Arbeitslosenunterstützung.²¹

Besonders hart traf es die sächsischen Bauern. Die Situation wurde von Hochwasserschäden und Missernten verschlimmert. Im März 1928 demonstrierten Bauern in Meißen, Freiberg, Pirna, Döbeln, Zittau, Löbau, Stollberg, Zwickau und in kleineren Orten, um auf ihre verzweifelte Situation aufmerksam zu machen. Nach Angaben des Organisators Sächsischer Landbund nahmen an den Demonstrationen 150.000 Bauern teil.²²

Es ist der Verdienst Heinrichs, Gertruds und der Verwalter, dass das Gut trotz Missernten und der wirtschaftlichen Krise Erfolg hatte und es sogar schaffte zum Lehrhof aufzusteigen.²³ Heinrich war besonders dadurch erfolgreich, indem er die Tradition der Gadegasts fortsetzte und weiter Merinoschafe züchtete. Die Zuchtböcke aus Wiederoda wurden bis nach Australien und Neuseeland verkauft. Neben der Schafzucht gründete Heinrich eine Familie. In den zwanziger Jahren wurden seine Kinder Ursula (1921), Ulrich (1923) und Dietrich (1928) geboren.

Vom Landvolk zu den Nazis

„Am frühen Morgen des Sonntags, des 1. September 1929, explodierte eine ‚Höllmaschine‘, wie die Zeitungen schrieben am Reichstag.... Sieben Fenster gingen zu Bruch, Menschenleben waren nicht zu beklagen. Wochen später werden Mitglieder einer rechtsradikalen Gruppe des Deutschen Landvolks als Täter ermittelt.“²⁴

Auch Heinrich engagierte sich im Landvolk, wie später noch geschildert wird. Das Landvolk war eine bäuerliche Protestbewegung, hervorgerufen durch die krisenhafte Entwicklung in der Landwirtschaft der 20 Jahre, die sich zunächst ab 1928 unter der „Schwarzen Fahne“ zu Protestkundgebungen sammelte. *„Im Sommer und Herbst 1929 organisierte eine kleine, aber schlagkräftige Bauerngruppe mit Hilfe der ehemaligen Freikorpsgruppe ‚Organisation Consul‘ eine Serie von Bombenanschlägen gegen den ‚Verwaltungsapparat‘, gegen Dienstgebäude und Privatwohnungen von Landräten, Amtsvorstehern und Steuerbeamten, bei denen zum Teil wohlgehütete Handgranaten aus Freikorps-Tagen zum Einsatz kamen. Zwar war der reine Sachschaden an den betroffenen Landrats- und Finanzämtern relativ gering, doch hier fiel vor allem der überregionale Propagandaeffekt ins Gewicht.“²⁵*

Hans Fallada, selbst Berichterstatter bei einem Prozess gegen Mitglieder des Landvolkprozesses in Neumünster, lieferte in seinem ersten Erfolgsroman *„Bauern, Bonzen und Bomben“* eine hautnahe Darstellung dieser dramatischen, das ganze Deutsche Reich erschütternden Ereignisse. Fallada schildert die Atmosphäre in einer deutschen Kleinstadt: Ein Sozi als Bürgermeister, der jede Kungelei mitmacht, ein rechter Redakteur der Lokalzeitung, dem keine Schmiererei zu übel ist, kleine Bauern, denen das letzte Vieh verpfändet wird, ein preußischen Polizeiwachtmeister, der mit einem Säbel auf Demonstranten losgeht, die Nazis, die eine kommunistische Versammlung zusammenprügeln oder der Stahlhelm, der die Musikkapelle für eine Bauerndemonstration stellt. Intrigen, Hass auf die „sozialdemokratischen Bonzen“ und Verzweiflung der Bauern führen zu einer Radikalisierung des Landvolkes, die im Bombenlegen gipfelt.

Aus dieser Atmosphäre entwickelte sich die Landvolkbewegung *„als ein Sammelbecken der Unzufriedenen und Enttäuschten, der verhinderten Revolutionäre und der verärgerten Spießbürger“²⁶*. Es war *„eine auf dem Selbsthilfeprinzip beruhende protestlerische Notstandsbewegung, deren Anhänger ohne organisatorische Bindungen allein einig waren in der Negation aller bestehenden Institutionen ... Antipreußische, antisemitische, antisozialistische Tenden-*

zen im Bauerntum vermischten sich ... mit Kampffparolen gegen ‚Berlin‘, die ‚Parteiherrschaft‘, die ‚Verbandsbürokratie‘ und gegen alles, was mit ‚städtischer Zivilisation‘ im Zusammenhang stand. ...²⁷ Die Nassauische Bauernzeitung²⁸ schrieb „wir wollen die Seelen unserer Bauern rein halten von moderner Großstadtkultur“ und der Thüringer Landbund²⁹ meinte sogar, „Bekämpfung des Judentums ... machen wir hundertprozentig ... mit“.

Eine wesentlich gewichtigere Institution als das Landvolk war der Reichslandbund, die offizielle Vertretung der deutschen Bauern. „Zu seinen politischen Inhalten gehörte neben einem aggressiv vertretenen Vulgär-Nationalismus eine Volksgemeinschaftsideologie, die der Gesellschaft Zugeständnisse zugunsten der für das Allgemeinwohl unentbehrlichen Landwirtschaft abverlangte. ... auch die ideologische Überhöhung des Landstandes in der gesellschaftlichen Hierarchie. In diesem vormodernen, ruralistischen Gesellschaftsmodell nahm der Antisemitismus als Integrationsideologie einen zentralen Stellenwert ein. ... Der RLB [Reichslandbund] war an der vulgär-nationalistischen Umformung des alt-preußischen Konservatismus maßgeblich beteiligt und somit ein geistiger Wegbereiter nationalsozialistischer Ideologie.“³⁰ Darüber hinaus fußte die Ideologie auf einem „Sozialdarwinismus, der von der Überlegenheit der ‚deutschen Art‘ und des ‚deutschen Blutes‘ ausging ... Doch nicht nur gegen diese Personengruppen, sondern auch gegen die Verstärkung kämpfte der [Reichslandbund], denn aus den Städten kam seiner Ansicht nach der Liberalismus und damit die ‚zersetzenden‘ Tendenzen von Freihandel, Kapitalismus und Demokratie, die das festgefügte, tradierte Sozialsystem bedrohten.“³¹

Aber auch in der Agrarpolitik war der Reichslandbund äußerst konservativ. Dazu gehörten nicht nur wirtschaftspolitische Forderungen nach hohen Schutzzöllen und Subventionen für die Landwirtschaft, sondern auch die Politik einer Intensivierung des Anbaus bestehender Produkte. Anstelle den Landwirten zur Veredelungswirtschaft zu raten, wurden die Produktionsmengen erhöht, was eine Sinken der Preise zur Folge hatte und damit die Not der Bauern noch vergrößerte.

Der Reichslandbund vertrat im Gegensatz zu dem Landvolk eher die Interessen der Großbauern und Gutsbesitzer und wurde im Parlament durch die Deutsch Nationale Volkspartei DNVP vertreten. Aus Protest gegen die Bevorzugung der Großbauern gründeten bäuerliche Verbandsfunktionäre im selben Jahr die Christlich-Nationale Bauern und Landvolkpartei CNBL, kurz Landvolkpartei, die eher die Interessen der kleinen und mittleren Bauern vertrat. Es bildeten sich überall in Deutschland Landbundlisten für die Partei, die versuchten die Landvolkbewegung zu integrieren. Damit strebte der Reichslandbund an, eine eigene land-

wirtschaftliche Interessenvertretung in den Reichstag zu bringen. Bei den Reichstagswahlen 1928 zog die CNBL mit 10 Mandaten in den Reichstag ein.

Die Bombenanschläge sorgten auch partei- und verbandsintern für erhebliche Verwirrung. Landbund, DNVP und NSDAP distanzieren sich möglichst rasch von den Attentaten. Hinter vorgehaltener Hand ging man davon aus, dass die Radikalisierung insgeheim auch vom Landbund als „*nicht unwillkommene Erscheinung zur Förderung der eigenen politischen Ziele*“ begrüßt wurde³².

1928 wurde der als gemäßigt geltende Martin Schiele (DNVP) als Präsident des Reichslandbundes gewählt. Als Landwirtschaftsminister in der Regierung brachte er eine Reihe von Gesetzen für die Bauern auf den Weg. Per Notverordnung erließ Reichskanzler Hindenburg auf Veranlassung Schieles die sog. Osthilfegesetze, durch welche zu Zeiten schlimmster Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit eine Riesensumme für die ostpreußischen Junker als Überbrückungskredit bereitgestellt wurde³³. Von dem Programm profitierten fast ausschließlich die Großbetriebe, die 81 Prozent der Zinssenkungen und Steuerermäßigungen für sich hatten nutzbar machen können.³⁴ Die deutsche Öffentlichkeit reagierte heftig, als bekannt wurde, dass einige Großgrundbesitzer in einer Zeit, da Millionen Deutsche Not litten, die ihnen zugeteilten Osthilfe Mittel nicht für Betriebsinvestitionen, sondern zum Kauf von Rennpferden, neuen Autos oder zu luxuriösen Ferientaufenthalten an der französischen Riviera benutzt hatten. Auch Reichspräsident Hindenburg war in den „Osthilfeskandal“ verwickelt. Dieser hatte sein Gut in Ostpreußen unrechtmäßig auf seinen Sohn überschreiben lassen, um Erbschaftssteuern zu sparen.³⁵ Diese Verwicklungen sollten später noch von größerer Bedeutung sein.

Dieses mag einer der Gründe gewesen sein aus denen Martin Schiele, unzufrieden mit dem radikalen und für großindustrielle Interessen aufgeschlossenen Kurs der DNVP, aus dieser Partei verließ und zur Reichstagswahl 1930 für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei (CNBL) kandidierte.³⁶

Auch in Sachsen entstand eine Landvolkbewegung. „*Die enge Zusammenarbeit zwischen dem Sächsischen Landbund und der DNVP... stieß bei sächsischen Bauern auf immer größere Unzufriedenheit. Um nicht ihre landwirtschaftliche Wählerschaft zu verlieren, willigten daraufhin der Sächsische Landbund und die DNVP ein, das Sächsische Landvolk zu bilden und bei den Reichstagswahlen ... als separate Interessenpartei antreten zu lassen*“. Viele landwirtschaftliche Betriebe waren „*in hohem Maße verschuldet und von Zwangsvollstreckung bedroht. Der Sächsische Landbund nahm sich dieser Klein- und Mittelbauern an und versuchte,*

durch zahlreiche Eingaben und eine starke Mobilisierung Druck auf die Landesregierung auszuüben. Das Resultat dieser Entwicklung war eine zunehmende Radikalisierung besonders der im Landbund organisierten Kleinbauern.³⁷ 1928 gründete sich das Sächsische Landvolk als Landesgruppe der CNBL und Albrecht Phillip, ein ehemaliger Abgeordneter der DNVP, wurde in den Reichstag gewählt. Phillip hatte bei dieser Wahl die Unterstützung der DNVP, die so hoffte, die Stimmen der radikalisierten Bauern gewinnen zu können.³⁸



Abbildung 11: Wahlplakat des Sächsischen Landvolks zur Reichstagswahl am 14. September 1930

Auch Heinrich Sieber engagierte sich im sächsischen Landvolk. Die Gründe für sein Engagement beim Landvolk und nicht beim Reichslandbund können darin liegen, dass Heinrich in eine alteingesessene, fast schon adelige Familie eingehiratet hat. Es ist bekannt, dass er die ‚aristokratischen‘ Grundbesitzerfamilien verachtete³⁹ und sich deshalb dem radikalen und eher auf den Kleinbauern orientierten Landvolk anschloss. 1929 war er bereits der Vorsitzende der Christlich-Nationalen Bauern und Landvolkpartei in Sachsen. Als er sich entschloss für die Reichstagswahl 1930 zu kandidieren, musste er gegen Albrecht Philipp antreten. „Philipp galt als besonderer Schützling Schieles, während Sieber auf die Unterstützung der Reichsparteileitung der CNBL in Weimar rechnen durfte. Diese entschied das

Rennen schließlich auch in raffinierter Manier zugunsten Siebers, indem sie für seine Rückversicherung auf der Reichsliste sorgte, während Philipp dort die Aufnahme verweigert wurde. Damit konnte das SLV [Sächsische Landvolk] im Wahlkreis Leipzig nur mit Sieber als Spitzenkandidat einigermaßen sicher sein, einen Vertreter in den nächsten Reichstag zu schicken. Mit Philipp wäre die Möglichkeit, dass man ohne Abgeordneten blieb, ungleich größer gewesen.“⁴⁰

Die Oschatzer Gemeinnützige berichtete am 4. September 1930 über eine Wahlkampfredede Heinrich Siebers: „Weil nun keine der alten Parteien seine Belange vertritt, will er [Heinrich]

nun selbst seine Interessen vertreten. ... Die Deutschnationale Volkspartei stellt kein Machtzentrum mehr da. ... Da gilt es für das Landvolk, ein eigenes Machtzentrum zu bilden ... Die christlich nationalen Bauern wollen weder mit der Mitte, noch mit der Sozialdemokratie paktieren.“ Weiter führte Heinrich aus, dass *„die Frage der Staatsform nicht das wesentliche sei, sondern der Inhalt des Staatsgedankens. Er ist ... ein Gegner der Weimarer Verfassung [und] fordert vielmehr, dass die Rechte des Reichspräsidenten erweitert würden.“* Damit zeigt Heinrich zum ersten Mal öffentlich seine anti-demokratische Gesinnung. Besonders interessant ist die Haltung Heinrichs gegenüber den Nationalsozialisten. Der Reporter schreibt: *„Sehr scharf wendet sich der Redner gegen die Nationalsozialisten und verwirft deren Eigentumsbegriff als verhängnisvoll. Ihr Siedlungsprogramm enthalte durchaus sozialistische Grundsätze“.* Hintergrund zu dieser Meinung ist, dass die Nationalsozialisten unter Punkt 17 ihres 1922 als *„unabänderlich“* bezeichneten Programms eine *„unseren nationalen Bedürfnissen angepasste Bodenreform“* und die *„Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke“* forderten. Natürlich konnte Rittergutsbesitzer Sieber solche Forderungen nicht unterstützen. In seiner Rede setzte er sich statt dessen für Martin Schiele ein.



Sieber

Abbildung 12: Heinrich im Verzeichnis der Reichstagsabgeordneten 1930

Bei der Reichstagswahl erhielt das Sächsische Landvolk 4021 Stimmen oder 14,8% aller abgegebenen Stimmen in der Amtshauptmannschaft Oschatz. Damit war das Landvolk drittstärkste Kraft, knapp hinter der NSDAP (15%) und den Sozialdemokraten (39%). Umso bemerkenswerter ist das Abschneiden des Landvolks deshalb, weil Oschatz einer der zehn stärksten SPD Bezirke im roten Sachsen war. Im Vergleich zum Reichsdurchschnitt, wo die CNBL nur enttäuschende 3,2% erhielt, war der Erfolg in Oschatz überwältigend. Reichsweit waren die Nazis die großen Gewinner der Wahl, weil sie die stärksten Zuwächse verzeichnen konnten. Sie

blieben aber dennoch zweitstärkste Kraft im Reich.

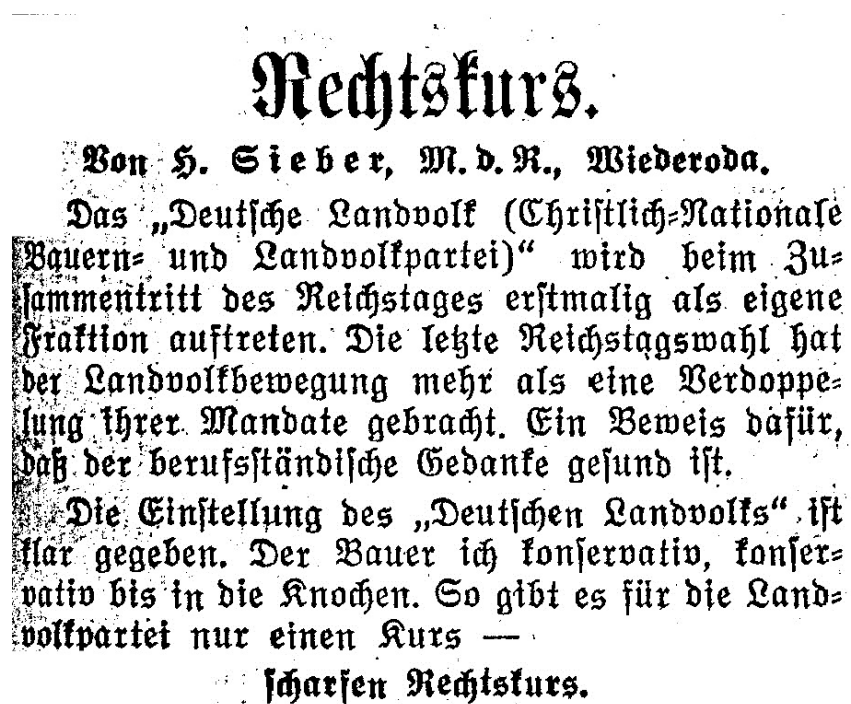
Am 13. Oktober 1930 tagte der Reichstag zum ersten Mal nach der Wahl. Die seit der letzten Wahl stark angewachsene Fraktion der NSDAP zieht im Marschschritt und der im Reichstag verbotenen SA-Uniform ein. Der Zentrumspolitiker Brüning bildete eine Minderheitsregierung mit einer Koalition von Zentrum bis zu den Volkskonservativen. Da diese Koalition keine eigene Mehrheit hatte, war die Regierung auf die Unterstützung der SPD angewiesen. Die SPD hingegen tolerierte die Regierung - oft schweren Herzens - um eine Rechtsregierung

von NSDAP und DNVP zu verhindern. Landwirtschaftsminister wurde auf Betreiben Hindenburgs wieder Schiele, der zwar für das Deutsche Landvolk in das Parlament gewählt worden war, sein Mandat aber nicht antrat, sondern zur DNVP wechselte.

Heinrich Sieber zog zusammen mit 20 weiteren Abgeordneten des Deutschen Landvolks (DL) in den Reichstag ein. Es handelte sich eher um einen bunt zusammengemischten Haufen und keine einheitliche Fraktion. Schnell kristallisierten sich zwei Fraktionen heraus. Die eine Gruppe konservativ gemäßigter Abgeordneter um den Präsidenten des Landgemeindetages Gerecke vertrat die Auffassung, dass Landwirtschaftsminister Schiele und damit die konservative Regierung Brüning unterstützt werden müsse, um eine Politik für die Landwirtschaft betreiben zu können. Die andere Fraktion um den Direktor des Reichslandbundes v. Sybel lehnte die Zusammenarbeit mit den bürgerlich Konservativen ab.

Heinrich machte gleich zu Anfang deutlich auf welcher Seite er stand. An dem der Reichstags-sitzung folgenden Tag veröffentlichte die Nassauische Bauernzeitung unter dem Titel „*Rechtskurs*“ einen Artikel von Heinrich Sieber. Schon in der Einleitung schreibt er, der deutsche Bauer sei „*konservativ bis in die Knochen. So gibt es für die Landvolkpartei nur einen Kurs - scharfen Rechtskurs.*“.

Er schließt sich offensichtlich mit ein, denn er fordert eine „*Rechtsregierung*“ mit „*einem Kabinett der nationalen Führung ... unter Heranziehung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiter Partei*“, für die er die wichtigen Ministerien Arbeit und Finanzen vorschlug. Der



Quelle: Nassauische Bauern-Zeitung vom 14.10.1930

Abbildung 13: Heinrichs Plädoyer für seinen „Rechtskurs“

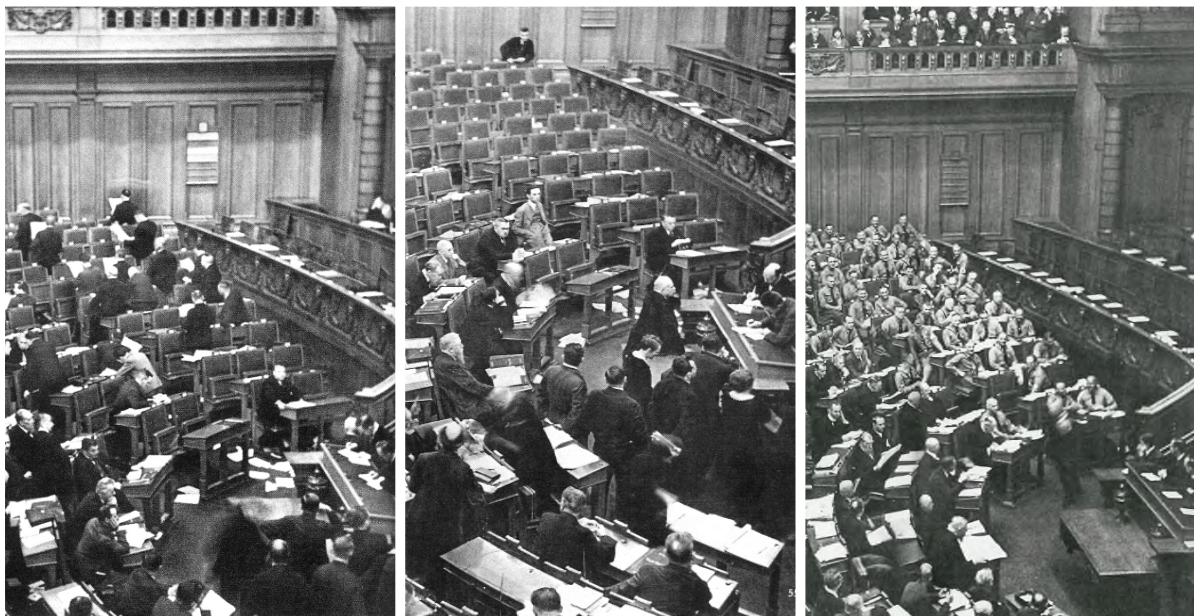
Artikel endet mit dem fettgedruckten Satz: „*Kampf diesem System mit dem Endziel, den Staat allen wahrhaft nationalen Kräften zurückzuerobern.*“

Heinrich nahm auch an der nächsten Sitzung am 15. Oktober 1930 teil, auf der es zu größeren Tumulten kam, als die NSDAP die Wahl des „*Kriegsdienstverweigerers Löbe*“⁴¹ (SPD) ablehnte und dabei kräftig Radau machte. In der anschließenden Rede von Löbe versuchte dieser das Parlament für eine „*sachliche und ernste Arbeit*“ zu gewinnen, um die „*Arbeitsfähigkeit des Reichstages*“ zu sichern. Von den Nazis erntete er nur Hohn und Spott⁴². In der folgenden Sitzung am 18. Oktober konnte Löbe nur mit Mühe verhindern, dass der Abgeordnete Severing (SPD) im Wandelgang des Parlaments von NSDAP-Abgeordneten verprügelt wurde⁴³. Gegenüber den Kommunisten verfolgte die NSDAP Fraktion eine andere Strategie: Bei der Rede des Abgeordneten Reese von der Kommunistischen Partei verließ die NSDAP-Fraktion geschlossen den Saal.

Der Konflikt der beiden Gruppen über den Kurs der Landvolk Fraktion führte schon auf dieser Sitzung zu heftigen Diskussionen. Es ging um einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Brüning.⁴⁴ Zu diesem Zeitpunkt konnte aber ein offener Konflikt im Reichstag vermieden werden. Döbrich, der als erster DL Abgeordneter in dieser Wahlperiode sprach, kritisierte zwar die Regierung, die zu wenig gegen „*landwirtschaftliche Not*“ unternahme, er stellte sich aber deutlich hinter Landwirtschaftsminister Schiele. Obwohl Döbrichs Rede von Sachlichkeit geprägt war, verwendete er dennoch Propaganda Begriffe wie „*Versailler Diktat*“ und „*Kriegsschuldflüge*“, die bei den rechten Parteien üblich waren.

In der nächsten Sitzung am 5. Dezember befürwortete Gerecke (DL) während der Debatte über die Osthilfegesetze die landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen durch Minister Schiele. In der gleichen Aussprache warnte Freiherr v. Stauffenberg (DL)⁴⁵ vor einer „*drohenden Katastrophe in der Landwirtschaft*“ und fordert die Erhebung von Einfuhrzöllen und Importgenehmigungen. Auch der Landvolk-Abgeordnete Hopp sprach auf dieser Sitzung.⁴⁶ Am folgenden Tag betonte der Abgeordnete Domsch (DL), dass der nationale Rechten die Zukunft gehöre und forderte die Regierung auf, mit den Rechten zu koalieren. Es folgte eine Rede des Landvolk-Abgeordneten Haag. Alle Reden waren im Großen und Ganzen eher sachlich geprägt und enthielten wenig Polemik. Es folgte ein Misstrauensantrag gegen die Regierung Brüning, gestellt von den Kommunisten und den Deutschnationalen. Das Landvolk unterstützte den Antrag einmütig, mit dem Ziel das Zentrum zu stürzen und eine rechte Regierung zu wählen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen des Landvolkes, der NSDAP, der DNVP, der Mittelstandspartei und der KPD (!) von der Mehrheit des Parlamentes abgewiesen.

Auf der Sitzung am 10. Dezember provozierten die Nazis einen Eklat, indem sie die Rede des kommunistischen Abgeordneten Löwenthal mit antisemitischen Hetzparolen unterbrachen. Es kam zu tumultartigen Szenen im Reichstag und auf die Ermahnungen Löbes entgegneten die Nazis unter großer Heiterkeit: „Das ist doch keine Beleidigung, man sieht es doch an der Nase.“ und „gehen Sie doch nach Palästina“. Reichstagspräsident Löbe musste mehrere Abgeordnete zu Ordnung rufen und mit Saalverweis drohen. Daraufhin standen die NSDAP-Abgeordneten auf und demonstrierten Ihre Verachtung indem sie dem Redner und damit auch der Regierungsbank den Rücken zudrehten.⁴⁷ Auf der Sitzung des folgenden Tages ergriffen sie eine andere Strategie: Sie verließen den Saal, nur Goebbels blieb stehend als Beobachter zurück und schließlich kehrten sie in SA-Uniform ins Parlament zurück. Diese durfte dort nicht getragen werden.



Fotos: Erich Salomon

Dezember 1930: Die NSDAP dreht der Regierungsbank den Rücken zu, sie verlässt den Saal, nur Goebbels bleibt als Beobachter im Raum. Sie kehrt später in SA Uniform zurück

Abbildung 14: Die NSADAP missachtet das Parlament

Aber nicht nur gegen Sozialdemokraten und Kommunisten richteten sich die Angriffe der Nazis, sondern auch gegen das Landvolk. „Die Politik der Landvolkpartei sei bei den bestehenden staatlichen Verhältnissen von vorne herein zum Scheitern verurteilt gewesen: ‚In einem kranken Staat kann niemals eine Wirtschaftsgruppe allein gesunden.‘ Dann fuhr die nationalsozialistische Agitation mit gröberem Geschützen auf: die Gegnerin wurde als ‚jüdisch, liberalistisch und Knecht der roten Volksverderber‘ diffamiert und unter der Parole ‚Zertrümmert die Landvolkpartei‘ das Ziel offen anvisiert.‘ Ein allgemeines Kesseltreiben, das

sich auch persönlicher Angriffe, Verunglimpfungen und sogar offener Drohungen bediente, setzte ein. „Für alle Fälle sind ihre Funktionäre darauf aufmerksam zu machen, ... dass ihr bisheriges Verhalten ihnen bei einem immerhin vor auszusehenden Regierungswechsel wenig Aussicht auf Fortkommen im Dritten Reich gewährleistet.“⁴⁸.

Weil die Politik Schieles kaum Erfolge bei der Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft zeigte, hatten die Parolen des Landvolkes bald keine Anziehungskraft mehr auf die Bauern und mit jeder Zwangsversteigerung wuchs der Zuspruch für die NSDAP, die das System für die Probleme verantwortlich machte. Auf der Tagung des Reichslandbundes am 1. Februar 1931 herrschte *„ein nicht mehr zu überbietender fanatischer Radikalismus“* und große Enttäuschung gegenüber der Regierung⁴⁹. Dieses bestärkte nur den rechten Flügel des Landvolkes um v. Sybel.

Am 5. Februar 1931 war Heinrich wieder im Reichstag und hörte eine demagogische Rede Goebbels: *„Die nationalsozialistische Bewegung verharret weiterhin diesem System in Kampfstellung [gegenüber]... nach der Verfassung sind wir verpflichtet zur Legalität des Weges, aber nicht zur Legalität des Zieles“*. Nach der Rede von Goebbels zog die NSDAP zum wiederholten Male aus dem Reichstag aus.

Auf der Sitzung am 6. Februar kam es zu ständigen Störungen durch Zwischenrufe und großen Lärm, der vor allem von den Nazis, aber auch den Kommunisten verursacht wurde. Reichstagspräsident Löbe sah sich gezwungen, drei NSDAP-Abgeordnete des Saales zu verweisen. Die Nazis versuchten nun, mit einer anderen Taktik die Arbeit des Parlamentes zu boykottieren. Zunächst beantragten sie eine Vertagung der Beratung, als diese von Löbe abgelehnt wurde, stellten sie die Beschlussfähigkeit des Hauses in Frage und zogen danach zusammen mit der DNVP aus. Da die Beschlussfähigkeit nun nicht mehr vorlag, musste die Sitzung auf den folgenden Tag vertagt werden.

Am nächsten Tag setzten die Nazis ihre Boykottstrategie fort und beantragten mit den Kommunisten Misstruensanträge gegen die Regierung. Das Landvolk stimmte wieder geschlossen zusammen mit den Nazis, den Deutschnationalen und den Kommunisten für den Antrag, der jedoch vom Reichstag mehrheitlich abgelehnt wurde. Es folgte ein weiterer Antrag der Nazis auf Auflösung des Reichstages. Stellvertretend für das Landvolk erklärte der Abgeordnete Döbrich (DL), dass seine Fraktion den Antrag ablehne, *„weil sie der Ansicht ist, dass die allgemeine Not und insbesondere die schwere Krise, die auf der deutschen Landwirtschaft lastet, nicht dulden, dass sofortige notwendige Maßnahmen gesetzlicher Art eine weitere Verzögerung erfahren.“⁵⁰* Dieses entsprach aber nicht der Meinung Heinrichs und des rechten

Landvolk-Flügels. Das wurde in der folgenden namentlichen Abstimmung deutlich. Heinrich befand sich in einer Zwickmühle zwischen Fraktionszwang und innerer Überzeugung. Er entzog sich der Abstimmung indem er den Saal verließ.⁵¹ V. Sybel und ein weiterer DB Abgeordneter Wendhausen, stimmten mit Ja, einer enthielt sich der Stimme, der Rest der Landvolk Abgeordneten stimmte mit Nein. Der Antrag wurde ebenfalls von der Mehrheit des Reichstags abgelehnt.

Daraufhin änderten die Nazis wiederum ihre Taktik. Sie versuchten, die Arbeit des Reichstages zu verzögern, indem sie über eine Flut von Änderungsanträgen abstimmen ließen, die zu jedem Titel des zu beschließenden Reichshaushaltes gestellt wurden. Zusätzlich beantragten sie namentliche Abstimmungen. Heinrich entzog sich aber diesmal nicht der Abstimmung (s. Abbildung 15), sondern stimmte mit seinen rechten Kollegen Wendhausen und v. Sybel gegen die Stimmen seiner Landvolk-Kollegen und zusammen mit den Nazis für jeden dieser Anträge. Der Reichstag schob dieser Praxis einen Riegel vor und ließ über alle Titel des Haushaltes gemeinsam abstimmen. Zusammen mit v. Sybel und Wendhausen lehnte Heinrich den Haushalt ab, alle anderen DL-Abgeordneten stimmen zu. Damit war die Spaltung des Landvolkes eingeleitet.

Name	Abstimmung								
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.
Deutsches Landvolk (Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei)									
Bachmann	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Baur	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dingler	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank
Döbrich	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Domsch	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Dorsch	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Dr. Dr. Gereke	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.
Haag	Ja	—	—	—	Ja	—	—	Ja	—
Hänse	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	—
Hemeter	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Hepp	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Hopp	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	—	Ja
Lehmann (Frankfurt)	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Lind (Hessen)	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Niermann	Ja	Ja	Nein	Ja	—	Nein	Nein	—	Ja
Schlange	—	Ja	—	Ja	Ja	Nein	—	—	—
Sieber	Ja	Nein	—	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Dr. Freiherr von Stauffenberg .	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	—	Ja	Ja
von Sybel	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Freiherr von Thüngen	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja
Dr. Wendhausen ...	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein

- 1. Misstrauensantrag gegen Regierung Brüning
- 3. Antrag auf Auflösung des Reichstages
- 4. bis 6 Abstimmung über Einzeltitel
- 9. Abstimmung über den Gesamthaushalt der Regierung.

Abbildung 15: Namentliche Abstimmungen des Landvolkes am 7.2.1931

Goebbels hatte schon 1928 verdeutlicht, warum die NSDAP in den Reichstag gehe: *„Wir gehen in den Reichstag hinein, um uns im Waffenarsenal der Demokratie mit deren eigenen Waffen zu versorgen. Wir werden Reichstags-Abgeordnete, um die Weimarer Gesinnung mit ihrer eigenen Unterstützung lahmzulegen. Wenn die Demokratie so dumm ist, uns für diesen Bären dienst Freifahrkarten und Diäten zu geben, so ist das ihre eigene Sache.“*

Vor diesem Hintergrund wollten die Regierungsparteien am 9. Februar 1931 zusammen mit der SPD eine neue Geschäftsordnung einbringen, die die Arbeitsfähigkeit des Reichstages sichern sollte. Die extreme Rechte und Linke versuchte durch eine Flut von Anträgen, die zeitraubende namentliche Abstimmungen erforderten, durch lange Geschäftsordnungsdebatten, durch ständige Störungen der Ordnung des Hauses und durch die Herbeiführung der Beschlussunfähigkeit die parlamentarische Arbeit zu lähmen⁵². Mit der Geschäftsordnung sollte die *„Autorität und ... Aktionsfähigkeit des Parlaments gegen Störungen durch eine nicht von Sachlichkeit und Verantwortung getragenen Opposition gesichert werden“*⁵³.

In der folgenden Debatte vom versuchten KPD, DNVP und NSDAP alles zu tun, um den Beschluss zu torpedieren. Es gab eine ganze Reihe von Anträgen auf Änderung der Tagesordnung. Danach folgte ein Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit des Hauses. Diese war nicht gegeben, weil KPD [sic!], NSDAP und DNVP bei der Zählung der Abgeordneten den Saal verließen. Heinrich ging auch zusammen mit fünf weiteren DL-Abgeordneten aus dem Saal. Die Sitzung wurde geschlossen und eine Stunde später wieder eröffnet.

Während der Debatte der folgenden Sitzung gab es permanente Störungen durch NSDAP und KPD: Es herrschte oft große Unruhe und ständig gab es Zwischenrufe, darunter auch persönliche Beleidigungen und rassistische Beschimpfungen wie *„Jude in Synagoge“* oder *„Haken-nase“*. Reichstagspräsident Löbe rief häufig zur Ordnung und erteilte etliche Saalverweise. Es erfolgten insgesamt vier Anträge auf Feststellung der Beschlussunfähigkeit, die allerdings erfolglos waren, weil sich nicht alle Abgeordneten der Opposition an den Aktionen beteiligten. Heinrich jedoch ging bei jeder Abzählung zusammen mit den Nazis aus dem Saal. Noch vor der eigentlichen Abstimmung gibt es einen riesigen Tumult, die Nazis riefen *„Deutschland erwache“* und *„Heil! Heil! Heil!“* und verließen dann singend den Saal. Heinrich und sechs weitere Landvolk-Abgeordnete gingen mit. Ihnen folgten wenig später die Kommunisten, allerdings mit weniger Lärm.

Dadurch war eine Situation geschaffen worden, in welcher das Landvolk durch den kompletten Rückzug seiner Parlamentsmitglieder eine konstruktive Arbeit des Reichstags hätte unmöglich machen können. „Doch die Partei erhielt die Aktionsfähigkeit des Parlaments, um nicht die in den nächsten Tagen anstehende Erledigung der Agrar- und Osthilfegesetze zu gefährden.“⁵⁴ Da der Großteil der DL-Abgeordneten im Saal blieb, „rettete die Landvolkpartei das Parlament vor dem drohenden Verlust seiner Aktionsfähigkeit“⁵⁵. Aber Heinrich und seine Kollegen blieben draußen, und die Spaltung der Landvolk Fraktion war damit vollzogen.

Nach der Verabschiedung der Geschäftsordnung kamen alle wieder in den Saal, denn nun ging es um die Gewährung der Straffreiheit für Mitglieder des Reichstages. Es handelte sich um 274 Verfahren gegen Nazis, 141 gegen Kommunisten und nur 22 gegen Mitglieder anderer Parteien. Nach dem nochmaligen Auszug der Kommunisten und Nationalsozialisten wurde die Straffreiheit vom Reichstag mit 9 Gegenstimmen, die alle vom Landvolk kamen, abgelehnt. Heinrich zog diesmal nicht aus, sondern stimmte zusammen mit seiner Fraktion für die Straffreiheit.

Name	A b s t i m m u n g											
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Dingler	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank	krank
Döbrich	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Domsch	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Dorsch	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	—	Ja	Ja
Dr. Dr. Gereke	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.
Haag	Ja	Nein	Ja	—	—	—	Nein	Ja	—	Ja	—	—
Hänse	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	—	—	—
Hemeter	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.	beurl.
Hepp	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.	entsch.
Hopp	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Lehmann (Frankfurt)	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Kind (Hessen)	Ja	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Niermann	Ja	Nein	Nein	—	Ja	—	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein
Schlange	—	Nein	Nein	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sieber	—	—	—	—	—	—	Nein	Ja	○	Ja	Ja	Nein
Dr. Freiherr von Stauffenberg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
von Sybel	—	Ja	Ja	—	—	—	Nein	Ja	—	Ja	Ja	—
Freiherr von Thüngen	—	Nein	—	—	—	—	—	Ja	—	Ja	Ja	Nein
Dr. Wendhausen	Ja	Ja	Ja	—	—	—	Nein	Ja	—	Ja	Ja	Nein

1., 4.- 6. Anträge zur Beschlussfähigkeit: Waagerechter Balken = Abgeordneter ist abwesend
 9. Änderung der Geschäftsordnung
 11. und 12. Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen Abgeordnete des Reichstages
 Quelle: Verhandlungen des Reichstages, Band 444

Abbildung 16: Namentliche Abstimmungen des Landvolkes am 9.2.1931

Als die Sitzung am 10.2. endlich um 2:29 Uhr morgens schloss, hatte der Reichstag langwierige Debatten, große Unruhe, Tumulte, diverse Ordnungsrufe und zwölf namentliche Ab-

stimmungen hinter sich. Heinrich war auf dieser Sitzung sieben Mal aus dem Reichstag ausgezogen, mit der einzigen Absicht, die Arbeit des Parlaments zu torpedieren.

Auf der nächsten Sitzung am 10. Februar meldeten sich vier Redner zu Wort, ehe zur Tagesordnung übergegangen wurde. Stöhr von der NSDAP sprach von einem „*Bruch der Verfassung...*, *der Entrechtung der Opposition*“ und bezeichnete das Parlament als „*Organisationsmaschinerie des internationalen Tributkapitalismus*.“ Der Redner kündigte den dauerhaften Boykott des Reichstages an. Nach der Rede, die von großer Unruhe begleitet wurde, zog die NSDAP unter Heil-Rufen aus dem Saal. Es folgte ein Redner der rechten Deutschnationalen Volkspartei, deren Abgeordnete an Ende ebenfalls den Saal verließen. Als dritter Redner sprach Wendhausen vom Landvolk: „*Im Namen einiger Freunde und im eigenen Namen habe ich zu erklären, dass wir der Auffassung sind, dass sich das wahre Deutschland nur in den Reihen der nationalen Opposition befindet Aus grundsätzlichen Erwägungen schließen wir uns dem Vorgehen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen Volkspartei...[an]*“⁵⁶. Es ist zwar nicht im Protokoll vermerkt, aber es kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass Heinrich zusammen mit v. Sybel, Wendhausen, und Haag zu diesem Zeitpunkt den Saal verließ. Als letztes sprach der Kommunist Stöcker, der die neue Geschäftsordnung als eine „*Vergewaltigung der Minderheit*“ und einen „*Schritt zum Faschismus*“ bezeichnete. Die KPD Fraktion zog aber nicht aus dem Parlament aus. NSDAP, DNVP und die abtrünnigen Abgeordneten des Landvolks blieben ein halbes Jahr, bis zum 16. Okt. 1931, dem Parlament fern. Heinrich boykottierte das Parlament zusammen mit den Nazis.

Zwar sind nach Ansicht der Verfassungsrechtlers Huber⁵⁷ die Maßnahmen aus heutiger Sicht nicht unproblematisch, weil „*die Durchbrechung eines der Grundelemente des Verfassungssystems ... über die gerechtfertigte Abwehr des Missbrauchs*“ weit hinaus ging, angesichts der vorangegangenen Debatten ist aber die Beschlussfassung durchaus verständlich. „*Für die Rechtsparteien [erwies sich] der demonstrative Auszug bald als taktischer Fehler. Denn sie gaben das parlamentarische Kampffeld preis.*“ Die Regierung erhielt die Möglichkeit, eine Reihe von Gesetzen, u.a. das vom Landvolk angestrebte Agrar- und Osthilfegesetz verabschieden zu lassen.

Auf der folgenden Sitzung wies der Abgeordnete Döbrich (DL) die Äußerungen Wendhausens vom Vortage „*mit Entrüstung*“ zurück: „*Als ob wir nicht zum wahren Deutschland oder zur wahren nationalen Opposition gehörten... Wir stehen in Opposition zur Regierung, aber nicht in einer grundsätzlichen, sondern in einer sachlichen.*“⁵⁸. Später unterstrich diese Haltung auch der DL-Abgeordnete Hepp in seiner Rede.

Nach deren Fernbleiben forderte die Landvolkpartei die abtrünnigen Abgeordneten auf, ihr Mandat niederzulegen. Aber die Abgeordneten teilten dem Reichstagspräsidenten mit, „... dass die von ihnen vor der Wahl abgegebene Erklärung, wonach sie unter den geltenden Voraussetzungen ihr Mandat niederlegen würden, für sie keine Bedeutung mehr habe“⁵⁹. Heinrich rechtfertigte die Beibehaltung seines Mandats in einem Artikel des Westdeutschen Beobachters mit dem Titel „*Statt: rechts von den Deutschnationalen mitten ins Brüninglager.*“ Darin behauptet Heinrich, nicht er habe einen Kurswechsel gemacht, sondern die Partei. Er sei „*völlig unberechtigterweise aus Partei und Fraktion ausgeschlossen worden... Der Parteiführer, Herr Höfer, hatte dem sächsischen Landbund gegenüber die Zusicherung gegeben, die Partei werde rechts von den Deutschnationalen stehen. Und wo stand die Partei bei unserem Ausschluss und wo steht sie jetzt? Mitten im Brüninglager.*“ Heinrich behielt also seinen Rechtskurs bei, war zu keinem Kompromiss bereit und bewegte sich geradlinig auf die Nazis zu. In dem Artikel erwähnt er deshalb auch, dass „*die Parteileitung der NSDAP mein Verhalten in der Frage der Mandatsniederlegung*“ gebilligt habe.



Abbildung 17: Heinrichs Erklärung „Rechts von den Deutschnationalen“

Martin Müller⁶⁰, der seine Doktorarbeit über das Sächsische Landvolk schrieb, fasst die Motivation Heinrichs bei der Hinwendung zu den Nazis wie folgt zusammen: „*Enttäuschung über die CNBL [Landvolkpartei] wegen ihres Verbleibens an Brünings Seite sowie des Ausbleibens politischer Erfolge der Schieleschen Interessenpolitik verbunden mit einer kräftigen Portion Ehrgeiz und nationalistischer Grundeinstellung dürften Heinrich Sieber den Weg zur aufstrebenden neuen Partei der ‚Nationalen Opposition‘ gewiesen haben.*“

Das Fernbleiben der Nazis erklärt sich durch deren Haltung zum Parlamentarismus im Allgemeinen. Hitler lehnte das parlamentarische System in seinem Buch „*Mein Kampf*“ aus dem folgende Grund ab: „*Indem das parlamentarische Prinzip der Majoritätsbestimmung die Autorität der Person ablehnt und an deren Stelle die Zahl des jeweiligen Haufens setzt, sündigt es wider den aristokratischen Grundgedanken der Natur.*“⁶¹ Folglich bezeichnete Hitler das Parlament als „*Schwätzervereinigung*“, „*Spottgeburt aus Dreck und Feuer*“ und die Parla-

mentarier als „Hammelherde der Kohlköpfe“, „Schieber, ... eine Schar geistig abhängiger Nullen, ... geistige Halbwelt übelster Sorte“ und als „aufgeblasene Dilettanten“. Er „betonte frühzeitig, dass die NSDAP eine strikte Gegnerin von Demokratie und Parlamentarismus wäre. Sie entsandte ihre Vertreter lediglich deshalb in die Volksvertretungen, um diese Institutionen zu zerstören.“⁶² Hitler sagte im Frühjahr 1932: „Ich habe mir ein Ziel gesetzt: die dreißig Parteien aus Deutschland hinauszufegen“⁶³.

Angenommen Heinrich hätte zu dem Zeitpunkt „Mein Kampf“ noch nicht gelesen, so kannte er doch die Einstellung der Nazis zu der Demokratie und die Frechheiten, die sie sich im Parlament rausnahmen. Heinrich lehnte ebenso wie die Nazis nicht nur die Demokratie ablehnte, sondern wollte sie auch mit allen Mitteln bekämpfen.

Leider waren die Nazis nicht die einzigen die den Parlamentarismus ablehnten. Die Kommunisten betrachteten das Parlament als „Instrument der herrschenden Klasse“ und unternahm teilweise abgesprochene Aktionen zusammen mit den Nazis, die den Sinn hatten den Parlamentarismus lächerlich zu machen, den Reichstag zu boykottieren und letztlich die Demokratie zu beseitigen. Der Vorsitzende der KP-Reichstagsfraktion Torgler erklärte: „Meine Herren Nationalsozialisten, dann wollen wir doch die baldige Schließung [des Reichstags] durchführen ...“ Breitscheid von der SPD erwiderte ihm in der folgenden Debatte : „Und wenn die Herren Kommunisten es so eilig haben, das Misstrauensvotum zur Abstimmung zu bringen, so sage ich: Es liegt ihnen nicht daran, das Misstrauen gegen die Regierung auszusprechen, sondern es liegt ihnen daran, den Parlamentarismus zu ruinieren“⁶⁴.

Bei keiner Fraktion									
Mönke	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein	Nein
Sieber	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	—
von Eybel	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	—
Dr. Wendhausen ...	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	—

Quelle: Verhandlungen des Reichstages, Band 446, S. 2241

Abbildung 18: Heinrichs Abstimmungen am 16.10.1931

Erst nach acht Monaten kehrte Heinrich am 14. Oktober 1931 zusammen mit den Nazis in das Parlament zurück. Er war zusammen mit den anderen Abtrünnigen aus der Fraktion des Landvolks ausgeschieden und hatte nunmehr keine Fraktionszugehörigkeit (s. Abbildung 18). Auf einer kurzen Sitzung am vorherigen Tag hatte Brüning eine Regierungserklärung abgegeben, die durch häufige Zwischenrufe der Kommunisten gestört. Nach einem halben Jahr Funkstille meldeten sich nun die Nazis wieder zu Wort. Der NSDAP Fraktionsführer Frick erklärte, seine Fraktion habe „gestern darauf verzichtet, von den Lebensäußerungen der au-

*genblicklichen Vertreter eines zum baldigen Absterben bestimmten Systems Kenntnis zu nehmen.*⁶⁵ Nach einer kurzen, aber polemischen Rede verließ die NSDAP-Fraktion unter Heil Rufen wieder den Sitzungssaal. Vermutlich ging Heinrich auch mit. Der Rest der Sitzung und der folgende Sitzungstag verliefen relativ ruhig, weil die Nazis dem Reichstag weiterhin fern blieben.

Der folgende Sitzungstag, am 16. Oktober, war dagegen bewegter, denn es ging um die Abstimmung über eine Reihe von Misstrauensanträgen gegen Mitglieder der Regierung Brüning, die von den Nationalsozialisten zusammen mit den Kommunisten eingebracht worden waren. Heinrich stimmte zusammen mit den Nazis für alle vier Anträge (s. Abbildung 18), darunter auch gegen Landwirtschaftsminister Schiele, der weiterhin von seinen ehemaligen Landvolk-Kollegen unterstützt wurde. Darüber hinaus votierte er für einen Antrag auf Auflösung des Reichstages. Als alle Anträge mit der Mehrheit des Reichstages abgelehnt wurden, erklärte der DNVP-Abgeordnete Gottheimer im Namen seiner Fraktion und im Namen der drei ausgeschiedenen Landvolk-Abgeordneten *„Nachdem Sie die von uns eingebrachten Anträge niedergestimmt haben, haben wir an weiteren Verhandlungen kein Interesse. Wir werden daher diesen Saal verlassen.“*⁶⁶ Folglich zog Heinrich zusammen mit der NSDAP und den DNVP wieder aus dem Parlament aus.

Damit war für dieses Jahr seine parlamentarische Tätigkeit beendet. Ende 1931 wechselte der Anführer der abtrünnigen Landvolk-Abgeordneten und Präsident des Landbundes, v. Sybel, zur NSDAP. Auch Heinrich trat am 1.12.1931 in die NSDAP ein, bekam die Mitgliedsnummer 821 341 und wurde damit während der Hitlerdiktatur als *„alter Parteigenosse“* eingestuft.

Die Regierung Brüning war immer weniger in der Lage die starken wirtschaftlichen Probleme zu lösen. Ein Grund bestand darin, dass die Regierung trotz der Tolerierungspraxis der SPD keine Mehrheiten im Parlament finden konnte. Die wachsende Polarisierung im Reichstag und die damit einhergehende Radikalisierung der parlamentarischen Auseinandersetzung verhinderten Mehrheitsbeschlüsse. Dadurch wurde das Parlament als gesetzgebendes Organ lahmgelegt. Es konnte seine verfassungsmäßige Aufgabe nicht mehr erfüllen. Die Regierung Brüning sah sich gezwungen, zunehmend mit Hilfe von Notverordnungen zu regieren, die nicht vom Parlament beschlossen, sondern vom Reichspräsidenten erlassen wurden.⁶⁷

Die abnehmende Bedeutung des Reichstages zeigt sich auch in der langen Pausen zwischen den Sitzungen. Die nächste Sitzung des Reichstages fand erst am 23. Februar 1932 statt. Heinrich war nun zur NSDAP Fraktion übergelaufen und wurde im Verzeichnis der Mitglieder des Reichstages als *„Gast“* oder *„Hospitant“* der NSDAP aufgeführt. Die Radikalität der parla-

mentarischen Auseinandersetzungen wurde weiterhin vor allem von den Nazis angeheizt. Die Sitzung des folgenden Tages musste zweimal aufgrund von lang anhaltender Unruhe unterbrochen werden. Als der NSDAP-Redner Rosenberg durch einen Zwischenruf darauf aufmerksam gemacht wurde, dass er zwischen 1918 und 1922, also nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, bei einer französischen Firma beschäftigt war, bezeichnete dieser die Aussage als Lüge drohte dem Zwischenrufer mit einer Ohrfeige. Es kam zu tumultartigen Szenen und die Sitzung musste unterbrochen werden.

Am 26. Februar wurde wieder einmal über Misstrauensanträge und über Anträge zur Auflösung des Reichstages abgestimmt. Heinrich stimmte allen Anträgen zu. Als diese mit der parlamentarischen Mehrheit abgelehnt wurden, meldete sich der NSDAP-Abgeordnete Straßer zu Wort: *„Wir Nationalsozialisten lehnen es ab, uns an diesem Affentheater zu beteiligen.“*⁶⁸ Heinrich zog zum wiederholten Male zusammen mit seinen neuen Fraktionskollegen aus.

Die nächsten Sitzungen fanden vom 9. bis 12. Mai statt. Zunächst hielt Göring eine äußerst polemische Rede, in der er sich über das Verbot von SA und SS beschwerte. Für das Verbot gab es gute Gründe, aber darüber wird noch später berichtet werden. In einem Antrag zur Geschäftsordnung stellte Frick (NSDAP) die Frage, was der Polizeipräsident Weiß auf der Zuschauertribüne zu suchen habe. *„Sein Anblick wirkt auf viele Mitglieder des Hauses geradezu aufreizend und stört die Ordnung des Hauses“*⁶⁹. Es folgte der Beifall des Nazis und ein große Unruhe. Diese hielt auch an, als Reichswehrminister Groener in einer emotional gehaltenen Rede das Verbot von SA und SS rechtfertigte. Die NSDAP-Fraktion unterbrach die Rede dauernd mit wüsten Beschimpfungen. Als Straßer (NSDAP) während der Rede zu seinem Geschäftsordnungsantrag den Minister beleidigte, wurde er des Saales verwiesen. Da es weiterhin im Parlament sehr laut zuing, musste die Sitzung für eine Stunde unterbrochen werden. Der Ältestenrat bestätigte daraufhin den Saalverweis. Die folgende Rede wurde ständig von den Kommunisten unterbrochen, die offensichtlich den Nazis an nichts nachstehen wollten.

Am nächsten Tag begann die Debatte damit, dass der NSDAP-Abgeordnete Reinhard ein vom Reichstag zu beschließendes Gesetz als *„stümperhaft und liederlich“* bezeichnete und am Ende seiner Rede die Finanzpolitik der Regierung auf *„Unwahrheit und Schwindel“* beruhend kritisierte. Er wurde zur Ordnung gerufen. Der Reichsjustizminister kam kaum dazu, in seiner sachlich gehaltenen Rede das Gesetz zu verteidigen, weil er ständig von den Nazis unterbrochen und beleidigt wurde. Auch dem Kanzler Brüning und vielen nachfolgenden Rednern erging es kaum besser. Reichspräsident Löbe wurde oft kaum Herr der Lage. Ungestört

konnten dagegen die drei Redner des Deutschen Landvolks ihre sachlichen Argumente vortragen.

Am folgenden Sitzungstag, dem 12. Mai, kam es zum Eklat im Reichstag. Nach kurzer Debatte erklärte Löbe: *„Mir wird mitgeteilt, dass von Abgeordneten und Nichtabgeordneten des Hauses ein Gast, ein Journalist, im Restaurant des Reichstages überfallen und in der Wandelhalle blutig geschlagen worden ist.“*⁷⁰ Die Kriminalpolizei übernahm die Untersuchung des Vorfalls. Im Parlament kam es darauf zu tumultartigen Szenen. Im Protokoll sind wüste Beschimpfungen seitens der NSDAP und große Unruhe vermerkt. Schließlich musste Löbe die Sitzung unterbrechen. Nach der Sitzungspause erklärte Löbe: *„Mir ist noch mitgeteilt worden, dass die Frau des im Hause Verletzten inzwischen angeläutet worden ist und ihr mitgeteilt worden ist, dass ihr Mann sich im Hause ungebührlich betragen habe, dass er infolgedessen zusammengeschlagen worden wäre und sie herkommen solle, sich seine Knochen abzuholen.“* Löbe schloss daraufhin die Abgeordneten Heines, Weitzel und Stegmann, die an der Schlägerei beteiligt gewesen waren, aus. Alle drei Abgeordneten waren Mitglieder der NSDAP-Fraktion. Da die Abgeordneten den Saal nicht freiwillig verließen, musste die Sitzung vom Präsidenten abgebrochen werden. Die ausstehenden Abstimmungen über zirka 60 Anträge, darunter wiederum Misstrauensanträge gegen die Regierung, konnten nicht behandelt werden. Es sollte die letzte Sitzung des Reichstages in dieser Wahlperiode sein, denn am 30. Mai gab das Kabinett Brüning seinen Rücktritt bekannt und im Sommer 1932 fanden Reichstagswahlen statt.

Die namentliche Abstimmungsliste belegt, dass Heinrich Sieber auf dieser Sitzung als Gast der NSDAP-Fraktion anwesend war. Sicherlich kannte er die Schuldigen, denn es waren ja nur 107 Abgeordnete der NSDAP im Parlament. In den beiden Jahren von Heinrichs Mandat wurden 10 Abgeordnete der NSDAP, 9 der KP, 3 der DNVP und ein Abgeordneter der SPD von Sitzungen des Reichstages ausgeschlossen. Gegen die 107 NSDAP-Abgeordneten des Reichstages lagen über 400 Strafanträge vor.

Heinrich Sieber hatte seine erste Wahlperiode beendet und dabei keine Rede gehalten, aber auch keinen Ordnungsaufruf, keinen Ausschluss und kein Strafverfahren bekommen. Bei fast allen Abstimmungen hatte er zusammen mit den Nazis gestimmt. Bei den Abstimmungen hatte er ständig versucht, über Misstrauensvoten und Anträge auf Auflösung des Reichstages die Regierung zu stürzen. Er hatte aber auch sonst viele Möglichkeiten genutzt, um die parlamentarische Demokratie zu boykottieren oder lächerlich zu machen. Er hatte sich neue Freunde bei den Nazis gefunden, die alle parlamentarischen Konventionen verachteten und eine

ungeheure Aggressivität zeigten, indem sie pöbelnd den Reichstag störten und auch einer Schlägerei nicht abgeneigt waren. Er hatte tatkräftig daran mitgewirkt, dass die erste deutsche Demokratie zu Ende ging.

Wahlkämpfe für Hitler

Die Landvolkpartei verlor an Bedeutung und zog nach Reichstagswahlen im Sommer 1932 nur noch mit einem Abgeordneten in das Parlament ein und war nach den Herbstwahlen nicht mehr vertreten. *„Als die Landvolkbewegung ... an ihrer eigenen Radikalität zu Grunde ging, hatten sich die in ihr zum Ausdruck gekommenen Ideen, Ressentiments, Geisteshaltungen und Empfindungen über ganz Deutschland verbreitet. Sie wurden von Hitler aufgegriffen Die breite Masse der Landbevölkerung trieb unaufhaltsam dem Nationalsozialismus in die Arme, von dem allein sie sich einen Ausweg aus der materiellen und ideellen Not erhoffte. Die ländliche Bevölkerung in Deutschland fand... zur nationalsozialistischen Blut- und Bodenideologie...“*. Die Landvolkpartei leistete *„einen wichtigen Beitrag zum Auflösungsprozess der DNVP und ihr kam damit ein kaum zu überschätzender Anteil am langfristigen Prozess der Umorientierung vormals deutschnationaler Wähler auf die NSDAP zu.“*⁷¹

Die Nazis hatten in der Zwischenzeit den Reichslandbund (s. S. 23) unterwandert und Willikens als Präsidenten lanciert.⁷² Aus einem Brief Willikens vom 2. Juli 1932 geht hervor, dass Heinrich das Landvolk verlassen hatte und zum Reichslandbund gewechselt war. Im März 1932 unterstützte der Reichslandbund offen die Kandidatur Hitlers zum Reichspräsidenten. Aber Heinrich war bekanntlich schon seit 1931 dabei!



Abbildung 19: Hotel zum goldenen Löwen genannt Landbundhaus

In Oschatz war das Hotel zum Goldenen Löwen, auch Landbundhaus genannt, Zentrum der Agitation von DNVP, CNVP und später der NSDAP. Willikens sprach hier schon im Jahr 1929 und am 20. November 1930 wird Heinrich belehrt, dass der Landbund in die nationalsozialistische Bewegung gehöre.⁷³ Heinrich, der zu dem Zeitpunkt noch in der Landvolkpartei war, wurde hier früh mit den Ideen der Nationalsozialisten konfrontiert, doch es

dauerte noch ein Jahr bis auch er in die Partei eintrat. Im Februar 1932 versuchte er den Landbund unter die Kontrolle der NSDAP zu bringen. Dieses gelang vorerst nicht, wie die Oschatzer Gemeinnützige berichtete.⁷⁴

Später wird das Haus Ort für viele NSDAP Wahlkampfveranstaltungen und Ausgangspunkt für Demonstrationen und Umzüge. Im Landbunndhaus fanden in den Jahren 1931 und 32 viele Veranstaltungen statt, bei denen es nicht selten zu Schlägereien mit politischen Gegnern kam. Um mehr Frauen und auch die Mittelschicht in die Versammlungen zu locken, wurden „Deutsche Abende“ und „Deutsche Bälle“ veranstaltet. Hier sollte gegen die amerikanische Jazzmusik, im Nazi Jargon „Negermusik“ genannt, ein deutsches Kulturleben nach nationalsozialistischen Idealen stattfinden. Es spielten die SA Kapelle und die Oschatzer Stadtkapelle zum Tanz auf. Auch nationalsozialistische Theaterstücke wurden hier aufgeführt⁷⁵.

Name:	Sieber	Heinrich	GR 1	23/48.
	(Surname)	(Vorname)		
Anschliffe:	Wiederoda über Oschatz / SA.			
eigenes Telefon, Nr.:	Hilfsloshaus G. wenn kein eigenes Telefon, wie telefonisch zu erreichen?			
Beruf:	Landwirt			
ledig, verheiratet, verwitwet:	Profivater	Religion:	ev. luth.	
Geburtsort:	Romberg	Datum:	10.9.1888	
Eintrittstag in die Partei:	1.12.1931	Mitgl. Nr.:	821 341	
Amt in der Partei:	Gauleitungsführer Kreisleitungsführer			
Amt in Staat od. i. d. Gemeinde:	Hof v. Regierkammer Oschatz			
Dienstgrad als Redner:	Hof v. Regierkammer Oschatz			
Ausstellungstag des Rednerausweises:	1.1.35.			

Quelle: Bundesarchiv

Abbildung 20: Heinrichs Ausweis als Gauredner der NSDAP

Die NSDAP-Gauleiter wurden angewiesen, sich einen „zuverlässig erscheinenden Landwirt“ zu suchen und ihn als „ehrenamtlich wirkenden Fachberater“ zu gewinnen.⁷⁶ Sehr schnell fand sich Heinrich bereit, dieses Amt zu übernehmen. Seit 1931 war er für Sachsen als Gauredner der Nazis registriert.

Die propagandistische Rolle der Gauredner

wurde von Horst Gies 1966 in seiner Doktorarbeit beschrieben: *„Die Hauptaufgabe des agrarpolitischen Funktionärsapparates der NSDAP war rein agitatorischer Art. Es kam weder auf Redlichkeit der Forderungen noch auf Sachlichkeit der Diskussion an. Betriebsamkeit, Propaganda und Aufstachelung der Unzufriedenheit waren die Parole. Es ging darum, die günstige Ausgangssituation ... zur Sammlung der Bauern hinter der Hakenkreuzfahne auszunutzen. Die wachsende wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft, ihre Entfremdung vom demokratischen Staat und den ‚Berliner Regierungen‘, die Unzufriedenheit der Bauern mit dem undurchsichtigen agrarpolitischen Kurs der Berufsorganisationen, die ‚selbstmörderischen Interessenkämpfe‘ der landwirtschaftlichen Organisationen untereinander - all das war Öl für das Feuer, das von ... [den] ‚Fachberatern‘ nun auf dem Lande angezündet wurde. ... Die nationalsozialistische Agitation bewegte sich zunächst auf den alten, eingefahrenen Gleisen völkischer Propaganda in bäuerlichen Gegenden. Hass gegen den ‚Viehjuden‘ und Angst vor dem Bolschewismus waren Themen, die auf dem Lande immer Anklang fanden. Hierzu kam die wachsende Hilflosigkeit der Bauern, mit den Verhältnissen eines liberalen Wirtschaftssystems fertig zu werden. Die daraus resultierende Abneigung gegenüber den unsteten und undurchsichtigen ‚liberalistischen‘ Wirtschaftsverhältnissen verband sich mit dem Antisemitismus zu einem unausrottbaren Ressentiment-Gemisch: zum Viehjuden war nun auch noch der Bankjude gekommen. Es waren also drei Instrumente, auf welchen die nationalsozialistische Agitation auf dem Lande weiterhin mit Erfolg spielte: Antisemitismus, Kampf gegen den Liberalismus und Angst vor dem Bolschewismus. ... Es wurde in der Manier des Stammtischpolitikers argumentiert und mit Hinweis auf die ‚ungerechtfertigten (wucherischen) Verdienstspannen des Zwischenhandels‘ das antisemitische Ressentiment wieder ins Spiel gebracht... ‚heiße Eisen‘ sollten möglichst aus der Debatte gehalten werden, da man es unbedingt vermeiden müsste, ‚einen Wechsel auf Zukunft‘ einzugehen, dessen Einhaltung eventuell gefährlich werden könne. Die gesamte Agitation ... war dementsprechend auf allgemeine Phrasen und demagogische Simplifizierung festgelegt.“*

Quelle: Gies 1966, S.51 u. 58

Anfang der dreißiger Jahre war die NSDAP die aktivste aller Parteien in Sachsen; sie organisierte die meisten und die bestbesuchten Versammlungen und besaß die heterogenste Mitglieder- und Wählerschaft. Sie wurde von Arbeitern, Bürgerlichen und Adligen unterstützt⁷⁷. An diesem Erfolg der NSDAP war Heinrich maßgeblich in seiner Funktion als Gauredner beteiligt.

Im Jahr 1932 gab es so viele Wahlen, dass praktisch über das ganze Jahr Wahlkampf war. In Oschatz wurden 438 Aufmärsche, Versammlungen und andere Veranstaltungen gezählt⁷⁸. Das

sächsische Innenministerium berichtete: „*In der Werbe- und Propagandatätigkeit der Parteien wetteiferten miteinander die KPD, NSDAP und das Reichsbanner. Kampfaufmärsche, Rote Tage, Werbekundgebungen, Gautreffen, Propagandafahrten auf Lastkraftwagen, Aus- und Übungsmärsche wechselten miteinander ab... Kaum ein Sonntag verging, an dem nicht Kolonnen zu Fuß oder auf Lastkraftwagen dieser oder jener Parteirichtung die kleine Stadt oder das Dorf in der üblichen propagandistischen Aufmachung mit Musik, Fahnen und Plakaten durchzogen ... [Da diese] oft aus geringfügigen Anlässen zu Zusammenstößen führte ... [erforderten sie den] Einsatz starker Polizeikräfte.*“⁷⁹

Die Radikalität der Nazis und deren Gewaltbereitschaft ist der Hauptgrund, weshalb es der blutigste Wahlkampf war, den Deutschland bisher erlebt hatte: Von Juli bis August waren 300 politische Morde und 1.200 Verletzte zu beklagen. Die Oschatzer Zeitungen berichteten in den Sommermonaten fast täglich über Tumulte, Schlägereien, Messerstechereien und Schießereien zwischen den politischen Kontrahenten.

Auch Heinrich beteiligte sich an diesem Wahlkampf. Auf einer Tagung des Landbundes am 4. Mai 1932 sprach Pg. (Parteigenosse) Körner aus Piskowitz, über den „*Bauer im Endkampf.*“ In der Debatte meldete sich nach Angaben der Oschatzer Gemeinnützigen auch Heinrich zu Wort. Vom 9. Bis 17 Juni finden drei Versammlungen im Kreis Oschatz statt auf denen Heinrich Reden zum Thema „*Gebt Hitler die Macht!*“ hält⁸⁰

Am 4. Juli berichtet die Oschatzer Gemeinnützige ausführlich über eine Rede Heinrichs im Landbundhaus zum Thema „*Nationalsozialistische Agrarpolitik im 3. Reich.*“⁸¹ Deutlich merkt man, dass Heinrich hier sein Spezialgebiet gefunden hatte. Er kritisierte vor allem die Abhängigkeit der Landwirtschaft vom Ausland und forderte eine Kontrolle des Handels verbunden mit einer Umstellung des inländischen Konsums auf deutsche Agrarprodukte. Obwohl er sich einige Nazi-Phrasen wie „*Rettung des Bauerntums ist zugleich Rettung des Vaterlandes*“, oder „*Urquell der rassischen Erneuerung*“ nicht verkneifen konnte, war seine Rede doch insgesamt fachlich geprägt.

Interessant sind seine Erklärungen zu dem Begriff „Enteignung“ der Nationalsozialisten. Dieser entspreche dem des Reichlandbundes und meine eigentlich die Erhebung einer Bodenertragssteuer. Diese Feststellung ist bemerkenswert, weil Heinrich 1930 die Enteignungspläne als Hauptgrund genannt hatte, die Nazis nicht zu wählen (vgl. Seite 25). Hitler hatte inzwischen erkannt, dass diese Forderung in ihrer privatbesitzfeindlichen Grundhaltung auf die Bauern eine abschreckende Wirkung hatte. 1928 sah sich die Parteileitung daher gezwungen, in einer Erklärung zu Punkt 17 des Parteiprogramms die „*böswillige Missdeutung und hässli-*

che Unterstellung", die das Verhältnis der NSDAP zum Grundbesitz erfahren habe, „richtig zu stellen". In sinnverkehrender Interpretation wurde nun „unentgeltliche Enteignung" nur auf Boden beschränkt, „der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet wird"⁸². Also konnte auch Großgrundbesitzer Sieber für die NSDAP eintreten. Einen Widerspruch zwischen seiner Forderung nach „Beseitigung der Zinsknechtschaft des Kapitalismus“ und seiner eigenen Rolle sah er nicht.

Am Ende seiner Rede erneuerte Heinrich seine Aussage von 1930, dass es ihm nicht auf die Form des Staates, sondern auf die Inhalte der Politik ankomme. Heinrich meint damit, dass er auch eine Diktatur Hitlers begrüßen würde, sofern die richtige Politik vertreten werde.

Hitler plante schon in diesem Sommer ein Ermächtigungsgesetz, das er nach der Regierungsübernahme durch die NSDAP durchsetzen wollte. Hinweis dazu liefert ein Vertragsentwurf mit der Landvolkpartei. Das Landvolk hatte versucht mit Hitler zu kooperieren, um sich vor dem politischen Untergang zu retten. Ein Vertragsentwurf zur Kooperation mit der NSDAP vom 21.6.1932 sah unter anderem eine Zustimmung zu einem geplanten Ermächtigungsgesetz vor⁸³. Heinrich kannte also schon im Sommer 1932 die Pläne zum Ermächtigungsgesetz und war sich bewusst, dass Hitler die Demokratie beseitigen wollte.

Deutsche Volksgenossen herhören!

Gregor Strasser Oschatz spricht am 21. Juli 1932, abends 8 Uhr in **Rote Kaserne**

Unkostenbeitrag 20 Pfg. Vorverkauf bei Walter Beulich, Ogl., Leipziger Straße 15 I., Friseurgesch. Kurt Korbach, Lutherstr. 2, Café Kurt Preiß, Altmarkt.

zialistische Deutsche Arbeiter-Partei ————— **Bezirksleitung Oschatz-Grimma.**

erg Oschatz.
Sonntag ab 3 Uhr
tzdielen-Betrieb.
ein Paul Nirdorf und Frau.

„Löwe“, Oschatz.
ag, 17. Juli, 8 Uhr
mil Reimers
e Lauchlager-Revue 1932.
achgas über Oschatz“.

Nachdem ich die Konzession als Elektro-Installateur beim E.V. Gröba und dem E.W. Oschatz erhalten habe, bringe ich meiner geschätzten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich **sämtliche Arbeiten an elektrischen Licht-, Kraft- und Radio-Anlagen** bei billigster Preisberechnung solid und zuverlässig ausführe. Hochachtungsvoll
Fritz Polenz
Elektro-Installations-Meister
Oschatz i. Sa.
Altoschatzer Straße 4.

Alles Erforderliche zur Ausweinbereitung
Vierka-Weinhefen, Gärballons, Gärflaschen, Gefäßchen, Saunde, Abtastbecken usw. an

SW **Gasthof zur alten Post, Stauditz**
Sonntag, den 17. Juli, abends 8 Uhr
Deutscher Abend
mit Konzert der Sturmbann-Kapelle II/139 Dahlen und Ansprache des Hg. Sieber-Wiederoda, M. d. N. Anschließend freier Deutscher Tanz. Eintritt 80 Pfg. ————— Erwerbslose 50 Pfg.

Am Nachmittag 5 Uhr findet ein großer **SW-Aufmarsch des Sturmbannes II/139** durch den Ort mit anschließend. öffentlicher Kundgebung auf der Wiese gegenüber vom Gasthof mit **Hg. Werner Studentkowski, M. d. N.** statt. Um zahlreichen Besuch beider Veranstaltungen bittet die **Ortsgruppe Stauditz N.S.D.A.P.**

Quelle: Anzeiger in der Oschatzer Gemeinnützigen am 10.7.1932

Abbildung 21: Ein deutscher Abend mit Heinrich

Am 17. Juli 1932 sprach Heinrich auf einem „Deutschen Abend im Gasthof zur Alten Post“ mit dem sich anschließend „deutschen Tanz!“. Die Anzeige mit Hakenkreuz erschien in der Oschatzer Gemeinnützigen gleich neben einem Aufruf an deutsche Volksgenossen, eine Ver-

sammlung der berühmten Nazigröße Gregor Strasser zu besuchen. Der Reichsorganisationsleiter Strasser hatte in einer Rundfunkrede nur wenige Wochen vor der Veranstaltung verkündet *„Wir scheuen den Krieg als letztes Mittel nicht und verlangen ... die Wiederherstellung der deutschen Ehre.“*⁸⁴

Massen heraus!
Freitag, d. 29. Juli, abds. 1/9 Uhr im
„Schützenhaus“ Oschatz sprechen in
öffentlicher
Wahl-Versammlung
Landtagsabg. Pg. Werner Studentkowski, Leipzig
„Es ist genug des Elends und der Not! Deutsch-
land muß wieder aufstehen! Gebt Adolf Hitler
die Macht!“
Und **Reichstagskandidat Pg. Sieber, Wiederoda**
„Der Nationalsozialismus bringt Frieden, Wohl-
stand und Brot.“
Deutsche Volksgenossen, alle heraus zum Endkampf
Unkostenbeitrag 30 Pfg.
Erwerbslose 10 Pfg. Für Juden verboten!
National-Soz. Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Oschatz.

Quelle: Anzeige in der Oschatzer Gemeinnützigen am 28.7.1932

Abbildung 22: Anzeige zu Heinrichs Wahlveranstaltung am 29.7.1932

Es folgen Wahlveranstaltungen Heinrichs am 25., 28. und am 29. Juli. Die Oschatzer gemeinnützige berichtet über seine Rede zum Thema: *„Der Nationalsozialismus bringt Frieden, Wohlstand und Brot“*. Die Veranstaltung war *„für Juden verboten“*. Lag es an dem Reporter oder bediente sich Heinrich tatsächlich nur wenig des Standardrepertoires eines NSDAP-Redners. Er sprach zwar von einer *„Mobilisierung der im deutschen Volk ruhenden Ewigkeitswerte“*, verdampte den Pazifismus der SPD und warnte vor

der Gefahr eines polnischen [sic!] Angriffs. Aber antisemitische Hetze oder Worte wie *„Versailler Schandfrieden“* finden sich nicht in dem Artikel. Heinrich versuchte eine Aufbruchsstimmung zu erzeugen, um die zu dem Zeitpunkt schon ausklingende Wirtschaftskrise zu meistern. Die Versammlung endete mit dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes.

Das Horst-Wessel-Lied

1930 starb das NSDAP Parteimitglied Horst Wessel an den Folgen schwerer Verletzungen, die er angeblich bei einem Überfall politischer Gegner erlitten hatte, tatsächlich aber von einer Auseinandersetzung um eine Prostituierte stammten, in die er sich verliebt hatte. Goebbels stilisierte das Opfer als *„Blutzeugen der Bewegung“* zum politischen Märtyrer der Nationalsozialisten. Ein Wessel-Gedicht von 1927 (*„Die Fahne hoch...“*) wurde, unterlegt mit der Melodie eines Matrosenliedes, als so genanntes Horst-Wessel-Lied im Dritten Reich zur *„zweiten deutschen Nationalhymne“*.

Höhepunkt des Wahlkampfes im Sommer 1932 ist der Auftritt des Gauleiters Martin Mutschmann in Oschatz der mit antisemitischen Hetzparolen durchsetzt ist: „Der Krankheits-erreger im deutschen Volk ist der Jude. Der Parlamentarismus ist auch ein Gebilde des jüdischen Geistes.“⁸⁵ Mutschmann kam 1933 mindestens noch zwei Mal nach Oschatz und beide Male in Heinrichs Landbundhaus.

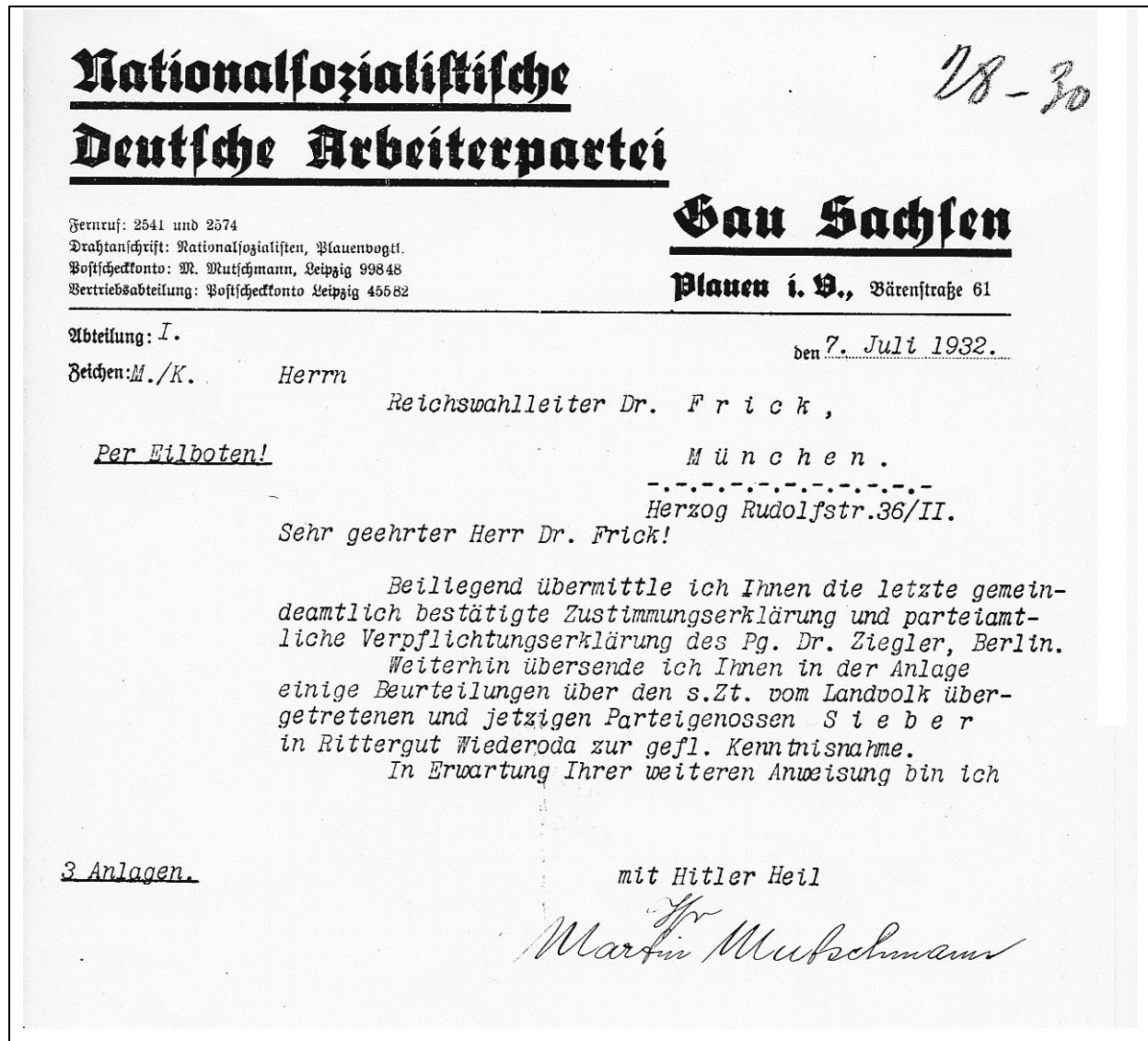


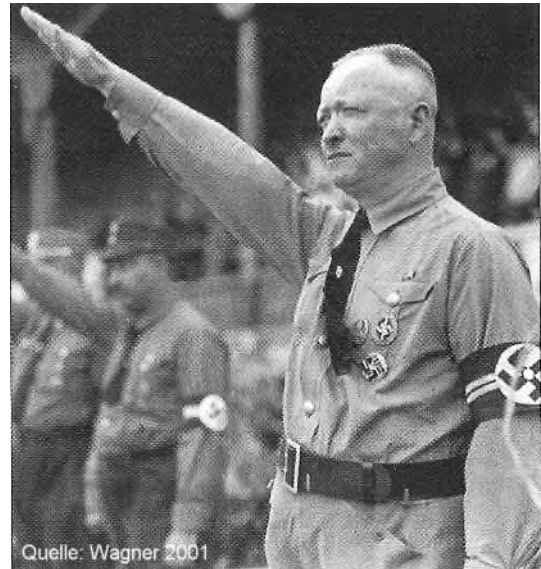
Abbildung 23: Beurteilung von Heinrichs durch Mutschmann

Für die erneute Wahl in den Reichstag musste Heinrich sich jetzt von der NSDAP aufstellen lassen. Er wurde von dem sächsischen Gauleiter Mutschmann vorgeschlagen und an „sicherer Stelle aufgestellt“. Darüber beschwerte sich der Führer des Reichlandbundes Willikens am 2. Juli in einem Brief an den Fraktionsführer der NSDAP Frick, weil er den ehemaligen Landvolk- Abgeordneten und Reichslandbundpräsidenten v. Sybel bevorzuge⁸⁶. Daraufhin verfasste Mutschmann für Frick am 7. Juli 1932 eine Beurteilung von Heinrich, die leider verloren

gegangen ist⁸⁷. Dennoch bekam Heinrich keinen sicheren Listenplatz und zog nach der Reichstagswahl am 1. August nicht wieder in das Parlament ein.

Martin Mutschmann

Textilfabrikant aus Plauen, wurde 1924 zum Landesleiter des Völkischen Blocks in Sachsen ernannt. Er verfügte über alle Voraussetzungen eines erfolgreichen NSDAP-Führers und Gauleiters (ab 1926): Er war machthungrig, brutal, unterhielt gute Beziehungen zu Unternehmerkreisen, war Hitler völlig ergeben und hasste Juden.⁸⁸ Mutschmann steht als typisches Beispiel eines Bürgerlichen, der durch wirtschaftlichen Niedergang (seine Spitzenfabrik musste 1930 geschlossen werden),



Quelle: Wagner 2001

die Erfahrung der Kriegsniederlage und den vermeintlichen Sieg der Arbeiterbewegung dazu gebracht wurde, sich an die nationalsozialistische Weltanschauung zu klammern. Für ihn trugen der Marxismus und die Juden Schuld am Niedergang Deutschlands.

Goebbels bezeichnete Mutschmann einmal als „*ordentlichen brutalen Führer*“. Er kämpfte extrem skrupellos gegen Juden, politische Gegner und Konkurrenten. Mutschmann erklärte, „*dass es im Falle einer nationalsozialistischen Machtübernahme ohne eine ‚kleine Bartholomäus Nacht‘ nicht gehe*“⁸⁹. Sein fanatischer Antisemitismus äußerte sich in Bemerkungen wie „*Der Tag der Abrechnung wird kommen, und die Synagogen in Rauch aufgehen*“⁹⁰. Mutschmann vertrat die Zwangssterilisation von denen, die als ungeeignet erachtet werden Kinder zu bekommen und um eine Rassenmischung zu unterbinden.⁹¹

Gauleiter Mutschmann wurde nach der Machtergreifung Reichsstatthalter und 1934 zusätzlich noch Ministerpräsident. Mit dieser Machtfülle ausgestattet regierte er wie ein absolutistischer Landesfürst in Sachsen.

Nach dem Krieg floh Mutschmann, wurde verhaftet, verurteilt und in einem Moskauer Gefängnis hingerichtet.

Obwohl Heinrich nicht wieder in das Parlament einzog, war sein Wahlkampf in Oschatz ein voller Erfolg! Die NSDAP konnte ihren Stimmenanteil von 15% im Jahr 1930 auf 45% in der Wahl 1932 steigern. Dieses sind 15 Prozentpunkte mehr als NSDAP und Landvolk bei der letzten Reichstagswahl zusammen hatten. Damit wurde die NSDAP vor der SPD stärkste

Kraft im Kreise Oschatz. Aber auch in ganz Sachsen wurde die NSDAP die populärste Partei und stellte die SPD klar in den Schatten.

Heinrich machte bei den folgenden Wahlkämpfen des Jahres 1932 - es gab ihrer sechs in Sachsen - weiter Propaganda für die NSDAP. Das schlechtere Abschneiden der Partei bei den Reichstagswahlen im November hängt mit dem allgemein schlechten Wahlergebnis der NSDAP in Deutschland zusammen. Auch nach dieser Wahl konnte Heinrich nicht in den Reichstag einziehen. Da diese die letzten freien Wahlen waren, ist das in Abbildung 24 dargestellte Wahlergebnis von 1933 nicht vergleichbar.

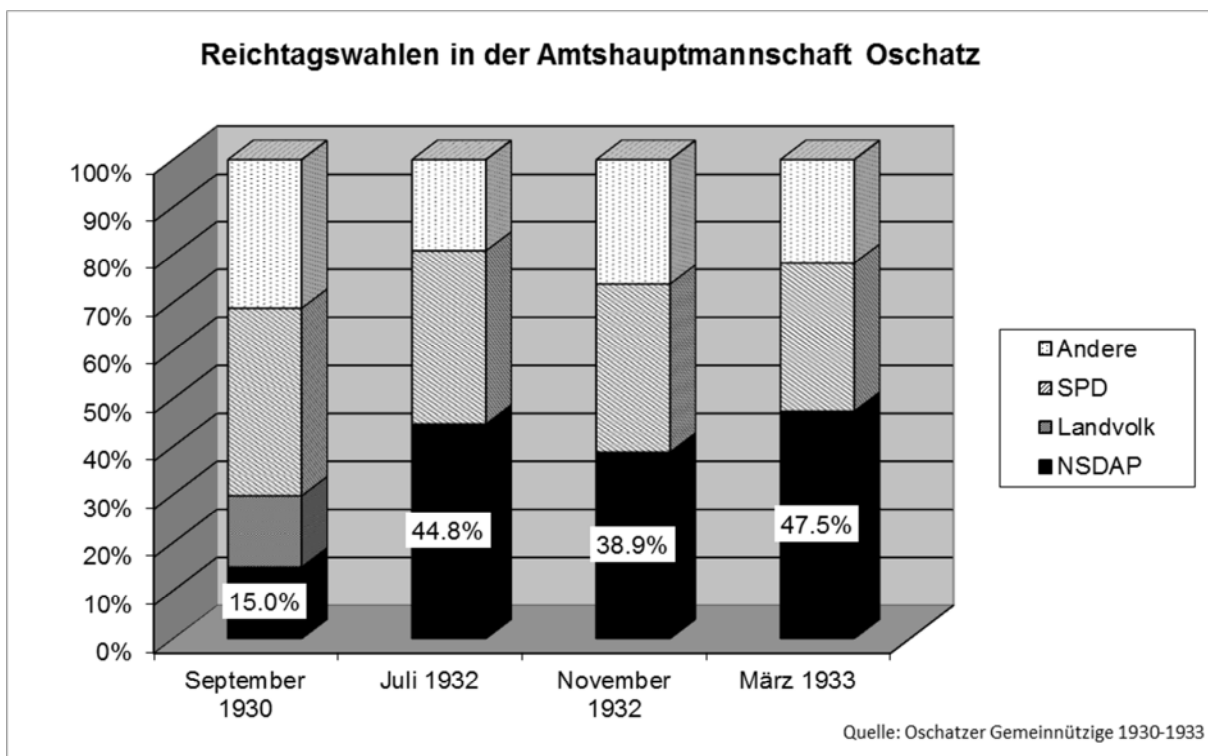


Abbildung 24: Reichstagswahlen in der Amtshauptmannschaft Oschatz

Mit dem Stahlhelm zur Macht

Heinrichs Sohn Dietrich schreibt in seinen Memoiren, dass er sich an einen Urlaub in Borkum erinnere, als die Familie bei einem Strandburgwettbewerb einen Preis bekamen⁹². Er verschweigt, dass mit Muscheln „*Deutschland, Deutschland über Alles*“ auf der Burg stand und dass sich das Symbol des Stahlhelms auf der Burg befand. Heinrich war seit 1931 Mitglied des Stahlhelms, einem paramilitärischen organisierten Wehrverband der Weimarer Republik mit mehr als einer ½ Million Mitglieder. Der Verband war nationalistisch, konservativ, militaristisch, antisemitisch und trat gegen die Weimarer Republik ein. Darüber hinaus war er paramilitärisch organisiert, und für körperlich taugliche Mitglieder galt die Wehrsportdienstpflicht.

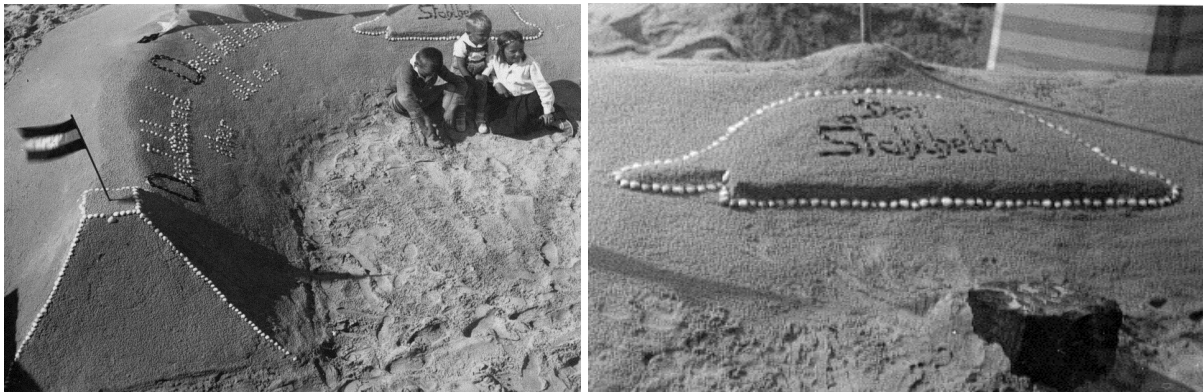


Abbildung 25: Heinrichs Strandburg auf Borkum 1935

Der sächsische Stahlhelm wurde 1924 von General Maerker, der den Leipziger Arbeiter- und Soldatenrat niedergeschlagen hatte (s. Seite 12), gegründet. In den Stahlhelm waren viele Mitglieder der aufgelösten Freikorps eingetreten. Maerker war einer fanatischer Vertreter der „*Dolchstoßlegende*“ (s. Seite 10) und Verfechter der Remilitarisierung Deutschlands. Seine Ansprachen wurden schon 1924 mit dem Ruf „*Front Heil*“ der Zuhörer begrüßt.⁹³

Die Einstellung des Stahlhelms zur Demokratie verdeutlicht sich besonders, durch die sogenannte Hassbotschaft von Fürstenwalde, die 1928 der Brandenburger Stahlhelmführer in Anwesenheit von Prinz August verkündete: „*Wir hassen mit ganzer Seele den augenblicklichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Wesen. ... Wir hassen den Staatsaufbau, weil er von der Gnade unserer Feinde abhängt und von ihnen benutzt wird, den Sinn des Weltkrieges gegen uns zu vollenden ... Wir hassen diesen Staatsaufbau, weil er uns die Aussicht versperrt, unser geknechtetes Vaterland zu befreien und das deutsche Volk von*

*der verlogenen Kriegsschuld zu reinigen, den notwendigen deutschen Lebensraum im Osten zu gewinnen, das deutsche Volk wieder wehrhaft zu machen ..."*⁹⁴

Im Oktober 1931 bildete der Stahlhelm zusammen mit den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten die Harzburger Front, die das Ziel hatte die Regierung Brüning zu stürzen und die Weimarer Republik zu beenden. Neben Vertretern des Stahlhelm war auch der Reichslandbund u.a. vertreten durch Heinrichs ehemaligen Landvolk Parteifreund v. Sybel und sein ehemaliger Landvolk Kollege Wendhausen auf der Tagung. Der politische Einfluss des Stahlhelm war insbesondere bei den Deutschnationalen groß. Bei der „Machtergreifung“ und den anschließenden „Säuberungen“ spielte der Stahlhelm eine bedeutende Rolle: *„Die konservativen Feinde der Weimarer Republik, die Verächter von Parlamentarismus, Parteien und Demokratie, leisteten nun der Glorifizierung des Kriegserlebnisses, der Beschwörung des Geistes von 1914, der Überzeugung von deutschem Sendungsbewusstsein, deutscher Art und Herrenmenschentum, mit übersteigertem Nationalismus gründliche Vorarbeit für das Dritte Reich.“*⁹⁵ Vermutlich trat Heinrich nach dem Harzburger Treffen in den Stahlhelm ein und wurde wenig später am 1. Dezember NSDAP Mitglied.



Quelle: Michael 2007, S. 49

Abbildung 26: Parade einer Stahlhelm-Einheit in Oschatz

Der Zusammenschluss der rechten Kräfte in Harzburg hatte auch in Sachsen seine Folgen. Ab 1931 formierten sich Landbund, Stahlhelm und NSDAP zu sog. *„Selbstverteidigungstruppen“*⁹⁶. Diese Truppen trugen dazu bei, dass der Zeitraum von Sommer 1932 bis Frühjahr 1933 gekennzeichnet war von einer Brutalität, die in Sachsen erschreckende Ausmaße annahm. Im sächsischen Landtag wurde folgendes berichtet: *„In Chemnitz und Umgebung haben die Nationalsozialisten während des Wahlkampfes eine wahre Schreckensherrschaft ausgeübt. SS- und SA-Kolonnen durchzogen in Trupps von 40 Mann die Straßen und schlugen*

einzelgehende Reichsbannerleute und Flugblattverbreiter der Eisernen Front mit Stahlruten und Gummiknüppeln nieder. Revolver und Dolch spielten bei diesen Attentaten eine verhängnisvolle Rolle.“⁹⁷

Auf einer Versammlung des Bezirkslandbundes am 5. Januar 1933 gab sich Heinrich kämpferisch. Das Oschatzer Tageblatt berichtete über die gut besuchte Versammlung. Nachdem der Vorsitzende Kratsch die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Landwirte bedauert hatte, führte die folgende Aussprache zu *„impulsiven Äußerungen. Rittergutsbesitzer Sieber-Wiederoda nahm vor allem Gelegenheit, seinen Standpunkt ... darzustellen. Das Jahr 1933 sei das Kampffahr. Jeder dem Bunde fernbleibende Bauer sei als Schädling zu betrachten, weil er ernten wolle, was andere säen.“*

Deutschland trieb - mit Heinrichs Unterstützung - immer mehr auf eine Diktatur zu. Der Versuch der Regierung Papen im Sommer 1932 das Preußische Parlament zu entmachten schlug zwar fehl, aber die Neuwahlen im Sommer und Herbst brachten keine Stabilisierung der Situation. Im Gegenteil, die letzte freie Reichstagssitzung am 7. Dezember 1932 endete mit einer Saalschlacht zwischen NSDAP und KPD. General Schleicher, der vom Reichspräsidenten Hindenburg als neuer Kanzler berufen wurde, wendete sich den Gewerkschaften zu und wollte die Subventionen für Großgrundbesitzer kürzen.⁹⁸ Das verunsicherte Reichspräsident Hindenburg zunehmend und die Verunsicherung wurde durch den Reichslandbund, der - wie schon geschildert - von den Nationalsozialisten unterwandert war, geschürt. *„Unter allen pressure groups, die ... politischen Einfluss ausübten, hatte die Landwirtschaft den Vorteil, für ihre Probleme und Sorgen - besonders soweit sie ostdeutsche Interessen betrafen - bei Hindenburg ein offenes Ohr zu finden.“*⁹⁹

Eine entscheidende Unterredung zwischen Vertretern des Reichslandbundes, Hindenburg, v. Schleicher, dem Ernährungsminister und dem Wirtschaftsminister fand am 11. Januar 1933 in Berlin statt.¹⁰⁰ Als Vertreter des Reichslandbundes war u.a. Heinrichs Freund v. Sybel anwesend. Zunächst wiesen die Reichslandbund Vertreter auf die schlechte Lage der Bauern hin und malten das Bild der Anarchie und des Terrors an die Wand, der größer werden könne als während der Bauernaufstände von 1928. Insbesondere ging es dem Landbund um das von der Regierung Schleicher per Notverordnung erlassene Gesetz zum "Butterbeimischungszwang" für Margarine, das das Ziel hatte,



von Sybel

Abbildung 27: v. Sybel

die Preise für Milcherzeugnisse zu steigern.¹⁰¹ Der Kanzler und die Minister reagierten sehr zurückhaltend gegenüber diesen Forderungen, obwohl Hindenburg sanften Druck ausübte. *„Während der ... Besprechung des Reichslandbundes ... war deutlich geworden, dass es nur noch vordergründig um agrarpolitische Probleme ging. In Wahrheit kämpften die Nationalsozialisten im Reichslandbund, von Sybel und Willikens, um eine Beteiligung der NSDAP an der Macht.“*¹⁰²

Nach dem Treffen mit Hindenburg griff der Reichslandbund die Regierung scharf in der Presse an, worauf der Reichskanzler erklärte, in Zukunft nicht mehr mit dem Landbund verhandeln zu wollen. Nun schritt Hindenburg ein und stellte der Regierung Schleicher ein Ultimatum, das Gesetz zum Butterbeimischungszwang zu stoppen. Schleicher drohte daraufhin die Verwicklungen Hindenburgs in dem Osthilfeskandal (s. Seite 24) offen zu legen¹⁰³. Heinrichs Freunde hatten endlich Erfolg, denn nur 11 Tage nach deren Unterredung traf sich Hindenburg mit Hitler, den er wenig später zum Reichskanzler ernannte.

In der Nacht zum 30. Januar 1933, nachdem Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, fanden überall in Deutschland Fackelzüge statt, die den Sieg feierten. Im Berlin marschierten SA und Stahlhelm zusammen durch das Brandenburger Tor. Und in einem Kommentar der Bundeszeitung des Stahlhelms hieß es überschwänglich: *„Es geht ein Aufatmen durch das deutsche Volk! Allüberall im deutschen Land marschieren im gleichen Schritt und Tritt Stahlhelm und SA zu gemeinsamem Kampf auf, ... Mit ehrlicher Freude begrüßen wir die Kameraden von der SA und SS als Genossen des gemeinsamen Kampfes, und wir wissen, dass das 'Heil Stahlhelm', das von ihrer Seite unseren Marschkolonnen in diesen historischen Tagen überall entgeschallte, gleichfalls aus einem ehrlichen Herzen kam. Wir Soldaten des deutschen Freiheitskampfes gehören zusammen und wollen fortan zusammen marschieren, kämpfen und siegen.“*¹⁰⁴

Auch in Oschatz gab an diesem Abend einen Fackelzug. Am 2. Februar führte eine *„kriegsstarke Kompanie“*¹⁰⁵ von SA Männer und Stahlhelm mit Marschmusik einem weiteren Fackelzug durch die Stadt. Rittmeister Sieber hielt anschließend eine Rede: *„SA und Stahlhelmer, die einst getrennt gingen, haben sich nun vereinigt und marschieren wie am 30. Januar, so auch heute gemeinsam... Unsere Parole ist Deutschland allein Deutschland!“* Am Tag zuvor war Heinrich in die SA eingetreten.



Abbildung 28: SA-Einheit vor dem Café Central in Oschatz

Kaum war Hitler an der Macht wurden Neuwahlen für den 5. März 1933 ausgeschrieben. Er nutzte das Machtvakuum bis zu den Neuwahlen zum „*Auf- und Ausbau seiner Machtposition, zur Mobilisierung seiner Anhänger sowie zur Einschüchterung und Verfolgung opponierender Kräfte*“¹⁰⁶. Bei letzterem spielten SA, SS und Stahlhelm eine große Rolle. In Preußen machte Göring 40.000 SA, SS und Stahlhelmer zur Hilfspolizei, die er nachdrücklich zur Anwendung „*schärfster Mittel*“, das heißt zum Schusswaffengebrauch ermutigte.¹⁰⁷ Er wies die reguläre Polizei an, bei Aktionen von SA, SS oder dem Stahlhelm nicht einzuschreiten.¹⁰⁸

*„Dem Beispiel Preußens folgend, leitete das Innenministerium in Dresden am 2. März 1933 die Aufstellung einer Hilfspolizei ein und entsprach damit einer von der NSDAP seit langem gestellten Forderung. Zwar sah das sächsische Innenministerium den Einsatz der aus den ‚nationalen Verbänden‘ (SA, SS, Stahlhelm, Kyffhäuserbund) zu bildenden Hilfspolizei, nur unter der Führung der ordentlichen Polizei‘ vor, doch sollte sich schon wenige Tage später zeigen, dass mit der Aufstellung der von SA und SS dominierten Hilfspolizei die NSDAP nunmehr über ein Instrument verfügte, das sie im quasistaatlichen Auftrag für die Machteroberung einsetzen konnte. Mittels der Hilfspolizei ließen sich nach dem 9. März 1933 auf lokaler Ebene exekutive Funktionen ausüben, ohne auf staatliche bzw. kommunale Polizeikräfte zurückgreifen zu müssen.“*¹⁰⁹ Die sächsische Hilfspolizei umfasste 1500 Mann, die *aus ‚persönlich einwandfreien, zuverlässigen und national gesinnten Deutschen‘* bestehen sollten, sich in Wirklichkeit aber aus SA, SS und den rechten Wehrverbänden rekrutierte.¹¹⁰

Die Verfolgung der Opposition begann und steigerte sich insbesondere nach dem Brand des Reichstages am 28. Februar, von dem wir heute vermuten, dass er wahrscheinlich von den Nazis angezündet worden ist. *„Der Reichstagsbrand sei der Beweis für den kommunistischen*

Umsturzversuch, lautet die Parole [der Nazis], die nun den Ausnahmezustand rechtfertigt. Noch in der Nacht werden die Verfolgung der Kommunisten ... und die Unterdrückung von Sozialdemokraten ... beschlossen. Am anderen Tag wird mit der Unterschrift des Reichspräsidenten Hindenburg die ‚Verordnung zum Schutz von Volk und Staat‘ (Reichstagsbrand-Verordnung) erlassen. Sie setzt wichtige Grundrechte außer Kraft wie die Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, suspendiert das Brief- und Fernmeldegeheimnis, hebt die Garantie der Unverletzlichkeit der Wohnung auf und verschärft die Strafbestimmungen für bestimmte Delikte. Bei Hochverrat und Brandstiftung kann jetzt die Todesstrafe verhängt werden.“¹¹¹ Noch in der Nacht nach dem Reichstagsbrand wurden in Deutschland etwa 4000 Kommunisten, viele SPD Aktivisten und Liberale verhaftet.

Heinrich Sieber sagt am 1. März kurz auf einer Bauernkundgebung in Oschatz dass „am 5. März die Frage entschieden werde, ob Deutschland national oder international regiert werde.“ Verwunderlich ist der Satz Heinrichs, dass „der Sozialismus in der NSDAP ... gestärkt werden müsse.“¹¹² Gehörte Heinrich vielleicht eher den Linken um Strasser an? Wie war das mit seiner Position als Großgrundbesitzer vereinbar? Die Oschatzer Gemeinnützige berichtet etwas anders: „Es gelte den Arbeiter wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Daher müsse er sich auch der Fürsorge des Staates erfreuen“. Heinrich meint also mit Sozialismus eher soziale Fürsorge. Der Vortag endete mit „Deutschland gestern, heute und in alle Ewigkeit“. Immerhin sollte die Hitlerdiktatur 12 Jahre dauern.

„Zum erstenmal trugen die Rundfunkwellen die Stimmen Hitlers, Görings und Goebbels' in jeden Winkel des Reiches. Die mit Hakenkreuzfahnen über und über geschmückten Straßen hallten wider vom Marschtritt der SA. Es gab Massenversammlungen, Fackelzüge, lärmende Lautsprecher auf Straßen und Plätzen. Die Anschlagssäulen waren bepflastert mit schreienden Plakaten der NSDAP, und auf den Bergen brannten Freudenfeuer. Den Wählern versprach man den Himmel auf Erden, doch gleichzeitig wurden sie durch den braunen Terror auf der Straße eingeschüchtert und mit ‚Enthüllungen‘ über die ‚kommunistische Revolution‘ in Angst und Schrecken versetzt.“¹¹³

In der Endphase der Wahlkampfes fand am 3. März in Oschatz ein weiterer Fackelzug statt, an dem auch Mutschmann teilnahm. Die Tatsache, dass es Heinrich gelang in den letzten Tagen vor der Wahl den Gauleiter nach Oschatz zu holen, spricht für seine enge Verbindung zu Mutschmann. Kann da eine persönliche Freundschaft vermutet werden?

Von einer freien Wahl kann nicht mehr gesprochen werden: Die Zeitungen der Opposition Vorwärts, Reichsbanner und viele linke und liberale Zeitungen waren verboten und die Oppo-

sition durfte den Rundfunk nicht benutzen. Darüber hinaus waren viele Kommunisten und Sozialdemokraten schon inhaftiert. Am 5. März wurde der Reichstag ohne große Zwischenfälle in Oschatz gewählt. Die NSDAP errang unter Heinrichs Mithilfe 47,5% der Stimmen. Heinrich rückte auf der sächsischen Landesliste nach und kam wieder in den Reichstag.¹¹⁴

Heinrich gibt Hitler die Macht

Am 21. März 1933 war Heinrich wieder im Parlament. Hitlers hatte für die erste Reichstags-sitzung die Verabschiedung des schon erwähnten Ermächtigungsgesetzes geplant, das ihm erlauben sollte für vier Jahre Gesetze ohne Zustimmung von Reichstag, Reichsrat und Reichspräsident zu erlassen und internationale Verträge abzuschließen. Damit sollte die Weimarer Verfassung nicht formal, aber faktisch außer Kraft gesetzt werden. Für die Änderung der Verfassung brauchte er eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Die NSDAP hatte mit den Deutschnationalen aber nur 340 von 647 Stimmen. Sie war also auf die Unterstützung der bürgerlichen Parteien (Zentrum, Liberale) angewiesen.



Quelle: Bundesarchiv

Abbildung 29: Der Tag von Potsdam mit Hindenburg; Göring und Mutschmann in Uniform

Um diese für sich zu gewinnen, wurde in Potsdam vor der entscheidenden Reichstags-sitzung eine feierliche Festveranstaltung zu Ehren Friedrich des Großen organisiert. Hitler, in Frack und Zylinder stellte sich als moderater Staatsmann dar. Nach seiner Eröffnungsrede erfolgte die Kranzniederlegung, gefolgt von einer Parade der Reichswehr, Schutzpolizei und ‚Ehren-abteilungen nationaler Verbände‘. Unter Goebbels Regie wurde die „Vermählung“ zwischen

den „*Symbolen der alten Größe und der jungen Kraft*“ und die angebliche nationale Wiedergeburt und Einheit pompös gefeiert. Die KPD war schon inhaftiert und die SPD blieb der Veranstaltung aus Protest fern. Heinrich nahm natürlich begeistert daran teil. Hinterher wurde in Oppositionskreisen das Wort von der „*Potsdamer Ruhrkomödie*“ geprägt. Dennoch hatte das Theater Erfolg, weil das Zentrum, die Liberalen und das konservative Lager, insbesondere aber Reichspräsident Hindenburg überzeugt wurden. Im Gegensatz zum langen Staatsakt dauerte die konstituierende Sitzung des Reichstags lediglich 24 Minuten.

Die Sitzung zu dem Ermächtigungsgesetz fand zwei Tage später, am 23. März statt. 81 Abgeordnete der KPD hatten keine Möglichkeit zur Teilnahme an der Sitzung, weil sie größtenteils inhaftiert waren. Auch 26 Sozialdemokraten waren verhaftet oder auf der Flucht.¹¹⁵

Schon der Weg in die Krolloper, die anstelle des beschädigten Reichstags in Zukunft als Parlament dienen sollte, war ein Spießbrutenlauf. Agitatoren der NSDAP heizten die Sprechchöre an: „Wir wollen das Ermächtigungsgesetz, sonst gibt es Zunder! Nieder mit den roten Schuften und Landesverrättern.“ Auf dem Weg wurde der SPD Abgeordnete und ehemalige preußische Innenminister Severing von einem Nazifunktionär gepackt und in einem Auto weggeführt. Er kam auf Anordnung Görings wieder frei, Julius Leber, der schon am 30. Januar verhaftet wurde, blieb jedoch in Haft.

Joseph Felder (SPD), der letzte lebende Abgeordnete des Reichstags, schildert die Erlebnisse dieses Tages: „*Hitler ließ wie ein Star auf sich warten. Schließlich kamen er und sein Gefolge in Parteiuniform im Sturmschritt und mit erhobener Hand. Die Botschafter und Gesandten der fremden Mächte und die sonstige Prominenz erwarteten ihn in den vollgepferchten Logen stehend, während die gestiefelten Nazis die Haken zusammenschlugen wie eine preußische Gardekompanie ... In diesem Augenblick geschah etwas Ungewöhnliches SA- und SS-Leute betraten in völlig unzulässiger Weise den Saal der Abgeordneten und bildeten einen dichten Kordon um die Sitze der SPD Ihre gezischten Drohungen und billigen Witze verstummten erst, als Hitler mit seiner programmatischen Rede begann. Bei jedem seiner sarkastischen Hiebe gegen die SPD fieberten die braunen Gäste um uns und es sah mehr als einmal so aus, als konnten sie den Zeitpunkt einer ‚persönlichen Abrechnung‘ mit uns nicht erwarten.*“¹¹⁶



Abbildung 30:
Joseph Felder

Zunächst wurde über einen Antrag der SPD diskutiert, zehn verhaftete SPD Abgeordnete wieder frei zu lassen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Dann begann Hitler

mit seiner Rede, die verhältnismäßig moderat war. Hitler drohte „Landes und Volksverrättern mit barbarischer Rücksichtslosigkeit“ und stellte die Abgeordneten vor die Wahl Krieg oder Frieden. Ständig wurde die Rede durch stürmische Beifallskundgebungen und Heil-Rufe der Nazis unterbrochen.

Der SPD-Parteiführer Otto Wels hielt die historische Antwort auf Hitlers Ansprache. Ruhig und mit großer Würde hielt er einer der ergreifendsten Reden, die je in einem deutschen Parlament gehalten wurden:

„Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen; im Inneren erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft lässt sich auf ihn nicht gründen. Deren erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderungen zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst mit Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterlässt, besiegte Gegner zu behandeln, als seien sie vogelfrei. Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“



Abbildung 31: Otto Wels

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, dass sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. ...Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals, seit es einen deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muss sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt. ...

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaats, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechts, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht, Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekannt.

Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen. Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten. Wir grüßen unsere Freunde im Reich. Ihre Standhaftigkeit und Treue verdienen Bewunderung. Ihr Bekennermut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft.“

Am Ende der Rede übertönte das höhnische Gelächter der Nazis den Beifall der Sozialdemokraten. Hitler stürzte förmlich ans Rednerpult und antwortete, dass die SPD nicht mehr gebraucht würde. *„Sie sind wehleidig meine Herren, und nicht für die heutige Zeit bestimmt, wenn Sie jetzt schon von Verfolgung sprechen. Was ist Ihnen geschehen? Sie sitzen hier, und geduldig hört man Ihren Redner an“* (Sehr gut und Heiterkeit bei den Nationalsozialisten). *„Deutschlands Stern ist im Aufsteigen, der Ihre im Untergehen. Ich brauche Ihre Stimme nicht, Deutschland wird frei sein, aber nicht durch Sie“*. Auf den Widerspruch der Sozialdemokraten antwortete Reichstagspräsident Göring: *„Jetzt rechnet der Kanzler ab!“* Am



Sieber (D|chab)

Abbildung 32:
Heinrich Sieber im
Reichstag 1933

Ende von Hitlers Rede protokolliert der Bericht *„langandauernde stürmische Heil-Rufe und Beifallskundgebungen bei den Nationalsozialisten und auf den Tribünen, Händeklatschen bei den Deutschnationalen. Immer erneut einsetzender stürmischer Beifall und Heil Rufe.“*

Nach den Stellungnahmen der anderen Parteien kam es dann zur Abstimmung und Göring gab das Ergebnis bekannt: 444 gegen 94 Stimmen, die ausschließlich von der SPD kamen. Als das Ergebnis bekannt gegeben wurde, sprangen die NSDAP Abgeordneten von den Sitzen auf, trampelten vor Freude und stimmten das Horst-Wessel-Lied an. Mehr als 2/3 der Abgeordneten hatten für das Gesetz gestimmt, darunter auch das Zentrum und die Liberalen.

Joseph Felder schreibt: *„Die bürgerlichen Parteien hatten Angst, wir hatten auch Angst. Wir waren auch Menschen und Familienvater. Unsere Frauen riefen in Berlin an und fragten, ob wir überhaupt noch zurückkommen. Zu zweit, zu dritt wohnten wir im Hotel, um uns gegenseitig zu verteidigen. Es war nicht so, dass wir Helden waren. Aber wir waren uns klar darüber, dass wir den Parlamentarismus zu verteidigen haben, was auch komme, bis zuletzt. Und deshalb stimmten wir mit »Nein«“¹¹⁷*

In Oschatz wird abgerechnet

Am 2. April 1933 fand ein „Deutscher Abend“ im Oschatzer Landbundhaus statt. Der Eintritt kostet 60 Pfennig und war „für Juden verboten“. Heinrich referiert über Bismarck und Hitler. „Der Redner ließ nun in fesselnder Weise die großen Tage von Potsdam und Berlin aus eigenen Erlebnissen vorüberziehen und kennzeich-



Quelle: Oschatzer Tageblatt 3.4.1933

Abbildung 34: Heinrich spricht zu Bismarck und Hitler

nete die Abrechnung des Kanzlers mit der Sozialdemokratie als den Höhepunkt der jüngsten politischen Ereignisse.“¹¹⁸ Beim Vergleich der beiden Staatsmänner kritisiert er, dass Bismarck sein Werk nicht vollendet habe, da der Zeitgeist des Liberalismus ihn beschränkt hätte: „Das Zentrum blieb in der Schlüsselstellung und der Marxismus ungebrochen“. Dagegen habe Hitler „im Ansturm alle die bisher noch ungelöst gebliebenen Probleme bewältigt. Das Zentrum sei ausgeschaltet, der Marxismus am Boden... Aber auch jetzt noch gehe der Kampf weiter... Auf keinen Fall dürfe man jetzt schwach werden...“¹¹⁹

Heinrichs Kampf war aber schon im vollen Gange. „In den ersten Tagen des März 1933 begann in Sachsen der Terror. Für kurze Zeit verlor die Polizei die Kontrolle über die Straße, und die Nationalsozialisten ergriffen die Gunst der Stunde. Sie nahmen grausame Rache an ihren langjährigen politischen Gegnern. Jeder Nationalsozialist hatte die Möglichkeit, persönliche Rechnungen zu begleichen. SA-Trupps brachen Haustüren auf und verschleppten ihre Gegner. Die Polizei hielt sich angesichts der unklaren Machtverhältnisse abseits, während die Nationalsozialisten ihre Gegner prügeln, töteten und ihre Parteilokale in improvisierte Haft- und Folterstätten umwandelten. Neben dem ungezügelter Straßenterror der SA ging ab dem 1. März auch die Politische Polizei, die als eine besondere Abteilung den Polizeipräsidien zugeordnet war, gegen die KPD vor und verhaftete deren Funktionäre.“¹²⁰

Kurz nachdem Heinrich in die SA eingetreten war, wurden seine Freunde in Oschatz tätig. Dort hatte es die ersten Verhaftungen schon am 17. Februar gegeben, noch vor dem Reichstagsbrand. Die nächste Welle erfolgte am 3. März zwei Tage vor den Reichstagswahlen. Das

Oschatzer Tageblatt berichtet über Haussuchungen Oschatzer Kommunisten und Beschlagnahme von Flugblättern der SPD. Nur zwei Tage nach den Wahlen, am 7. März übernahmen die Nazis in Oschatz gewaltsam das Ruder und die Hakenkreuzfahne wurde auf das Dach des Rathauses gesetzt. Zur Feier fand ein SA Aufmarsch in Anwesenheit von örtlichen Nazi-Persönlichkeiten statt.

Am 10. März berichtete die Oschatzer Gemeinnützige von Haussuchungen der neuen Hilfspolizei aus SA und Stahlhelm, von denen führende Personen der Linken betroffen waren. *„Die enge Zusammenarbeit zwischen der ‚grauen und braunen Bewegung‘ wurde ... erneut demonstriert, als der Stahlhelm mithalf, ein ‚falsches System niederzuringen‘ und ‚überall im Lande die Siegeszeichen der Revolution‘ zu errichten, wie es in Berichten ‚vom Kampffeld der nationalen Revolution‘ hieß. Gemeinsam mit SA und SS demonstrierten Stahlhelm-Einheiten für die Absetzung der Landesregierungen und Kommunalverwaltungen und halfen, wie man sich ausdrückte, dort ‚sanft nach, wo man den neuen Zug der Zeit mit roten Hirnen nicht so schnell erfassen konnte‘“¹²¹.*

„Das alte Lied: Wenn ein Nationalsozialist jemanden ausschalten will, bestellt er die SA, und sein Gegner muss ins Gefängnis.“

Das berichtet Stefan Lorant der Redakteur eines unpolitischen Boulevardblattes in seinem Tagebuch. 1933 war er 6½ Monate in Schutzhaft ohne ernsthaftes Verhör oder Anklage, weil ein ehemaliger Mitarbeiter und Freund Himmlers ihn denunziert hatte. Im Gefängnis traf er seine Chefs und den Verlagsleiter wieder. Er traf dutzende andere Häftlinge, denen es ähnlich wie ihm ergangen war. Während Lorant nur knapp dem Tod entkam, überlebte keiner seiner Zellengenossen. Der Denunziant wurde später nationalsozialistischer Kommissar und übernahm den Verlag.

Quelle: Lorant 1985

Am 14. März wurde der kommunistische Lehrer Vogel entlassen. Später wurde er mehrfach verhaftet und u.a. im KZ Buchenwald eingesperrt. Er starb 1943 an den Folgen seiner vielen Inhaftierungen. Am 15. März wurden erneut Kommunisten der Stadt und SPD Gemeindearbeiter in sog. „Schutzhaft“ genommen.

Am 20. März fand in der gesamten Amtshauptmannschaft Oschatz eine Razzia statt, bei der wieder die SA und der Stahlhelm¹²² beteiligt waren. Es wurden Wohnungen der Funktionäre von Reichsbanner¹²³, SPD und KPD durchsucht. Im Originalton stand in der Zeitung: *„Bis Mitternacht rollte Personenkraftwagen nach Personenkraftwagen und Lastwagen nach Lastwagen heran ... Eskortiert von Gendarmen und SA, [brachten sie] inhaftierte und beschlag-*

nahmte Gegenstände... Sämtliche Personen, bei denen belastendes Material gefunden wurde, wurden auf Lastautos nach Oschatz gebracht und zunächst in der Turnhalle der Berufsschule untergebracht, in der Strohlager zurechtgemacht worden waren. Die Durchsuchungen dauerten die ganze Nacht, anschließend wurden die zwangsgestellten Personen (200 bis 300) kommissarisch vernommen. ... Aus Oschatz wurde vor allem der berüchtigte Kommunist [Alfred] Schiemann¹²⁴, der sich auch einmal als Winkeladvokat betätigt hatte, festgenommen. Die vorläufigen Vernehmungen dauerten bis in die späten Vormittagsstunden... Unter anderem wurden auch stadtbekannt Angestellte des Arbeitsamtes vorgeführt. Sie wurden nach ihrer Vernehmung unter der Bedingung entlassen, dass sie sich jeden regierungsfeindlichen Benehmens in Zukunft enthalten ...“¹²⁵ Heinrich kann hier nicht persönlich mitgewirkt haben, denn er war vermutlich auf der Fahrt nach Berlin.

Am 23. März bewegte sich ein Zug von Braunhemden begleitet von „flotter Marschmusik“ vom Landbundhaus zum Sportplatz, wo Transparente, Fahnen und Bücher von Kommunisten und SPD verbrannt wurden. Der Kommunist Alfred Schiemann musste eine Leninfigur am Galgen vor sich her tragen und am Scheiterhaufen „kräftig schippen und schufteten“.¹²⁶

Am gleichen Tag gab die sächsische Landesregierung einen Gnadenerlass für SA, SS und Stahlhelm bekannt. Ihre Verbrechen während der letzten Jahre blieben damit ungestraft.¹²⁷

Schutzhaft und erste Konzentrationslager

Unter dem Euphemismus Schutzhaft wurden in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland Regimegegner und andere missliebige Personen willkürlich inhaftiert und in Konzentrationslager verschleppt. Im Nationalsozialismus wurde von diesem Instrument, das in den Händen von SA, Gestapo und SS lag, massenhaft Gebrauch gemacht. Es diente nicht irgendwelchen Schutzzwecken, schon gar nicht, wie oft behauptet wurde, dem Schutz der Betroffenen vor dem „Volkszorn“, sondern der Verfolgung politisch und anderweitig missliebiger gewordener Personen.

Zunächst wurden vor allem Mitglieder linker Organisationen (vor allem von KPD und SPD) Opfer der „Schutzhaft“, daneben andere Menschen, die sich mit ihren politischen und weltanschaulichen Überzeugungen gegen das Regime exponierten, etwa einzelne Angehörige der christlichen Konfessionen und Gemeinschaften. Es folgten die Angehörigen der aus ethnisch-rassistischen Motiven verfolgten Minderheiten der Juden, der Roma, darunter der deutschen Sinti und Roma -, die zugleich aus sozialrassistischen Gründen als „Asoziale“ exkludiert wurden.

Die Eskalation der Gewalt und die politische Verfolgung führte überall in Deutschland zu einem plötzlichen Anstieg der Verhaftungen. Im März waren überall in Deutschland die Gefängnisse überfüllt. Offizielle Schätzungen zufolge waren 15.000 Menschen in „Schutzhaff“ genommen worden. Die wirkliche Zahl war wahrscheinlich viel höher. Die Überfüllung der Gefängnisse und der Wunsch der SA mit ihren Häftlingen zu machen was immer ihr beliebte, führte zu der Einrichtung von SA-Konzentrationslagern¹²⁸.

Von seiner Inhaftierung berichtete der Oschatzer Otto Eichler wie folgt: *„Am 4. Mai 1933, so gegen 6.15 Uhr, krachten Schläge gegen meine Wohnungstür. ‚Aufmachen, SA‘, brüllte es. Ich öffnete. Vor mir standen zwei bewaffnete junge SA-Männer. Sie zerrten mich aus meiner Wohnung. Ich wurde in die Polizeiwache geschleppt, verhört und mittags in das Lager Pappenheim eingeliefert. Dieses befand sich am Ortsausgang von Oschatz, rechts der Wermsdorfer Straße. Ehemals ein Kinderferienheim, stellte es der Rat der Stadt der SA als ein ‚wildes Lager‘ zur Verfügung. Es existierte etwa zwei Monate. Dort ging die örtliche SA-Organisation ihren persönlichen Rachegeleüsten nach. Die Wachmannschaft bestand aus 20 bis 23 SA-Männern. Lagerkommandant war der SA-Sturmführer Schiemann, ein Fanatiker, ein brutaler und gehässiger Kerl.“*¹²⁹ Mit Schiemann war Heinrich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit persönlich bekannt.

Über die Verhältnisse im Lager Pappenheim hat bereits im Juli 1934 der Oschatzer Kommunist Otto Eichler berichtet: *„Am 4. Mai 1933 wurde ich früh 6.15 Uhr von meiner Wohnung abgeholt und gegen 12 Uhr mittags im Lager abgeliefert. Dort fragte mich der Lagerkommandant, ob ich noch Kommunist sei, was ich wahrheitsgemäß bestätigte. Darauf fragte mich derselbe, ob ich eine Pistole habe, was ich verneinte. Darauf sagte dieser, dass ein Mitgefangener namens Schröter behauptete habe, dass ich eine solche besäße. Ich verlangte darauf Schröter gegenübergestellt zu werden. Die Forderung veranlasste den Schiemann, drei Leute in den Raum zu rufen, die mich mit den Stiefeln in den Rücken traten und mich schlugen. Als weitere Strafe musste ich eine Stunde lang ‚Arme vorwärts‘ und dann eine weitere Stunde ‚Arme hoch-halten‘. Als meine Arme anfangen zu zittern, wurde ich mit dem Gummiknüppel, Seitengewehr und Gewehrkolben bearbeitet. Dann musste ich eine weitere Stunde ‚Knie beugt‘ und noch eine weitere ‚Knie beugt und Arme vorwärts hebt‘ machen. Hierbei hörte ich, wie Schiemann, der Lagerkommandant, in das in der Nähe befindliche Telefon rief: ‚Jetzt haben wir den Eichler so traktiert, dass das ihm das Wasser am Leibe herunter läuft.‘*



Abbildung 35: Lagerappell im KZ Pappenheim

Dann müsste ein Häftling auf das Gebälk der Baracke klettern, ein Seil darüber legen, an dem sich unten eine Schlinge befand. In diese musste ich meinen Kopf stecken und wurde dann von zwei Mann am Halse etwa $\frac{1}{4}$ m über den Fußboden hochgezogen. Als ich oben hing, schlug mich ein SA-Mann mit dem Seil ins Gesicht, traf das rechte Auge, das schnell schwoll, blutete, so dass ich ca. 3 Wochen fast nichts sehen konnte. Nun wurde ich heruntergelassen und man setzte beim Haare schneiden seine Gelüste fort. Ein Mann musste meine Haare hochhalten und ein anderer schnitt oder vielmehr sägte diese mit einem Seitengewehr mit Säge ab. Was dabei noch herunter hing, wurde mit der Schere abgeschnitten.

Dann kam eine hygienische Wäsche. 12 - 13 Mann mussten mir auf den Kopf spuken und dann wurde der Unrat, der mir schon in den Nacken lief, mit einem Strohwisch abgewischt. Dann müsste ich die Haare und das Stroh einzeln auflesen und da es nicht schnell genug ging, wurde ich wieder mit dem Knüppel und den Füßen bearbeitet. Nach diesen Misshandlungen verlangte ich zu trinken. Ein gewisser Beyer hielt mir ein Glas vor, und wenn ich trinken wollte, goss er es mir jedes Mal ins Gesicht. Abends habe ich nichts zu essen bekommen, musste aber dafür in der SA-Wache bis 9 Uhr stramm stehen.

Dann musste ich ins Bett. Aber schon nach 15 Minuten holte man mich wieder. Ich musste noch eine halbe Stunde lang ‚hinlegen und auf‘ üben und dann die gleiche Zeit in der langsam von 1 – 120 gezählt wurde ‚Knie beugt‘ machen und auf die gleiche Weise wieder hochgehen. $\frac{1}{4}$ 11 Uhr ging es wieder zu Bett, aber schon 10 Minuten später mussten wir wieder heraus. Wir mussten in den Geräteschuppen, Spaten holen und dann ging es hinaus in den Wald, wo wir unser Grab schaufeln mussten. Während dieser Arbeit wurden wir von 10 bis 12 Mann bewacht und beschossen.

Als wir einen halben Meter gegraben hatten, frug ein SA-Mann Theil, ob jemand Durst hätte, ich verneinte nach den gemachten Erfahrungen, die anderen bejahten. SA-Mann Beyer musste vier Glas Wasser holen, die aber halbvoll Salz waren. Da ich mich weigerte, goss er es mir mit Gewalt in den Hals. Dann mussten wir das Grab wieder zu schaufeln, gingen wieder ins Bett, um nach 5 Minuten wieder geholt zu werden. Dann mussten wir in Liegestütz gehen und die SA-Leute gingen von dem Rücken des einen mit den Stiefeln auf den des anderen. Dann mussten wir uns auf den Bauch legen und sollten auf den Ellbogen durch die Stuhlbeine einer ganzen Reihe kriechen. Da dies wegen meiner Körperkonstitution nicht gut ging, half man wieder mit Fußtritt nach. Hierauf wurde eine Bank auf den Tisch gestellt und angekündigt, wer darüber springen könne, solle ins Bett gehen können. Da ich das nach den bisherigen Anstrengungen seit Mittag unter den unsäglichen Misshandlungen nicht fertigbrachte, wurde wieder durch weitere Misshandlungen nachgeholfen. Dann hieß es wieder ‚Auf, nieder‘ und dabei bin ich zusammengebrochen. Da sagte der SA-Mann Theil zu mir, dass ich nur zu faul sei und trat mir in seiner sadistischen Raserei absichtlich mit dem Stiefel auf die Hände, so dass ich einen Fingernagel verlor, ein Sanitärer musste mich nachts $\frac{1}{4}$ 2 Uhr verbinden, und zwar das Auge, das Knie und den Finger. Dann konnten wir endlich wirklich unser Lager aufsuchen. Das nannten die Leute ‚deutsche Abende‘ feiern.“¹³⁰

Ein Strafprozess im August 1949 stellte fest, dass die Schilderungen von Otto Eichler der Wahrheit entsprachen und auch die überlebenden Angeklagten gaben Misshandlungen und Quälereien auf den „deutschen Abenden“ zu. Sie wurden zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt. Damit steht fest, dass in Pappenheim schwere Menschenrechtsverletzungen stattfanden und die Häftlinge zur Zwangsarbeit u. a. im Steinbruch gezwungen wurden, bis das Lager am 27. Mai 1933 aufgelöst und ungefähr 100 Gefangene in die zentralen KZ-Lager Colditz bzw. Sachsenburg bei Frankenberg gebracht wurden.



Abbildung 36: Zwangsarbeit der KZ Häftlinge im Steinbruch bei Pappenheim

Heinrichs SA verfolgte aber nicht nur die politischen Gegner, sondern auch die jüdischen Einwohner in Oschatz. Am 28. März veröffentlichte die Oschatzer Gemeinnützigen einen ganzseitigen Boykottaufruf worin angeordnet wird *„in jeder Ortsgruppe ist ein Aktionskomitee zur praktischen planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, Waren, Ärzte und Rechtsanwälte zu bilden.“* Die NSDAP setzt ihre gesamte Organisationsstruktur für diesen Boykott ein. *„Die Aktionskomitees müssen bis in das kleinste Bauerndorf hinein vorge- trieben werden, um besonders auf dem flachen Lande die jüdischen Händler zu treffen.“* Welche Aktivitäten Heinrich in diese Richtung unternahm ist nicht bekannt. Am 1. April berichtete die Zeitung: *„In Oschatz hat der Boykott heute ebenfalls Punkt 10 Uhr begonnen. Vor dem einzigen jüdischen Geschäft, das sich in Oschatz in der Strehlaer Straße befindet, zogen zwei SA-Leute auf.“* Zwei Kommunisten wollten demonstrativ einkaufen. Daraufhin wurde der Laden geschlossen.

1932 wohnten noch 19 Juden in Oschatz. Diese Zahl reduzierte sich bis 1937 auf sieben und am 1. Januar 1938 wurde stolz verkündet, dass Oschatz „judenfrei“ sei. Offensichtlich war die antisemitische Hetze so erfolgreich, dass die jüdischen Einwohner es vorzogen, in die Städte zu ziehen, wo sich oft in sog. „Judenhäusern“ auf engstem Raum mit Leidensgenossen wohnen mussten. Deshalb fanden im Jahres 1938 in Oschatz keine Novemberpogrome gegen Ju-

den statt, die verharmlosend ‚Reichskristallnacht‘ genannt wurden, als ob nur Glas zu Bruch gegangen wäre. In den Oschatzer Zeitungen finden sich nur Berichte aus Dresden, Leipzig und Dessau über „*Demonstrationen gegen das Judengesindel*“. Nachforschungen über den Verbleib der Oschatzer Juden zeigen, dass einige in das Ausland ausreisen konnten, andere in den KZs ums Leben kamen¹³¹. Darunter waren auch der oben erwähnte Kaufmann Leopold Mendel, seine Frau Rosalie und ihre 17-jährige Tochter, die 10.05.1942 von Leipzig in Ghetto Belzyce deportiert wurden und seither als verschollen gelten.



Abbildung 37: NSDAP Kreisleiter Papsdorf

Unmöglich, dass Heinrich nicht wusste, was in Oschatz vor sich ging. Erstens kann man es heute noch in den alten Zeitungen nachlesen, und zweitens waren es ja Heinrichs Stahlhelm- und SA-Freunde, die diese Taten durchführten. Kreisleiter Oskar Papsdorf, der die Verhaftungen anordnete, war Mitglied der SA und ab November 1933 wie Heinrich Mitglied des Reichstages. Als SA Mitglied, Stahlhelmführer und führender Parteifunktionär war Heinrich mit Sicherheit von den Aktionen informiert. Dazu gehörte auch die Einrichtung des KZ Pappenheim in Oschatz. Ob Heinrich selber dabei war oder sogar Befehle dazu gegeben hat, kann heute nicht mehr festgestellt werden. Aus seinen Reden und Taten kann aber geschlussfolgert werden, dass er die Verfolgung der Opposition und Juden zumindest gut hieß. Dabei nahm er auch den Tod von Gegnern in Kauf.

Nicht nur in Oschatz sondern auch in Berlin wurde verhaftet. Von Heinrichs ehemaligen Reichstags-Kollegen landeten viele im Gefängnis oder KZ, einige wurden getötet und andere schafften die Flucht in das Ausland. Insgesamt wurden 1245 Abgeordnete aller Parteien von 1933 bis 45 verfolgt. Davon waren 425 zeitweise in Haft oder wurden vorübergehend festgenommen. Bei 95 Abgeordneten ist der Tod als Folge politischer Verfolgung dokumentiert.¹³²

Aber nicht nur Heinrichs ehemalige Gegner, sondern auch einige seiner Parteikollegen vom Landvolk wurden während der nationalsozialistischen Diktatur verhaftet. Der Abgeordnete Hepp wurde vorübergehend in „*Schutzhaft*“ genommen, der Abgeordnete Baur wurde mehrmals verhaftet, ins KZ gesteckt und flüchtete später ins Ausland. 1941 kehrte er zurück und wurde 1944 erneut verhaftet. Ein weiteres Mitglied des Landvolkes Dr. Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg wurde nach dem Putschversuch am 20. Juli 1944 verhaftet und wie alle Trä-

ger des Namens Stauffenberg in Sippenhaft genommen. Im Oktober wurde er wieder freigelassen, durfte aber seine Heimatstadt nicht betreten.

Dr. Gereke, der ehemalige Präsident des Deutschen Landgemeindetages, Vorsitzende der Landvolk Fraktion im Reichstag und Anführer der gemäßigten Abgeordneten, wurde bereits am 23. März 1933 unter dem erfundenen Verdacht der Unterschlagung verhaftet. Er hatte den Nationalsozialisten im Parlament ständig Widerworte gegeben. Die Nazis enthoben ihn seines Amtes und verwickelten ihn in mehrere Prozesse. Nach mehreren Prozessen und Revisionen saß er bis September 1935 im Gefängnis. Ein halbes Jahr später wurde er erneut verhaftet. Er hatte ein Transparent mit der Aufschrift „*Die Insassen des Betriebes stehen geschlossen hinter Adolf Hitler*“ nicht wie befohlen an seinem Haus, sondern am Schweinestall befestigt. Bei seiner Verhaftung wurde Gerekes Mutter derart misshandelt, dass sie kurz darauf an einem Schlaganfall starb. Zu Kriegsbeginn wurde Gereke wieder unter verschärfte polizeiliche Überwachung gestellt. Insgesamt verbrachte er 2½ Jahre im Gefängnis, bevor er nach dem 20. Juli 1944 untertauchte.

Diese Vorfälle sind von besonderer Bedeutung, weil Gerecke und Heinrich sich mit Sicherheit näher kannten. Gerecke war nicht nur in der gleichen Partei, sondern darüber hinaus auf dem 50 km entfernten Rittergut Pressel bei Torgau aufgewachsen und dort auch politisch aktiv. Sachsens Gutsbesitzer trafen sich oft zu Feierlichkeiten und reisten dafür auch lange Strecken. Auch hier ist es unwahrscheinlich, dass Heinrich nichts von der Verfolgung seine Parteikollegen erfahren haben sollte. Dennoch hatten diese Tatsachen nicht die Abkehr vom Nationalsozialismus zur Folge, sondern Heinrich machte in den folgenden Jahren bei den Nazis Karriere.



Abbildung 38: Verhaftete ehemalige Landvolk Kollegen Karl Hepp (l.) Günther Gerecke (m.) und Georg Baur (r.)

Blut und Boden

Neben seiner Rolle als Abgeordneter im Reichstag spielte Heinrich auch auf Bezirks- und Gemeindeebene- eine große Rolle. Er war Mitglied des Gemeinderates¹³³ und Vorsitzender des Bezirkstages. Leider sind aus dieser Zeit kaum Dokumente erhalten, weil die Nazis in Oschatz vor dem Einmarsch der Amerikaner alle Dokumente verbrannten. Lediglich wenige Dokumente der Landesarchive in Leipzig und Dresden geben spärliche Auskunft über Heinrichs Rolle in der Lokalpolitik.

Am 28.2. 1933, also vier Wochen nach Ernennung Hitlers zu Reichskanzler, wurde Heinrich in den Bezirksrat gewählt. Zu Beginn der Sitzung stellte der Amtshauptmann fest, dass die fehlenden Abgeordneten als entschuldigt gelten sollen. Vermutlich handelte es sich bei diesen um bereits inhaftierte oder davon bedrohte Mitglieder. Heinrich stellte sich zu Wahl als Stellvertreter, erhielt aber keine der 37 Stimmen. Er wurde später auf der Sitzung als Vertreter in den Kreis- und den Bezirksausschuss gewählt¹³⁴.

Am 19. April trat das Gesetz zu Gleichschaltung der Bezirkstage in Kraft und in Folge dessen wurde der Bezirkstag entsprechend des Wahlausgangs vom 5. März neu gebildet unter Streichung der Stimmen der Kommunisten. Damit hatte die NSDAP die absolute Mehrheit. Sie erhielt 15 Sitze, die SPD 10 und Schwarz-Rot 4. Einige der gewählten Mitglieder legten „*aus politischen Gründen*“ ihr Amt sofort nieder. Der neugewählte Bezirkstag trat zum ersten Mal am 12. Mai zusammen. Als Vorsitzender wurde allein Heinrich vorgeschlagen, der dann auch prompt einstimmig auf Zuruf gewählt wurde. Wie das Protokoll vermerkt, gab „*Rittmeister Sieber... seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, dass der Bezirkstag zum ersten mal seit langer Zeit wieder marxistenfrei sei; er werde den Vorsitz als Nationalsozialist im Sinne des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler führen*“. Schon vor der Sitzung hatte Heinrich einen Antrag zur Geschäftsordnung mit 12 Punkten eingereicht. Es handelte sich um ein Reihe von unterschiedlichen Punkten, die von steuer- und kommunalrechtlichen Fragen, der Bekämpfung der Schwarzarbeit bis hin zum Bau einer Bahnstrecke nach Torgau reichten. Heinrichs Antrag und weiter 14 Anträge der NSDAP wurden, wie nicht anders zu erwarten, ohne Gegenstimmen angenommen.

Mit diesem Tag beendete Heinrich die demokratische Periode des Bezirkstages. Aus der Retrospektive ist die Rolle des Bezirkstags als relativ unwichtig zu bewerten. Aufgrund der Gleichschaltung der Nazis verlor dieses Gremium fast vollständig seine Bedeutung und trat in der Zeit von 1933 bis 1935 nur zwei Mal zusammen¹³⁵. Beschlüsse wurden häufig durch

schriftliche Umfragen gefasst. Heinrichs letzte dokumentierte Sitzung fand am 24.1.1935 statt und wurde wie üblich mit einem dreifach „*Sieg-Heil*“ beendet. Heinrich hatte das Amt des Vorsitzenden noch bis 1936 inne. Heinrich engagierte sich aber auch weiterhin für die Landwirtschaft. Er war weiterhin Landvolkfürher, aber auch Mitglied des Landesbauernrates Sachsen und des Reichsbauern-Things.

Darré, Richard Walter (1895-1953),

NSDAP-Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichsbauernführer 1933-1942. In seinen Schriften „*Das Bauertum als Lebensquell der nordischen Rasse*“ (1929) und „*Neuadel aus Blut und Boden*“ (1930) übertrug er Erkenntnisse über die natürliche Auslese im Tierreich auf den Menschen und erregte Hitlers Aufmerksamkeit mit der These, die Bauern seien als Kern der „*nordischen Rasse*“ Schöpfer der europäischen Kultur. Durch diese Werke und seine spätere Arbeit gilt er als Vater der „*Blut und Boden*“ Ideologie der Nazis.

Darré sprach von dem Landstand als dem „*Blutserneuerungsquell für das ganze Volk*“ und schlussfolgerte dass die Städte „*Blut- und Rasseverbraucher*“ seien und dass der „*Blutstrom des Volkes vom Land zur Stadt*“ fließe. Er forderte deshalb eine staatsrechtliche Sicherung der Stellung des Bauernstandes als „*Urstand*“ und den Familien- und Geschlechterschutz mit Hilfe eines „*deutschen*“ Familien- bzw. Erbrechtes, das „*gesunde Eheschließungen*“ und „*Schollenverwurzelung*“ des Bauerntums ermögliche.

1930 trat Darré der NSDAP bei und gestaltete bis zur Machtübernahme maßgeblich die Agrarpolitik der Partei und baute den Agrarpolitischen Apparat der Partei auf. Bis 1933 wurde er zu einem der wichtigsten Beschaffer von Wählerstimmen für die NSDAP. Seit 1931 war er Leiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS und konnte damit bestimmenden Einfluss auf die Rassepolitik der SS gewinnen. 1933 wurde er Reichsbauernführer und Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung. Er betrieb den Aufbau des Reichsnährstandes und die Zwangsvereinigung aller bäuerlichen Standesorganisationen. Die Interessengegensätze zwischen ihm und Himmler führten zu Verlust des Amtes bei der SS. Als Folge seines in den Kriegsjahren schwindenden Einflusses verlor er 1942 sein Ministeramt.

Nach Kriegsende wurde Darré in dem Nürnberger Prozess angeklagt, wo er sich als Prozess als Opfer nationalsozialistischer „*Kriegstreiber*“ darstellte. 1949 zu sieben Jahren Haft verurteilt, jedoch schon 1950 nach Begnadigung entlassen, starb Darré am 5. September 1953 in München.



Abbildung 39: Walter Darré

Heinrich bewies auf einer pathetischen Rede, die er anlässlich der „Ehrung des ältesten Bauerngeschlechts im Oschatzer Bezirk“¹³⁶ hielt, dass er ein vehementer Vertreter der Blut und Boden Ideologie war: Er bezeichnete den Bauern als „Blutquell des deutschen Volkes“ und den „Hof als Sippenheiligtum und Keimzelle des Volkstums.“ Weiter behauptete er „nicht durch Kriege sind, wie die Geschichte lehrt, Staaten zugrunde gegangen, sondern weil jene Völker sich vom Landstande entfernten, in der Stadt aber morsch und angekränkt wurden durch Mode und Überkultur [was immer das auch sei]. Die Vernachlässigung des Schollengebundenheit gab ihrem Staatsleben den Todesstoß. In unserem Vaterlande blieben leider ... alle Versuche einer Besserstellung in den Anfängen stecken. In den Nachkriegsjahren [des 1. Weltkriegs] brachen durch Schieber und Spekulanten und den liberalistischen Zeitgeist wohl die schlimmsten Zeiten für die Bauern an. ... Da bescherte uns der Himmel in Adolf Hitler den Retter vom drohenden Untergang.“

Durch diese Rede werden zwei Dinge in Heinrichs Denkweise deutlich. Zum einen zeigt es die zunehmende Verunsicherung der Bauern angesichts des Verlustes ihrer wirtschaftlichen Bedeutung bei gleichzeitigem Prosperieren der Industrien in den Städten. Zum anderen sah Heinrich die Ursache der landwirtschaftlichen Krise nicht in den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern die Schuld gab er dem „liberalistischen Zeitgeist“ und den „Schiebern und Spekulanten“. Mit letzteren sind vor allen Dingen die jüdischen Händler gemeint. Aus Familienerzählungen ist bekannt, dass seine Frau Gertrud noch nach dem Krieg behauptete, jüdische Händler hätten auf Kosten der Bauern spekuliert, indem sie zur Erntezeit die Produkte zu günstigen Preisen aufkauften und später überteuert wieder absetzten. Dieser

in Wirtschaftskreisen völlig normale Vorgang wurde von den Nazis zur antisemitischen Propaganda im Rahmen ihrer „*Blut und Boden-Ideologie*“ im Sinne Darrés umgedeutet. Aber zum Glück hatte der Himmel einen Retter geschickt in Form Adolf Hitlers, der ja bekanntlich mit den Juden richtig aufräumte...

Blut und Boden

Die Nazis vertraten eine „*Blut und Boden Ideologie*“ die von dem Reichsbauernführer Walther Darré entwickelt worden war und alle Grundbestandteile der NS-Ideologie aufnahm. Darin hieß es „*die Zugehörigkeit zur ‚Volksgemeinschaft‘ bestimme die Rasse, die nordische, arische natürlich. ... Der Gegenpart zur nordischen Rasse sei der Jude, der Arbeit nicht kenne, schmarotze, nur eigensüchtig Handel treibe. Er habe sich überall eingenistet, bedrohe die Volksgemeinschaft ... Das Bauerntum sitze auf seiner ‚Scholle‘ und sei der jüdischen Ausbeutung anheim gefallen, ohne das aber die Rasse nicht überleben könne.*“¹³⁷ Im 2. Weltkrieg stützte sich die nationalsozialistische Germanisierungspolitik auf die Blut-und-Boden-Theorie, um die Vertreibung und Vernichtung großer Teile der Landbevölkerung in Osteuropa zu rechtfertigen. Darré schreibt dazu: „*Der natürliche Siedlungsraum des deutschen Volkes ist das Gebiet östlich unserer Reichsgrenze bis zum Ural. ... im Osten schicken sich zwei ganz große Völker an, einen Kampf auf Leben und Tod um den geopolitischen Ostraum auszufechten: Slawen und Germanen ... Auf diesen Kampf hin muss unser Volk geschult werden.*“

Von 1931 bis 1936 war Heinrich landwirtschaftlicher Kreissachbearbeiter der NSDAP. Ein halbes Jahr nach der Machtübernahme am 22.9.1933 wurde er zum Landeshauptabteilungsleiter I der Landesbauernschaft Sachsen und später Vorsitzender des Ehrenrates ernannt. Damit verwaltete Heinrich u.a. die Landbünde, die Landarbeiterverbände, die Angestelltenverbände, die Hausfrauen- und Jugendverbände. Dieses Amt hat er aber nur ein Jahr inne. Heinrich bat schon 1934 um Entlassung aufgrund von „*Amtsüberlastung*“¹³⁸. In einer Aktennotiz für die Presseveröffentlichung bedankt sich der Hauptstabsleiter der Landesbauernschaft für die von Heinrich „*geleistete Aufbauarbeit im Reichsnährstand*“ und hofft, „*dass dieses freundschaftliche Verhältnis auch in Zukunft bestehen bleibt.*“¹³⁹

Im Jahr 1933 erhielt Heinrich noch zwei weitere landwirtschaftliche Ämter. Am 29. Scheidung¹⁴⁰ 1933 wurde Heinrich mit einem eigenhändig vom Reichsbauernführers Darré unterzeichneten Schreiben zum Kreisbauernführer ernannt. Kurz darauf am 2. November übernimmt er auch die Rolle des Landbundführers. Aber schon ein halbes Jahr später erklärt Heinrich, dass der deutsche Landbund aufgelöst wäre und alle Mitglieder jetzt dem Reichsnährstand angehörten¹⁴¹.

Heinrich hatte im Rahmen seiner privaten „Machergreifung“ in Sachsen innerhalb eines Jahres vier wichtige Ämter erobert und die politischen Gegner mithilfe des Ermächtigungsgesetzes entmachtete. Über diese Ämter hinaus wurde er im gleichen Jahr Mitglied in der sächsischen Landessynode der evangelischen Kirche und Mitglied im sächsischen Gemeindetag. Diese Ämterhäufung war nur aufgrund seiner guten Beziehungen zu den NSDAP-Größen in Land und Kreis möglich.

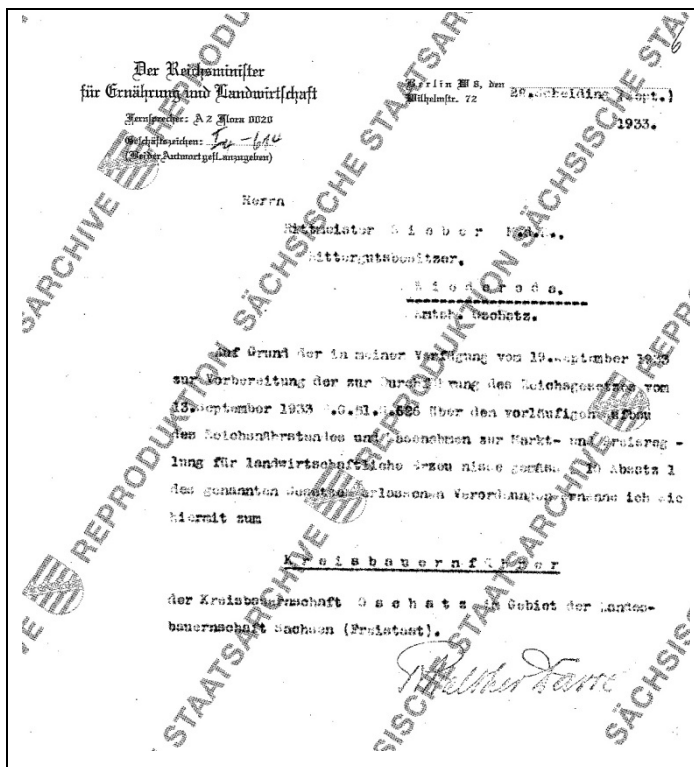


Abbildung 40: Ernennung Heinrichs zum Kreisbauernführer, unterzeichnet von Darré

Nach der NS-Machtübernahme wurde die Landwirtschaft durch den Reichsnährstand organisiert, der die landwirtschaftliche Produktion, die Verarbeitung und Vermarktung beaufsichtigte. Der Reichsnährstand legte die Preise fest, kontrollierte die Produktion, die Organisation der Arbeitskräfte, etc.¹⁴². Zu diesem Zweck wurde ein „nahezu lückenloses Erfassungssystem für alle landwirtschaftlichen Gebiete geschaffen, ... [das] eine vollkommene Überwachung jedes einzelnen Betriebes möglich machte“¹⁴³. Der Reichsnährstand hatte einen Apparat aufgebaut der 16.000 Angestellte, 50.000 Orts-

bauernführer, 514 Kreisbauernführer, 19 Landesbauernführer und einen Reichsbauernführer, nämlich Walther Darré umfasste¹⁴⁴.

Die Kreisbauernführer hatten eine tragende Rolle innerhalb des Reichsnährstandes: Administration aller landwirtschaftlichen Belange des Kreises, Überwachung der Bewirtschaftung jedes Bauernhofes (<5ha), umfangreiche Dokumentation der bäuerlichen Aktivitäten, Kontrolle der pünktlichen Lieferung der Ertragsmenden und der Planübererfüllung¹⁴⁵. Der Kreisbauernführer ernannte auch die Hauptabteilungsleiter der Kreisbauernschaften.

Reichserbhofgesetz

Wichtigste gesetzliche Grundlage für die Landwirtschaft war das Reichserbhofgesetz, das von den Nazis im September 1933 erlassen wurde. Das Reichserbhofgesetz verwandelte zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe in so genannte Erbhöfe. Die Besitzer wurden „Erbhofbauern“, durften den Hof nicht verkaufen und mussten ihn ungeteilt und unbelastet vererben. Im Gesetz hieß es:

1. „Bauer kann nur sein, wer deutschen oder stammesgleichen Blutes ist.
2. Deutschen oder stammesgleichen Blutes ist nicht, wer unter seinen Vorfahren väterlicher- oder mütterlicherseits jüdisches oder farbiges Blut hat.
3. Stichtag für das Vorhandensein der Voraussetzungen des Abs. 1 ist der 1. Januar 1800. Ist zweifelhaft, ob die Voraussetzungen des Abs. 1 gegeben sind, so entscheidet hier aber auf Antrag des Eigentümers oder des Kreisbauernführers das Anerbengericht.“¹⁴⁶

Das Anerbengericht, unter Leitung des Kreisbauernführers, entschied über alle rechtlichen Streitigkeiten von Erbhöfen. Für diese sah das Gesetz eine Einschränkung der Testamentsfreiheit vor. Der Hof konnte nur - bis auf seltene Ausnahmen - in der männlichen Linie an nur einen Erben weitergegeben werden.¹⁴⁷ Ohne Zustimmung eines Anerbengerichts konnte kein Verkauf außerhalb der Familie stattfinden. Die Rechtsprechung erfolgte durch 1.626 Anerbengerichte. Der Kreisbauernführer war Repräsentant des Staates in den Gerichten, bestimmte zwei Schöffen und konnte Fälle vor Gericht bringen. Betroffen von dem Erbhofgesetz waren Höfe von 7,5 bis 125 ha, etwa 55% der Höfe in Deutschland¹⁴⁸. Heinrich beantragte in einem Schreiben vom 25.10.1935, Wiederoda als Erbhof zu klassifizieren¹⁴⁹. Dieser Antrag war notwendig, weil die großen Güter von der Regelung ausgenommen waren.

„Von den lautstark angekündigten Anstrengungen zur ‚Rettung des deutschen Bauern‘ bemerkten die Landwirte zunächst die Gleichschaltung der Agrarverbände und der landwirtschaftlichen Organisationen, dann die Lenkung der Erzeugung und Verteilung der Produkte durch die Bürokratie des Reichsnährstands. Gepriesene Errungenschaften des neuen Regimes wie die Ausgrenzung jüdischer Viehhändler zeigten bald ihre Schattenseiten, denn entgegen der antisemitischen Propaganda hatten zwischen den Bauern und den jüdischen Landhändlern oft persönliche Vertrauensverhältnisse bestanden, und, was noch wichtiger war, die jüdischen Händler hatten Kredit gegeben bis zur nächsten Ernte, während die Funktionäre des Reichsnährstands als unerbittliche Sachwalter der neuen Zwangsorganisation auftraten.“¹⁵⁰

Ziel der NS-Landwirtschaftspolitik war es die Einkommen der Bauern zu steigern, die Landflucht zu stoppen und im Kriegsfall die Ernährung zu sichern. Heinrich hatte selbst unter dieser Regelung zu leiden, weil er gezwungen war, die exportorientierte, aber erfolgreiche Merinoschafzucht zugunsten einer Produktion für den heimischen Markt aufzugeben. Andererseits konnte er von einer Verdopplung der inländischen Wollpreise profitieren, weil per Gesetz die Industrie zu Abnahme einheimischer Wolle verpflichtet wurde.

Während das Autarkieziel erreicht wurde¹⁵¹ konnte das erste Ziel der Stabilisierung der bäuerlichen Einkommen nur teilweise erfüllt werden. Zwischen 1933 und 1936 steigerten sich die bäuerlichen Einkommen, blieben danach aber auf gleichem Niveau. Bei der Einkommenssteigerung profitierten vor allem die Großbetriebe und damit auch Heinrichs Rittergut.¹⁵² *„Das Reichserbhofgesetz und Entschuldungsregelung bewirkten partiell das Gegenteil von dem, was sie erreichen sollten. Es fand eher eine Landflucht - unter anderem aufgrund der veränderten und häufig verschärften Erbbedingungen - als eine Erweiterung des Bauernstandes statt. Abgesehen von dem allgemein gestiegenen Prestige änderte sich die Lage der Landwirte während des Nationalsozialismus kaum. Die Kapitaldecke konnte nicht erweitert werden, die Entschuldung im großen Rahmen scheiterte bereits im Ansatz. Gezwungenermaßen akzeptierte Kompromisse deckten kaum die nötigsten Hilfsmaßnahmen ab. Daneben wurde die Selbstständigkeit der Bauern durch die von Autarkiebestrebungen gekennzeichnete Marktpolitik des Reichsnährstands stark eingeschränkt“*¹⁵³. Die Landflucht konnte nicht gestoppt werden, weil die schlecht bezahlten Arbeitskräfte zu den attraktiven Jobs in den Industrien der Städte abwanderten¹⁵⁴. Zu Friedenszeiten mussten diese oft zwangsweise wieder zurückgeführt werden, im Krieg traten an deren Stelle die ausländischen Zwangsarbeiter. Weiterhin halfen die Erntehelfer der Hitlerjugend und des Bund Deutscher Mädel.

Leider sind auch hier nur wenige Dokumente über Heinrichs Tätigkeit erhalten geblieben. Gleich zu Beginn seiner Amtszeit am 6. Mai 1933 stellte Heinrich im Namen der Mitglieder des Bezirkstages 12 Anträge. Diese erstreckten sich auf Satzungsänderungen, Steuerregelungen, Schwarzarbeit, Entschuldung von Betrieben, Gesetzgebungshoheit der Gemeinden, die Förderung des Konsums regional erzeugter Produkte und den Bau einer Eisenbahnstrecke Oschatz-Torgau, die es bis heute noch nicht gibt. Es wird deutlich, dass Heinrich eine Reihe von Reformen anstoßen möchte, die zu einer Verbesserung des ländlichen Raumes und des Bauernstandes führen sollen.

Am 10. Juli 1934 berichtet die Oschatzer Gemeinnützige über ein Zwangsversteigerungsverfahren *aufgrund „mangelnder Bauernfähigkeit“* des Besitzers. Das Gericht gibt dem Antrag

des Besitzers das Verfahren aufzuheben nicht statt, weil „*ihm offenbar die Verbundenheit mit seinem Boden fehlt*“. Ob Heinrich bei der Sitzung dabei war, ist unbekannt.

In einer Volksabstimmung ließ sich Hitler am 19. August 1934 seine absolute Macht als Reichskanzler und Präsident zusätzlich durch Volkswillen „bestätigen“. Heinrich schreibt an seine Bauern „*Wer am 19.8. abseits steht ist ein Vaterlandsverräter!*“ Wie mit Verrätern in Oschatz umgegangen wird, hatte seine SA ja schon vor einem Jahr demonstriert.

Ein Brief der NSDAP Kreisleitung Oschatz vom 22.9.1933 dokumentiert eine Beschwerde darüber, dass Heinrich „*wenig Zeit hat zur Ausübung seiner Tätigkeit als Kreisbauernführer*“ und die Bauern folglich ungehalten seien. Am gleichen Tag antwortet der Landesbauernführer Körner, dass er die Lage zwar kenne, aber zur Zeit keinen geeigneteren Bauern habe. Körner ist offensichtlich ein guter Bekannter Heinrichs, denn sie wohnen nur 16 km voneinander entfernt und duzen sich. Körner ist ein Mann der sich durch Artikel wie „*Bauerntum ist eine Sache des Blutes*“ in der sächsischen NS Presse¹⁵⁵ hervortat und später bei der SS mitwirkte an dem Völkermord in Osteuropa (s. Kasten).

Ein ähnliches Schreiben kommt von der NSDAP Gauleitung Dresden am 30.8.1935. Anfang Januar 1936 empfing Heinrich auf dem Kreisbauerntag feierlich den Landesbauernführer Körner. Wenig später am 4. April 1936 tritt er jedoch von seinem Amt zurück und bedankt sich in dem Schreiben an Körner für das „*Wohlwollen und die Unterstützung*“ die er von ihm erhalten habe. „*Das Gesuch, um eine Ablösung wird mir nicht leicht, da ich in der Kampfzeit die Ehre hatte, im agrarpolitischen Apparat ... mitkämpfen zu dürfen und - nach der Machtergreifung mit der Führung der Kreisbauernschaft beauftragt - gern meine ganze Kraft eingesetzt habe für die großen Ziele, die dem Reichsnährstand gesteckt sind.*“¹⁵⁶ Nur einen Monat später schickt der Reichsbauernführer Darré einen Brief, der Heinrich erlaubt den Titel „*Alt-Kreisbauernführer*“ zu führen.

Landesbauernführer Hellmut Körner

Körner war ein strammer Nationalsozialist und gehörte den paramilitärischen Verbänden Wehrwolf, und Stahlhelm an, die später nach in die 1933 SA überführt. 1934 trat er auch in die SS ein. Neben SA und Stahlhelm hatte Körner viele berufliche Überschneidungen mit Heinrich: Beide waren Reichstagsabgeordnete, Körner war landwirtschaftlicher Gaufachberater der NSDAP im Gau Sachsen und nach der Machtübernahme Landesbauernführer Sachsen. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft des Generalgouvernements im besetzten Polen und wurde in dieser Funktion 1941 zum SS-Brigadeführer ernannt. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion wurde er als Leiter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft in der Ukraine tätig. Auf dem Höhepunkt seiner Karriere übernahm er 1944 eine Funktion im Rasse- und Siedlungshauptamt der SS wo er schon seit 1936 tätig war. Dieses Amt hatte die Aufgaben der Rassenselektion der Bevölkerungen der besetzten Gebiete sowie der Auswahl von Kandidaten für die geplante Ansiedlung entlassener SS-Angehöriger im Osten.

In den Nürnberger Nachfolgeprozessen 1947/48 wurden 14 hohe Beamte des Rasse- und Siedlungshauptamtes angeklagt. Die Anklagepunkte waren Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen. Die gewaltsame Vertreibung von ausländischen Staatsbürgern aus ihren Wohnsiedlungen, in die später Deutsche oder Volksdeutsche einzogen, sowie die Verfolgung und Auslöschung von Juden in Deutschland und den besetzten Gebieten waren u.a. Gegenstand der Anklageschrift. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, die in der NS-Rassenhierarchie niedrig eingestuft worden waren und der vollständigen "Eindeutschung" der eroberten Gebiete im Wege standen, mussten lebensbedrohende Maßnahmen fürchten: Sie wurden beispielsweise zur Sklavenarbeit gezwungen oder „ausgesiedelt“. Mit der Hilfe des Amtes war die rassistische Ideologie der Nazis zu Völkermord geworden.¹⁵⁷



Quelle: Bundesarchiv

Abbildung 41: Körner erhält das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes durch die SS

Schon im Mai 1935 war Heinrich auch von seinem Amt als Hauptabteilungsleiter der Landesbauernschaft zurückgetreten. Es stellt sich die Frage, warum Heinrich drei Jahre nach der Machtübernahme auf diese Ämter verzichtete, für die er bisher gekämpft hatte? Dazu gibt es einige eidesstattliche Zeugenaussagen, die im Rahmen eines Gerichtsverfahrens¹⁵⁸ im Jahr 1952 geleistet wurden (s. Seite 119). Mehrere Zeugen bestätigten, dass Heinrich Konflikte mit der NSDAP hatte. *„Nach verhältnismäßig kurzer Zeit war der Widerstreit zwischen seiner eigenen Auffassung und dem von der NSDAP eingeschlagenen Weg für ihn nicht mehr zu überbrücken, so daß er seine Tätigkeit als Redner grundsätzlich einstellte. ...Sieber hatte Rückgrat genug, seine Ansichten auch in der Parteihierarchie nach oben hin kundzutun. Bekanntermaßen war dies unbequem. Deshalb wurde sein Entschluß im Jahre 1935, seine vorerwähnten Ämter niederzulegen, zwar von der Ortsbauernschaft ausserordentlich bedauert, von den zuständigen Dienststellen jedoch sehr begrüßt und sofort gebilligt.“*¹⁵⁹ Weitere Dokumente über diese Konflikte mit der NSDAP Führung sind nicht vorhanden. Trotz dieser politischen Divergenzen gab Heinrich sein Amt als Vorsitzender des Bezirkstages erst 1938 ab und behielt sein Mandat als Reichstagsabgeordneter bis 1945.

Deutschlands höchstbezahlter Männergesangsverein

Nach der Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes hatte niemand erwartet, dass Hitler den Reichstag bald wieder einberufen werde. Diese geschah jedoch am 17. Mai 1933, weil er die Genfer Abrüstungskonferenz mittels einer Einigkeitsdemonstration des Reichstages beeinflussen wollte.¹⁶⁰ Er wollte damit besonders England und Frankreich überzeugen, die kritisierten, dass SA und SS militärische Formationen wären, die nach dem Versailler Vertrag nicht erlaubt wären. Geplant war eine „*Friedensresolution*“, dem der Reichstag zustimmen sollte.

Die SPD befand sich in einer besonders prekären Lage. Seit dem 2. Mai waren die Gewerkschaften ausgeschaltet und nur neun Tage vor der Sitzung wurden die SPD-Häuser und Zeitungen besetzt und das Parteivermögen beschlagnahmt. Die Fraktion war auf 65 Mitglieder geschrumpft und 18 Genossen befanden sich zu der Zeit in „*Schutzhaft*“. Ein Antrag der SPD auf Entlassung ihrer inhaftierten Mitglieder war schon in der Reichstagssitzung am 23. März mit den Stimmen aller anderen Parteien abgelehnt worden. Ein erneuter Antrag der SPD wurde während dieser Sitzung überhaupt nicht verhandelt. Joseph Felder schildert eindringlich, wie die SPD um das Abstimmungsverhalten rang. Als Löbe mit Frickdarüber verhandelte, ob die SPD zwar zustimmen, aber eine eigene Resolution abgeben könne, drohte dieser: „*Erklärungen, Herr Abgeordneter, kann die Sozialdemokratie nicht mehr abgeben. Sagen Sie Ihren Leuten, sie können vorher abreisen. Sie können auch dagegen stimmen. Aber es geht morgen um die Würde der Nation. Und die gilt uns mehr als das Leben eines Abgeordneten.*“¹⁶¹ Nach dieser massiven Drohung entschloss sich die SPD-Fraktion schweren Herzens der Resolution zuzustimmen. Der Abgeordnete Toni Pfülf konnte dieses jedoch nicht mittragen, reiste vorzeitig ab und unternahm auf der Heimreise einen Selbstmordversuch.

Die Sitzung verlief relativ ruhig, keine bewaffnete SA im Saal und auch Hitlers Rede war gemäßigt, um das Ausland von seiner Friedensabsicht zu überzeugen. In seiner Rede betonte Hitler zwar den Friedenswillen Deutschlands, forderte aber zugleich die volle militärische Gleichberechtigung und kündigte für den Fall, dass dem Reich eine sofortige Aufrüstung verweigert würde, den Austritt aus dem Völkerbund an. Der Reichstag - und damit auch Heinrich - billigte Hitlers Forderungen.

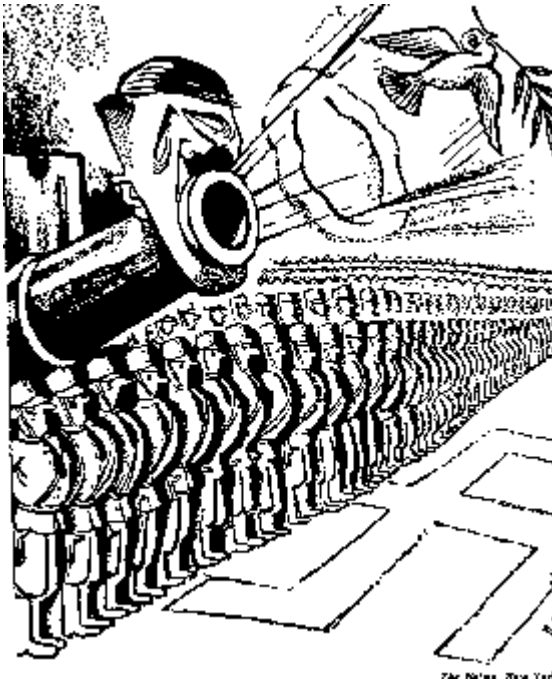


Abbildung 42: Amerikanische Karikatur zu Hitlers „Friedensresolution“

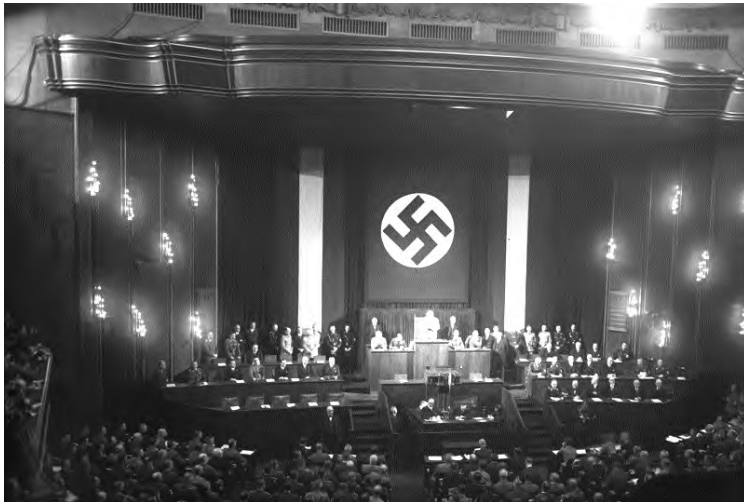
die Bayrische Volkspartei, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und sogar Hitlers Koalitionspartner DNVP auf.

Joseph Felder hatte glücklicherweise schon die Flucht über die noch verschneiten Alpen in das Ausland angetreten. In Österreich blieb er bis zu Dollfußputsch und siedelte dann in die Tschechei um. Als Versuche, seine Familie nach Prag zu holen scheiterten, entschloss er sich im Mai 1934 nach Deutschland zurückzukehren, wohlwissend, dass dieses eine Strafverfolgung bedeuten würde. Im November wurde er verhaftet und ohne Gerichtsverfahren in das KZ Dachau gebracht. Zum Weihnachtsfest wurde er ohne ersichtlichen Grund für einen Monat im Bunker eingekerkert und war auch die restliche Zeit diversen Repressalien ausgesetzt. Felder wurde erst nach über einem Jahr Haft im Januar 1936 freigelassen. Er hatte Glück und überlebte das Naziregime und war später als Bundestagsabgeordneter und Journalist am Wiederaufbau der Bundesrepublik beteiligt.

Der ehemalige Reichstagspräsident Paul Löbe hatte es dagegen nicht so gut: Er wurde eine Woche nach der Sitzung verhaftet und verbrachte ein halbes Jahr in verschiedenen Konzentrationslagern. Bei seiner Einweisung in das KZ Dürngoy hatte die Lagerleitung eigens für ihn eine Begrüßung organisiert. *„Als das Tor sich öffnete, standen die etwa 600 Häftlinge in Reih und Glied zu beiden Seiten der Lagerstraße. Auf den Dächern der Baracken waren Fotogra-*

Auf der nächsten Reichstagssitzung am 14. Juni verkündete dem Hitler das Gesetz über die Neubildung von Parteien. Heinrich war dabei als die rechtlichen Grundlagen zur Auflösung aller Parteien in Deutschland geschaffen und der nationalsozialistische Einparteiensstaat gefestigt wurde. Im Gesetzblatt wurde festgelegt, dass die NSDAP die einzige politische Partei Deutschlands sei und jeder mit Zuchthaus oder Gefängnis bestraft, der eine politische Partei unterstützte oder neu zu bilden versuche.¹⁶² Die SPD wurde acht Tage nach der Sitzung als „*volks- und staatsfeindlich*“ verboten und führende Parteifunktionäre verhaftet. In den weiteren Wochen lösten sich

fen postiert, um die Szene aufzunehmen. Dann kam von der anderen Seite her eine Schalmeykapelle von verhafteten Kommunisten, dahinter Bürgermeister Mache mit einem Strauß von Brennesseln und Kartoffelkraut mit schwarzrotgoldener Schleife...“¹⁶³



Quelle: Bundesarchiv

Abbildung 43: Reichstag 12.12.1933

tagsprotokolle von 1931 bis 1933 in zwölf Bänden niedergelegt sind, die fast einen Meter auf den Regalen der Archive einnehmen, findet der Zeitraum von 1933 bis 1945 in drei dünnen Bändchen Platz. Symbolisch für die unwichtige Rolle des Reichstags war die Neuwahl des Reichspräsidenten am 12.12.1933, die in einer Rekordzeit von nur 8 Minuten durchgeführt wurde. Heinrich war auch hier mit dabei.

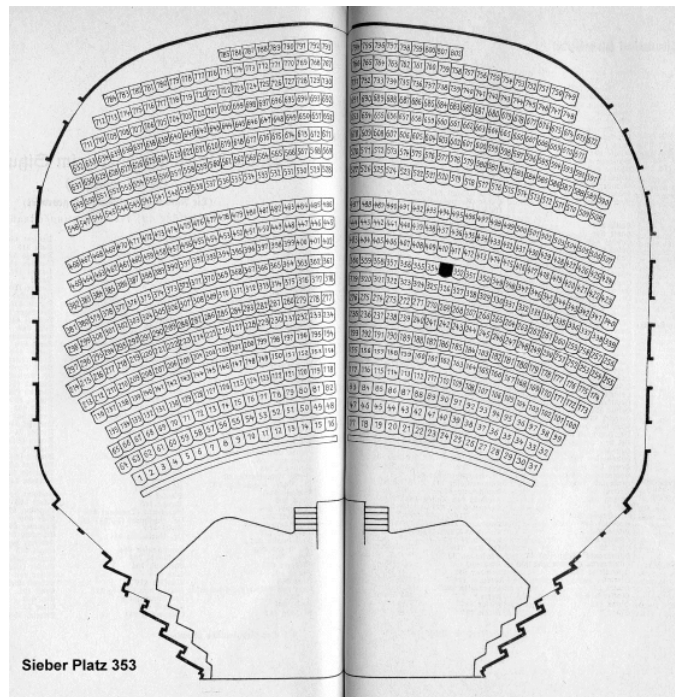
Die Sitzungen liefen alle nach dem gleichen Muster ab. Hitler kam rein, wurde mit großem Jubel und Heil-Rufen begrüßt und hielt seine Rede, die oft von dem tosendem Jubel der Abgeordneten unterbrochen wurde. Der amerikanische Journalist William L. Shirer, der bis zum amerikanischen Kriegseintritt in Deutschland lebte, war ein besonders kritischer Beobachter des deutschen Reichstages. Über eine Reichtagssitzung am 21. Mai 1935 schreibt er in sein Tagebuch, das 1941 veröffentlicht wurde: „*Hitler made a grandiose ‘peace’ speech in the Reichstag this evening The man is truly a superb orator and in the atmosphere of the hand-picked Reichstag, with its six hundred or so sausage-necked, shaved-headed, brown-clad yes-men, who rise and shout almost every time Hitler pauses for breath, I suppose he is convincing to Germans who listen to him.*“¹⁶⁴ Am Ende der Rede gaben Heinrich und die anderen Abgeordneten oft stehend, langanhaltenden und immer wiederkehrenden Beifall und Heil Rufe. Dann wurde das Horst-Wessel-Lied und die Deutschland-Lied gesungen: „*Von der Mars bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt, Deutschland, Deutschland über*

Mit dem Ende der politischen Parteien änderte sich auch die Rolle des Reichstages: Debatten fanden nicht mehr statt und auch eine Arbeit in den Ausschüssen war nicht notwendig. Hitler rief ab und zu den Reichstag ein, um seine Politik bestätigen zu lassen oder um seinen an das Ausland gerichtete Reden besonderes Gewicht zu geben. Während die Reichs-

alles auf dieser Welt.“ Einige Zyniker der Zeit bezeichneten den Reichstag deshalb auch als den „*höchstbezahlten Männergesangverein Deutschlands*“.

Am 13. Juli 1934 wurde der Reichstag einberufen, weil Hitler über die Niederschlagung des sog „Röhm-Putsches“ berichten wollte. Röhm, oberster SA-Führer wurde ein Putschversuch vorgeworfen. Die Historiker wissen heute, dass der Putsch eine Erfindung Hitlers war. Es ging ihm eigentlich darum die SA, die unter der Führung Röhm's zu mächtig geworden war, auszuschalten. Hitler war persönlich an den Tegernsee gefahren und hatte die Verhaftungen durchgeführt und viele Exekutionen angeordnet. In seiner Rede im Reichstag, bei der vorsichtshalber bewaffnete SS im Reichstag war, sagte er, dass während dieser 24 Stunden er selbst der Oberste Gerichtshof Deutschlands gewesen sei. *„Ich habe den Befehl gegeben, die Hauptschuldigen an diesem Verrat zu erschießen, und ich gab weiter den Befehl, die Geschwüre unserer inneren Brunnenvergiftung und der Vergiftung des Auslandes auszubrennen bis auf das rohe Fleisch. Und ich gab weiter den Befehl, bei jedem Versuch des Widerstandes der Meuterer gegen ihre Verhaftung, diese sofort mit der Waffe niederzumachen.“* Danach gab es langen Beifall im Parlament. Er bestätigt den Befehl zur Erschießung von 77 SA-, SS- und NSDAP-Genossen gegeben zu haben. Unter den Ermordeten befanden sich auch 13 Reichstagsabgeordnete.

Wurde Heinrich da nicht stutzig? Er war doch selbst seit einem Jahr bei der SA, wie im nächsten Kapitel noch erläutert werden soll. Nach offiziellen Angaben wurden 50 SA-Führer ermordet, darunter auch zwei SA-Gruppenführer aus Sachsen: Georg von Detten, Rittmeister a.D. und Hans Hohn aus Dresden. Kannte Heinrich die beiden? Natürlich war die Zahl der Ermordeten viel zu niedrig: Im Münchner Prozess von 1957 war von über tausend die Rede.



Quelle: Kienast 1938, S. 560

Abbildung 44: Heinrichs Sitzplatz im Reichstag 1938

Hitler nutzte die Gunst der Stunde um sich von einer Vielzahl politischer Gegnern zu entledigen.

Heinrich nahm nach eigenen Angaben auf den Reichsparteitagen und Aufmärschen in den Jahren 1933, 1934, 1935, 1937 und 1938 teil. Im September 1935 fand der „*Reichsparteitag der Freiheit*“ in Nürnberg statt. Heinrich war sowohl auf dem Parteitag anwesend als auch auf der Sitzung des Reichstages am 15. September in Nürnberg. Der Parteitag ist heute deshalb bekannt, weil dort die Nürnberger Rasse-Gesetze beschlossen wurden. Zum einen wurde im Reichsbürgergesetz den Juden die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, zum anderen wird mit Heinrichs Stimme das „*Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*“ verabschiedet. Die Gesetze stempelten die jüdischen Mitbürger zu Menschen minderen Rechts. Im Gegensatz zu den mit vollen Rechten versehenen „*Reichsbürgern*“, die „*deutschen oder artverwandten Blutes*“ sein mussten, konnten Juden fortan nur noch „*Staatsangehörige*“ des Deutschen Reichs ohne politische Rechte sein. Darüber hinaus verbot das Gesetz die Ehe und „*außerehelichen Verkehr ... zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes*“ und stellt das neu eingeführte Delikt der „*Rassenschande*“ unter drakonische Strafe¹⁶⁵. Der Reichstag quittierte die Rede Hitlers mit „*lebhafter Zustimmung*“ und „*anhaltendem stürmischem Beifall*“ und nahm den Gesetzesvorschlag einstimmig an. Damit bekannte sich der Staat nicht nur offiziell zum radikalen Antisemitismus, sondern es wurden auch die gesetzlichen Grundlagen geschaffen für die Diskriminierung, Verfolgung und Vernichtung der Juden in Europa. Heinrich stimmte dem Gesetz zu.



Photograph: Charles Russell

Abbildung 45: Reichsparteitag in Nürnberg 1935

Ein Jahr später, am 7. März 1936 hat Hitler eine besondere Überraschung auf der Sitzung des Reichstages parat. Zunächst kündigt er den Locarno-Vertrag des Jahres 1925 auf, mit dem Deutschland in ein Europäisches Sicherheitssystem eingebunden wurde. Der amerikanische Journalist William L. Shirer beschreibt die Sitzung so: „*Now the six hundred deputies, per-*

sonal appointees all of Hitler, little men with big bodies and bulging necks and cropped hair and pouched bellies and brown uniforms and heavy boots, little men of clay in his fine hands, leap to their feet like automatons, their right arms upstretched in the Nazi salute, and scream 'Heil's,' the first two or three wildly, the next twenty five in unison, like a college yell. Hitler raises his hand for silence. It comes slowly. Slowly the automatons sit down. Hitler now has them in his claws."¹⁶⁶ Dann kündigte Hitler mit tiefer Stimme den Einmarsch deutscher Truppen in das Rheinland an, das seit dem Ende des ersten Weltkriegs von Franzosen besetzt war. „He can go no further. ... All the militarism in their German blood surges to their heads. They spring, yelling and crying, to their feet. The audience in the galleries does the same... Their hands are raised in slavish salute, their faces now contorted with hysteria, their mouths wide open, shouting, shouting, their eyes, burning with fanaticism, glued on the new god, the Messiah.“



Abbildung 46: Heinrich im gleichgeschalteten Reichstag in der Krolloper

Von 1933 bis 1945 wurde Heinrich viermal in den Deutschen Reichstag gewählt. Seine Wahlkampfreden sind nicht dokumentiert, es ist aber bekannt, dass Heinrich bei den letzten reichsweiten Parlamentswahlen im Jahr 1938 immer noch als Gauredner auftrat.¹⁶⁷ Die Wahlen wurden immer mehr zur Farce. Bei der Reichstagswahl 1936 gab es keinen Gegenkandi-

daten und auch keine Möglichkeit mit „Nein“ zu stimmen. Um seine Opposition zu der Nazidiktatur auszudrücken konnte der Wähler entweder ungültig stimmen oder einfach nicht zur Wahl gehen. Letzteres konnte für ihn aber üble Folgen haben, da das Wahlregister einfach einzusehen war. Im Kreis Oschatz wurde beispielsweise eine Befragung der Beamten vorgenommen, die nicht zur Wahl erschienen waren¹⁶⁸. Da die Reputation der Amtshauptmannschaft vom Grad der Zustimmung zum Hitler-Regime abhing, versuchte diese alles zu tun, um die Wahlbeteiligung so groß wie möglich zu machen. Es wurden „fliegende Stimmbezirke“ eingerichtet, die Kranke und Alte zu Hause besuchten, um ihnen die Wahl zu ermöglichen. Darüber hinaus verfügte die Kreishauptmannschaft, dass alle nicht angekreuzten Stimmzettel als Zustimmung gewertet würden¹⁶⁹. Von der Wahl im Jahre 1938 gibt es eine Statistik¹⁷⁰: Lediglich 1,71% hatten mit Nein gestimmt, 0,66% waren ungültig und 0,36% hatten nicht gewählt.

Die Abgeordneten des Reichstages wurden nach einem Proporzsystem bestimmt. Die Hälfte aller Plätze wurde SA und SS zugeteilt. Darüber hinaus waren einige agrarpolitische Sprecher, zu denen Heinrich zählte, auf den vorderen Plätzen nominiert. Bemerkenswert ist, dass nur Mitglieder mit einem goldenen Parteiabzeichen, also mit Mitgliedsnummern unter 300.000 vertreten sein sollten.¹⁷¹ Heinrich war offensichtlich so bedeutend, dass seine 800.000er Nummer einem

Reichstagsmandat nicht im Wege stand. Natürlich war die Voraussetzung, dass die Abgeordneten dem Führer treu ergeben sein sollten. Die Aufstellung der Kandidaten übernahm der Reichswahlleiter Frick. Er und nicht wie fälschlich behauptet Hitler, stellte die „Liste des Führers“ mit den Reichstagskandidaten zusammen.¹⁷² Im Bundesarchiv in Berlin findet sich noch ein Original der Liste vom 10. April 1938 in der Heinrich aufgelistet ist.

In den Reden Hitlers wurden oft Friedensversprechungen gemacht, wie Shirer es oben schon erwähnt hatte. Aussagen, wie z.B. Österreich werde unbehelligt bleiben. Die Tschechoslowakei sei die letzte territoriale Forderung Deutschlands oder nach der Okkupation Polens werde Frieden herrschen, war reine Propaganda Hitlers und entsprachen nicht seinen Plänen.



Quelle: Sächsisches Staatsarchiv, Leipzig

Abbildung 47: Wahlzettel ohne Alternativen 1936

Dieses sollte sich zum ersten Mal am 18. März 1938 herausstellen, als Heinrich einer Rede seines Führers zu dem Einmarsch der Wehrmacht in Österreich zuhörte. Mit äußerstem Zynismus griff Hitler den Österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg an:

„Herr Schuschnigg hat es vielleicht nicht für möglich gehalten, dass ich mich zum Eingreifen würde entschließen können. Er und seine Anhänger können Gott dafür danken.

(Sehr gut!)

Denn nur meine Entschlusskraft hat wahrscheinlich ihm und zehntausend anderen das Leben gerettet,

(stürmische Zustimmung)

ein Leben, das sie durch ihre Mitschuld am Tode unzähliger österreichischer Opfer der Bewegung [der Nazis] längst nicht mehr verdienen,

(erneut lebhafteste Zustimmung und Beifall)

das ihnen aber der nationalsozialistische Staat als souveräner Sieger schenkt!

(erneut Beifall)

Im Übrigen bin ich glücklich nunmehr zum Vollstrecker des höchsten geschichtlichen Auftrages geworden zu sein. Welch stolzere Befriedigung kann es auf dieser Welt für einen Mann geben, als die Menschen der eigenen Heimat in die größte Volksgemeinschaft geführt zu haben!

(Stürmische Beifallskundgebungen und Heil-Rufe, Die Abgeordneten erheben sich und jubeln dem Führer mit Heil-Rufen zu)¹⁷³

Heinrich applaudierte zu der widerrechtlichen Okkupation eines fremden Staates durch Deutschland. Aber es bleibt nicht bei Österreich, im Oktober desselben Jahres kam es zur Besetzung des bis dahin zur Tschechoslowakei gehörenden Sudetenlandes.

In der folgenden Sitzung am 30. Januar 1939 betonte zwar Hitler auf seiner Reichstagsrede die „Freundschaft zwischen Polen und Deutschland“ doch droht er gleichzeitig: „Wenn es dem internationalen Finanzjudentum ... gelingen sollte, die Völker Europas noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa“¹⁷⁴. Zynisch an diesen Aussagen ist, dass Hitler zu diesem Zeitpunkt schon konkrete Pläne hatte, Polen anzugreifen. Heinrich applaudierte wieder.

Im März 1939 das zur Tschechoslowakei gehörenden Böhmen und Mähren durch den Einmarsch deutscher Truppen annektiert. Am 28. April 1939 verkündet Hitler seinen Erfolg vor dem Deutschen Reichstag. Heinrich war dabei als Hitler sprach: *„Ich habe das Chaos in Deutschland überwunden, die Ordnung wiederhergestellt, die Produktion auf allen Gebieten unserer nationalen Wirtschaft ungeheuer gehoben. ... Es ist mir gelungen, die uns allen so zu Herzen gehenden sieben Millionen Erwerbslosen restlos wieder in nützliche Produktionen einzubauen ... Ich habe das deutsche Volk nicht nur politisch geeint, sondern auch militärisch aufgerüstet, und ich habe weiter versucht, jenen Vertrag Blatt um Blatt zu beseitigen, der in seinen 448 Artikeln die gemeinste Vergewaltigung enthält, die jemals Völkern und Menschen zugemutet worden ist. Ich habe die uns 1919 geraubten Provinzen dem Reich wieder zurückgegeben, ich habe Millionen von uns weggerissenen, tiefunglücklichen Deutschen wieder in die Heimat geführt, ich habe die tausendjährige historische Einheit des deutschen Lebensraumes wiederhergestellt, und ich habe ... mich bemüht, dieses alles zu tun, ohne Blut zu vergießen und ohne meinem Volk oder anderen daher das Leid des Krieges zuzufügen. ...“*¹⁷⁵

Sebastian Haffner über Hitlers Rede:

*„Ekelhafte Selbstbeweihräucherung. Lachhafter Stil (»die uns allen so zu Herzen gehenden sieben Millionen Erwerbslosen«). Aber, zum Teufel, es stimmte ja alles - oder fast alles. Wer sich an die paar Dinge klammerte, die vielleicht doch nicht stimmten (das Chaos überwunden - ohne Verfassung? Die Ordnung wiederhergestellt - mit Konzentrationslagern?), kam sich selbst manchmal wie ein kleinlich mängelsuchener Rechthaber vor. Der Rest - was konnte man im April 1939 dagegen vorbringen? Die Wirtschaft blühte ja wirklich wieder, die Arbeitslosen hatten wirklich wieder Arbeit (es waren nicht sieben Millionen gewesen, sondern sechs, aber gut), die Aufrüstung war Wirklichkeit, der Versailler Vertrag war wirklich totes Papier geworden (und wer hätte das 1933 für möglich gehalten!), das Saarland und das Memelgebiet gehörten wirklich wieder zum Reich, ebenso die Österreicher und Sudeten-deutschen, und sie freuten sich wirklich drüber - ihren Jubelschrei hatte man noch im Ohr. Krieg hatte es wunderbarerweise deswegen wirklich nicht gegeben...“*¹⁷⁶ Aus Haffners Sicht gab es zu dem Zeitpunkt in Deutschland nur wenige, die Hitler ablehnten.

Hitlers Rede vor dem Reichstag war damit aber noch nicht beendet. Was folgte, kann an Zynismus kaum überboten werden. Hitler antwortete in seiner Rede einem Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. In einem Telegramm hatte der amerikanische Präsident Deutschland Abrüstungsverhandlungen angeboten, falls Deutschland eine Nichtangriffsgarantie für 31 aufgelistete Staaten geben würde. Shirer beschreibt Hitlers Antwort auf das Tele-

gramm in seinem Geschichtsbuch so: „*Freilich, für normale Ohren waren seine Worte Heuchelei und Trug. Doch die von der Parteiführung ausgewählten Mitglieder des Reichstags entzückten sich an diesem Meisterstück vom Sarkasmus und Ironie. Die Abgeordneten schüttelten sich vor Lachen, als Hitler in effektvoller Steigerung den amerikanischen Präsidenten lächerlich machte, Punkt für Punkt nahm er Roosevelts Telegramm vor, machte beinahe heiter nach jedem eine Pause, um dann wie ein Schulmeister mit leiser Stimme zu sagen: Antwort - worauf er auf den Punkt einging. (Der Autor [Shirer] sieht Hitler noch vor sich, wie er immer wieder innehielt und dann ganz ruhig das Wort Antwort aussprach, während Göring in seinem Präsidentensessel oberhalb der Rednertribüne vergeblich versuchte, sein Gekicher zu ersticken, und alle Abgeordneten sich anschickten, sobald die Antwort gegeben war, in brüllendes Gelächter auszubrechen.) ... Hitler las dann langsam den Namen jedes einzelnen Landes vor. Ich erinnere mich, dass mit jedem Namen, den er aufzählte, das Gelächter im Reichstag zunahm. Ich glaube, es hat kein einziger Abgeordneter, auch sonst niemand in Berlin, wobei ich mich nicht ausnehme, bemerkt, dass er bei der Aufzählung Polen schlauerweise ausließ.*“¹⁷⁷ Darüber hinaus kündigt Hitler zwei weitere internationale Verträge auf. Es war die letzte Reichstags-sitzung zu Friedenszeiten. Hat sich Heinrich auch gut amüsiert?.



NR Müller-Brembsdorf

Sieber

Abbildung 48: Heinrichs Bild im Verzeichnis der Reichstagsabgeordneten 1938

Aufgalopp zum Krieg

Heinrich war nicht nur prominentes Mitglied des Stahlhelms sondern trat auch einen Tag nach der „Machtergreifung“ Hitlers am 1. Februar 1933 in die SA Standarte 179 ein. Die SA war ein Wehrverband der NSDAP, die sich zunächst aus ehemaligen Saalordnern der Partei und Mitgliedern aufgelöster Freikorps rekrutierte. Die SA war eine radikale rechte Schlägerbande, die für die brutale Verfolgung politisch Andersdenkender, ethnischer und religiöser Minderheiten bekannt war. „*Deutschland erwache! Juda den Tod. Volk ans Gewehr! Volk ans Gewehr!*“ lautete beispielsweise der Refrain eines gerne gesungenen ‚*Sturmliedes*‘.

Über die brutalen willkürlichen Aktionen der SA bei der Verfolgung der politischen Gegner und der Juden ist schon im Kapitel über Oschatz (Seite 62) berichtet worden. Heinrich war seit mit dabei und machte bei der SA eine steile Karriere. Innerhalb eines Jahres wurde Heinrich gleich viermal befördert, wobei er mehrere Dienststränge überspringen durfte, so dass er sieben Dienstgrade nach oben katapultiert wurde. Schon nach einem Jahr hatte er den Rang eines Hauptsturmführers erlangt, ein Dienstgrad, der dem eines Hauptmannes bei der Wehrmacht entsprach.

Heinrichs Dienststränge in der SA

Beförderung	SA-Rang	Wehrmachtsrang
1.5.1933	Scharführer	Unteroffizier
22.5.1933	Truppführer	Feldwebel
26.9.1933	Sturmführer	Leutnant
24.12.1933	Obersturmführer	Oberleutnant
25.3.1934	Sturmhauptführer	Hauptmann
20.4.1935	Sturmbannführer	Major
9.11.1935	Obersturmbannführer	Oberstleutnant
9.11.1936	Standartenführer (Führerbefehl 45)	Oberst
9.1.1943	Brigadeführer	Generalmajor
verbleibende Ränge	Gruppenführer	Generalleutnant
	Obergruppenführer	General
	Stabschef	Generalfeldmarschall

Dann jedoch kam die Niederschlagung des Röhms-Putsches im Juni 1934 (vgl. Seite 92). Nicht nur auf Reichsebene wurde verhaftet und ermordet, auch in Sachsen wirkte sich die Affäre aus. Der Gruppenführer der sächsischen SA Hayn wurde am 30.6. erschossen und es gab eine Reihe von Verhaftungen in dessen Dresdener SA Brigade 33.¹⁷⁸ Heinrich blieb verschont. Offensichtlich hatte er sich schon frühzeitig auf die richtige Seite geschlagen und die richtigen Freunde gemacht. Dennoch kann davon ausgegangen werden, dass Heinrich zumindest einige

der sächsischen Opfer gekannt hatte. Dieses brachte ihn aber keineswegs davon ab, weiterhin bei der SA Karriere machen zu wollen.

Zunächst gab es erst einmal für ein Jahr lang keine weiteren Beförderungen mehr. Aber schon 1935 ging es mit Heinrichs Karriere wieder voran als er zum Sturmbannführer ernannt wurde, was dem militärischen Rang eines Majors entsprach. Im Bundesarchiv befindet sich das Original des Führerbefehls Nr. 45 vom 9.11.1936, der Heinrich zum Standartenführer ernennt. In Sachsen wurden nur 13 weitere Personen durch diesem Befehl befördert. Ein Standartenführer befehligte in der Regel 1000-3000 Mann.¹⁷⁹ Die letzte bekannte Beförderung Heinrichs fand im Jahr 1943 statt, in dem er zum Brigadeführer aufstieg, was dem Rang eines Generalmajors entsprach. Damit gab es nur noch drei Ränge, einschließlich dem des SA-Führers, die höher waren. Wer so schnell so hoch aufsteigt, muss sehr gute Freunde in Partei und SA haben.

Das Gehalt Entlohnung war entsprechend der Dienstgrade gestaffelt. Als Standartenführer war der Rang vergleichbar mit dem eines Oberst bei der Wehrmacht, der in der Besoldungsgruppe B4 ein jährliches Grundgehalt von 12.600 RM erhielt. Ab 1943 war er Brigadeführer und erhielt ein Gehalt eines Generalmajors von 16.000 RM. Zum Vergleich der Jahreslohn eines Facharbeiters betrug ca. 1.200 RM.¹⁸⁰



Quelle: Landvolk im Sattel „Schule Jagdschloss Wermisdorf“

Abbildung 49: SA und SS-Reiterstürme in Wermisdorf

*Reitabzeichen und Reiterscheinen zuständig. Außerdem fungierte er als Richter bei Reitturnieren.*¹⁸¹

Mit einem Schreiben vom 4.5.1936 ernennt der Reichbauernführer Darré Heinrich zum Landesreiterführer der ländlichen Reitervereine in der Landesbauernschaft Sachsen. Heinrichs Sohn Dietrich schreibt in seinen Memoiren über die SA-Tätigkeit: *„Dass Vater auch in der SA aktiv war, hat mit seinem lebenslangen Hobby, dem Reiten, zu tun. Er wurde 1933 in der Reiter-SA zum Gruppenreiterführer ernannt und war Beauftragter des Reichsinspektors für Reit- und Fahrausbildung. In seiner Eigenschaft als Landesreiterführer der Landesbauernschaft Sachsens war er für die Abnahme von*

Diese Darstellung verharmlost die Tätigkeit Heinrichs erheblich. Nach der Ermordung Röhm nahm die politische Bedeutung der SA ab, jedoch wurde die Rolle der SA durch einen Führerbefehl vom 19. Januar 1939 gestärkt, der die Monopolstellung der SA auf dem gesamten Gebiet der vor- und nachmilitärischen Ausbildung endgültig festlegte. Eine besondere Stellung erhielt die SA-Reiterei, die „*vormilitärische Vorbereitung des Reiternachwuchses*“ leisten sollte und über 80% der deutschen Reiterei umfasste¹⁸².

Im SA-Führer, einer Zeitschrift gerichtet an die SA-Ausbilder, werden die militärischen Aspekte bei der reiterlichen Ausbildung deutlich hervorgehoben: Es geht um „*Kavallerie oder nicht?*“¹⁸³ um berittene Spähtruppen, „*Wehrsport zu Pferde*“¹⁸⁴, die Ausbildung „*hieb- und stichfester Kerl[e]*“ und „*reiterlich gewandte[r] Soldaten*“ für die Wehrmacht. Die Deutsche Reiterzeitung schrieb schon 1934 „*Reiten ist dauerndes Kämpfen*“ und auch das Reiterblatt „*Landvolk im Sattel*“ titulierte 1936 seine Artikel „*Wer will zur Kavallerie?*“ oder „*Das Pferd im Kriege*“.

Auch Heinrich schreibt in seinem Brief an Landesbauernführer Körner, dass das Kriegsministerium Interesse an der Ausbildung der ländlichen Jugend am Pferde habe. Die Oschatzer Gemeinnützige berichtete am 26.10. 1935 über die Hubertusjagd des SA Reitersturms 7/35, zu deren Halali auch der Gruppenreiterführer Sieber sprach: „*Er forderte vor allem die Landjugend auf, in die Reiter-SA einzutreten, sich der vormilitärischen Ausbildung zu unterziehen und sich den Reiterschein zu erwerben, welcher zum Eintritt in berittenen Truppenteile erforderlich ist.*“ Eine Beitrittspflicht in die SA gab es für Mitglieder von ländlichen Reitvereinen, die ab 1933 in die SA überführt wurden, wenn sie den Reiterschein erwerben wollten. Ein Artikel vom Gruppenreiterführer Sieber aus dem Jahr 1939 in den Deutschen Reiterheften schlägt in die gleiche Kerbe: „*Betrachtungen über die Reiterscheinprüfungen 1939 und ihre Bedeutung für die Truppe*“¹⁸⁵

Über Heinrichs SA Tätigkeit finden sich wenige Dokumente. Bekannt ist, dass er 1936 an einem Lehrgang der SA-Reichsführerschule in München teilgenommen hat. Die Reichsführerschulen waren Schulungsstätten der NSDAP, die den „*Führernachwuchs*“ der NS-Bewegung ausbilden sollten. Jeder politische Leiter der NSDAP musste eine Reichsführerschule erfolgreich durchlaufen haben. Die Schulungen auf der Reichsführerschule fanden meist in vierwöchigen Kursen statt, an denen jeweils 50 bis 80 Personen teilnahmen. Der Teilnehmerkreis bestand aus besonders ausgewählten Vertretern einzelner Dienstgradgruppen. Die Lehrgänge sollten demnach nicht nur die Qualität der SA-Führung steigern, sondern

auch deren politische Loyalität festigen. Die Reichsführerschule der SA in München sollte eine systematische Ausbildung der SA-Führung gewährleisten.

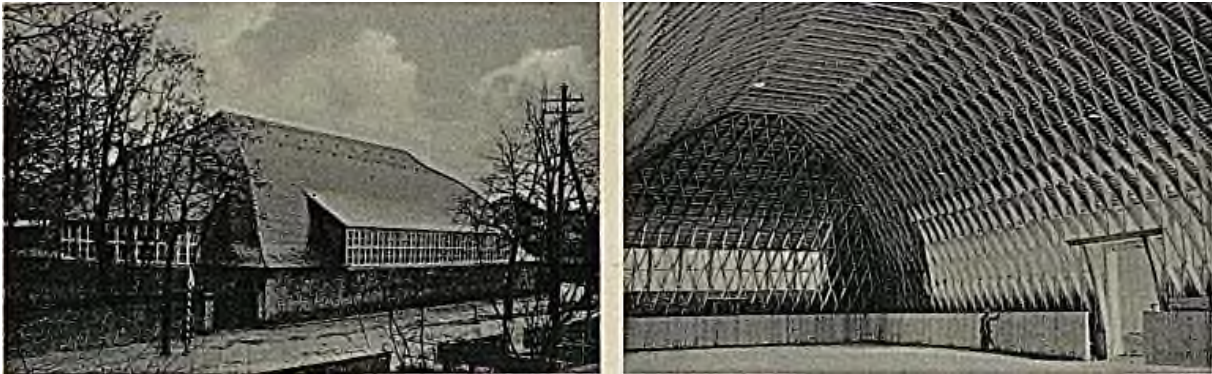


Abbildung 50: Reithalle in Wernsdorf 1940

Dietrich Sieber schreibt in seinem Buch, dass Heinrich mit der Sächsischen Reit- und Fahr- schule Jagdschloss Wernsdorf sehr verbunden war und bei dem Bau der Reithalle ein freitragendes Dach verwirklichte¹⁸⁶. Dort gab er auch Klaus Vincke Reitunterricht, der später in die Elite der Springreiter aufstieg.

Ein Artikel in der Zeitschrift *Landvolk im Sattel* wirbt für Reiterferien in dem romantischen Jagdschloss Wernsdorf, wo „alles ausgeschmückt [ist] mit den ... Bildern der reiterlichen Soldatensprache ... Froh schallt das Lied von Kampf und Sieg und Tod ... Denn was hier ge- ehrt wird, dient nicht zuletzt dem reiterlichen Nachwuchs des Heeres.“

Der Artikel erwähnt aber auch, dass nicht nur Bauernjungen und Mädels die Schule besuchen, sondern auch „Angehörige von SA und SS-Reiterstürmen wollen ihre reiterliche Entwicklung fördern.“ Heinrich bildete also auch Reiter von Hitlers Elitetruppe SS aus. Die SS-Reiterei war im zweiten Weltkrieg „tief in die umfangreichen Verbrechen der Deutschen in den be- setzten Ostgebieten verstrickt, die sich dramatisch zuspitzten und in die eigentliche Hauptauf- gabe der Reiter gipfelte, der Durchführung des Holocaust.“¹⁸⁷

Schule Jagdschloß Wermisdorf

Oberamtmann Dr. S. Finke, Zwickau i. Sa.

Eben rückt eine Gruppe junger Reiter vom Sportplatz ein. Kräftige, sehnige Gestalten in Turnkleidung, froh schallt das Lied von Kampf und Sieg und Tod.

Anderer stehen bei einem stattlichen Braunen, dem — trotz bester Gesundheit — ein Priesnitzumschlag gemacht wird. Erste Hilfe bei Krankheiten und Unglücksfällen wird hier gelehrt.

Das ist Wermisdorf: Lebendiges Leben im Dienste des Pferdes, im Dienste am Volk. Denn, was hier gelehrt wird, dient nicht zuletzt dem reitlichen Nachwuchs des Landes, lehrt vor allem auch dem jungen Bauer richtige Pflege und Behandlung seines besten Gehilfen im Stall, unter dem Sattel und am Wagen.

Bunt zusammengesetzt ist die Schülerschaft der Schule. Angehörige der SA- und 44-Reiterstürme wollen ihre reiter-



Quelle: Landvolk im Sattel „Schule Jagdschloß Wermisdorf“

Abbildung 51: Froh schallt in Wermisdorf das Lied von Kampf und Sieg und Tod

Nach Zeugenaussagen in einem späteren Gerichtsverfahren¹⁸⁸ (s.S.119) habe „*sich die Reiter-SA in Sachsen [politisch] nie betätigt*“, sondern widmete sich eher dem Pferdesport und der Reiterausbildung. In dem Verfahren sagten zwei Zeugen aus, dass Heinrich zwar einen hohen Rang innegehabt habe, er aber ohne Befehlsgewalt gewesen sei. Diese wurde in der Urteilsbegründung eines weiteren Gerichtsverfahrens aus dem Jahr 2013 (s.S. 121) als „*abwegig*“ bezeichnet, zumal Heinrich Dienstaufsichtspflichten über die gesamt sächsische Reiterei inne hatte.

Dennoch kann angesichts der hohen Position, die Heinrich in der SA hatte, davon ausgegangen werden, dass er insbesondere im Frühjahr 1933 über die Aktionen der SA genau informiert war. Wenn auch nichts von einer Beteiligung Heinrichs bekannt ist, so billigte er sie zumindest. Trotz seiner Konflikte mit der politischen Führung der NSDAP verzichtete er

nicht auf sein Amt als SA-Reiterführer. In dem er das zukünftige Kanonenfutter trainierte trug Heinrich zu der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges bei. Zumindest trugen die Militärsportprogramme erheblich dazu bei, dass die Reichswehr außerordentlich schnell an Truppenstärke gewann.¹⁸⁹

Aufgrund der neuen Waffentechnologie verlor seit dem ersten Weltkrieg die Reiterei in der Kriegsführung immer mehr an Bedeutung und wurde später lediglich zur Aufklärung und Partisanenbekämpfung eingesetzt. Deshalb wurde im Jahr 1941 die öffentlich geförderte Reitausbildung eingestellt und damit endete Heinrichs SA-Karriere.

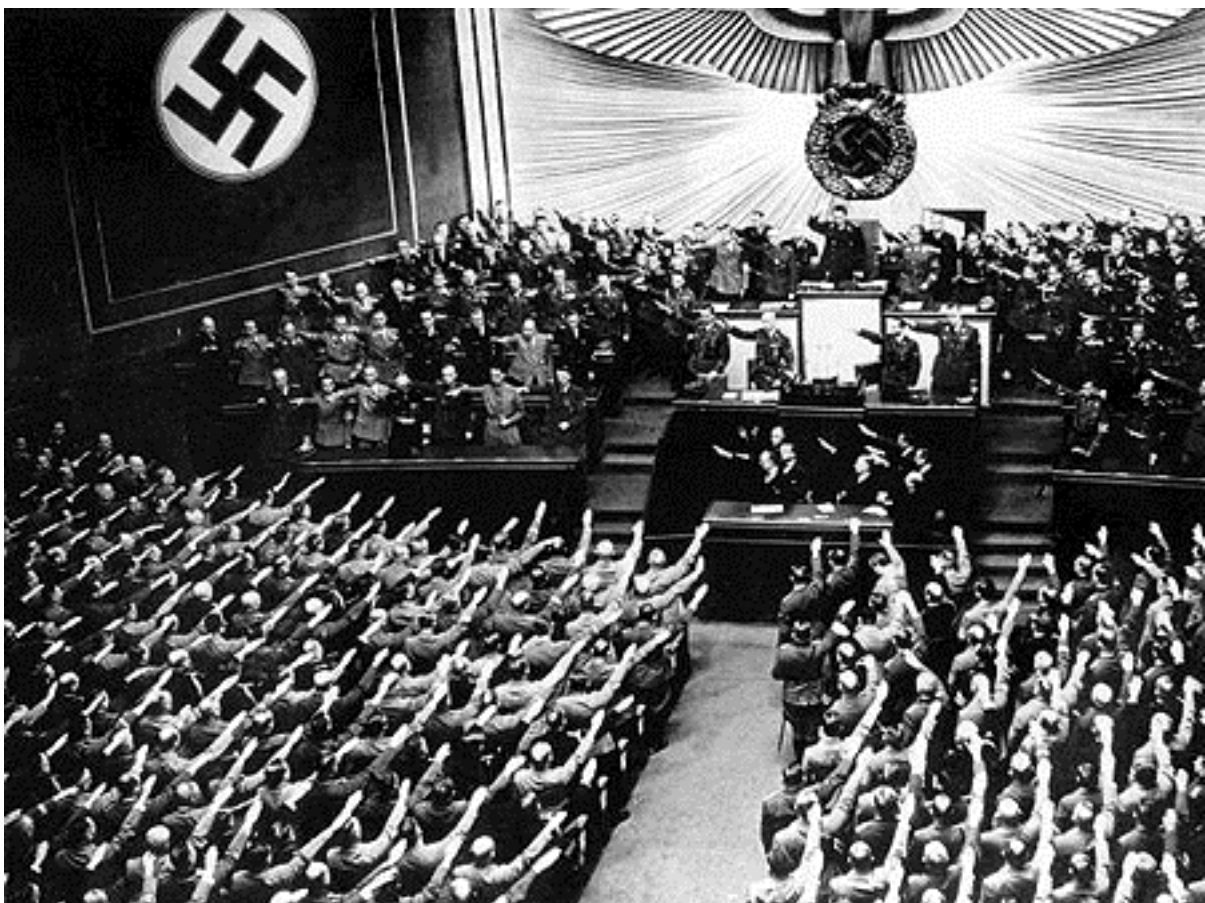
Die Rolle der Reiter-SS beim Holocaust

Im Juli 1941 erhielten die SS-Reiter einen Sonderbefehl von Himmler, die „Richtlinien für die Durchkämpfung und Durchstreifung von Sumpfgebieten durch Reitereinheiten“ Dieser enthielt im Kern die Aufforderung, gnadenlos gegen Plünderer vorzugehen, Frauen und Kinder abzutransportieren bzw. zu vertreiben und die Dorfer niederzubrennen. Damit markierte er den Beginn der Radikalisierung der SS-Kavallerieregimenter und die Vernichtungsaktionen, die nun den Schwerpunkt ihres Einsatzes bildeten - ganz wesentlich gehörten die SS-Kavallerieregimenter zu den Mordeinheiten, die den Holocaust in der Sowjetunion durchführten. ... Die Bilanz der Reitereinheiten: 57.000 ermordete jüdische Männer, Frauen und Kinder bis Ende des Jahres 1941. Damit spielten die SS-Reiter eine elementare wie verheerende „Vorreiterrolle“ im doppelten Wortsinn bei der Durchsetzung der sog. „Endlösung“ in der Sowjetunion.

Quelle: Fahnenbruck 2013, S.295f

Heinrichs zweiter Weltkrieg

Der Reichsparteitag 1939, der wie üblich in der ersten Septemberwoche in Nürnberg abgehalten werden sollte, war ursprünglich unter dem Namen „*Parteitag des Friedens*“ geplant. Daraus wurde nichts. Am 1. September berief Hitler den Reichstag ein. Die wesentlichen Worte seiner Rede, die auch im Radio übertragen wurde, lauten: „*Polen hat nun zum ersten mal auf unserem eigenen Territorium auch durch reguläre Soldaten geschossen (Pfuirufe). Seit 5 Uhr 45 wird jetzt zurückgeschossen (Lebhafter Beifall). Und von jetzt an wird Bombe mit Bombe vergolten (Beifall) Wer mit Gift kämpft, wird mit Giftgas bekämpft (Erneuter Beifall).*“¹⁹⁰ Damit hatte Hitler wieder einmal eine seiner Lügen aufgetischt. Heute ist bekannt, dass der Überfall auf den deutschen Sender Gleiwitz von Hitler inszeniert worden ist, um eine propagandistische Rechtfertigung für den Überfall auf Polen zu haben. Hat Heinrich die Lüge geglaubt? Shirer behauptet, dass die Abgeordneten, trotz „*lebhafter Zustimmung*“ nicht sonderlich begeistert waren. Bilder dokumentieren, dass das Volk bei der Radioübertragung, die Heinrich im Sendesaal miterlebte, sehr zurückhaltend reagierte.



Quelle: Bundesarchiv

Abbildung 52: Kriegserklärung im Reichstag am 6.10.1939

Eine weitere Reichstagssitzung fand am 6. Oktober nach der Beendigung des Polenfeldzugs statt. Hitler übergoss die Briten, die durch den Überfall auf Polen nun Deutschlands Kriegsgegnern geworden waren, zunächst mit Hohn und Spott, über den die Abgeordneten kräftig lachten, um dann ein „*Friedensangebot*“ an die Westmächte zu machen. Aus der Sicht Shirers klang die Rede wie „*ein abgespielte Grammophonplatte. Wie oft hatte ich ihn von diesem Podium aus nach seiner jeweils letzten Eroberung und im gleichen scheinbaren, aufrichtigen Ton Vorschläge machen hören, die - wenn man über sein jüngstes hinweg sah - den Eindruck eines anständigen, vernünftigen Friedensangebots hervorriefen.*“¹⁹¹

Die Friedensrede tat keine Wirkung und der zweite Weltkrieg ging erst richtig los. Zunächst einmal konnte aber Hitler eine Reihe von Siegen im Reichstag vermelden. Nach dem geglückten Überfall auf Frankreich, Belgien, Luxemburg, Holland, Dänemark und Norwegen hielt Hitler am 19. Juli 1940 eine weitere Friedensrede im Reichstag. Dafür bekam er stürmischen Beifall von Heinrich und seinen Kollegen. Ein Jahr später, am 1. Mai 1941 gab es wieder eine Siegesrede Hitlers im Reichstag und zwar über die militärischen Erfolge auf dem Balkan. Dabei überzog er den britischen Premierminister Churchill mit Schmähungen und Beschimpfungen. Einen Monat später begann der Krieg mit Russland.

Am 11. Dezember 1941, vier Tage nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour, erklärte Hitler im Deutschen Reichstag den USA den Krieg. „*Wir schlagen immer zuerst los*“ rief er den jubelnden Abgeordneten zu. Er bezeichnet den amerikanischen Präsidenten Roosevelt als „*geisteskrank*“ und warf ihm vor, den Krieg provoziert zu haben. „*Ich habe heute dem amerikanischen Geschäftsträger die Pässe zustellen lassen... An dieser Stelle sprangen die Reichstagsabgeordneten jubelnd auf und Hitlers Worte gingen im Getöse unter.*“¹⁹² Göring beendete die Sitzung mit „*Unser geliebter Führer, Sieg-Heil, Sieg-Heil, Sieg-Heil*“.

Nur ein halbes Jahr zuvor stand Deutschland lediglich England als Feind gegenüber. Jetzt musste sich das Land gegen zwei Supermächte verteidigen. Diese Fehleinschätzung lässt sich vielleicht mit Hitlers Größenwahnsinn erklären. Und schrie Heinrich auch mit? Spielte er nur oder ließ er sich mit-reißen?

Die letzte Reichstagssitzung fand am 26. April 1942 statt. Die Reichstagsabgeordneten verabschiedeten ein Gesetz, das im Kern so lautete: „*Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der Führer in der gegenwärtigen Zeit des Krieges, ... das Recht besitzen muss, alles zu tun, was zur Erringung des Sieges dient oder dazu beiträgt. Der Führer muss daher - ohne an bestehende Rechtsvorschriften gebunden zu sein ... jederzeit in der Lage sein, nötigenfalls jeden Deutschen ... mit allen ihm geeignet scheinenden Mitteln zur Erfüllung seiner Pflichten anzu-*

halten und bei Verletzung dieser Pflichten ... mit der ihm gebührenden Sühne zu belegen...“¹⁹³

Damit war Adolf Hitler offiziell durch den Reichstag förmlich zur obersten Rechtsinstanz ernannt worden. Selbstverständlich fiel die Abstimmung einstimmig und unter begeistertem Beifall aus.

Im Winter desselben Jahres kam die Wende in Stalingrad und Hitler hatte konnte keine Erfolge mehr vor dem Reichstag berichten. Aus diesem Grunde wurde dieser auch nicht mehr einberufen. Im Februar 1943 hielt Goebbels seine berüchtigte Rede „*Wollt ihr den totalen Krieg?*“ im Berlin Sportpalast und dieser ging immer totaler weiter.



Abbildung 53: Heinrich auf dem Exerzierplatz in Bautzen 1939

Schon vor Beginn des Krieges war Heinrich zum Major der Reserve befördert worden. Bei Kriegsausbruch wurde er dem Radfahr-Ersatz Schwadron 255 zugeteilt, wovon ein Bild in Uniform vom Exerzierplatz in Bautzen (Sachsen) zeugt. An den Kriegen gegen Polen, Dänemark, Norwegen, Niederlande, Belgien, Frankreich, Jugoslawien und Griechenland beteiligte er sich nicht. Am 10. November 1940 wurde Heinrich der Aufklärungsabteilung 123 zugeordnet, die der 123. Infanterie-Division angehört. Zunächst wurde er nach Brandenburg und dann ab April 1941 zur Heeresgruppe Nord, 16. Armee, XXVIII Korps nach Ostpreußen verlegt. Als erfahrener Veteran wird ihm die Bedeutung dieser Ostverlegung klar gewesen sein.

Für Heinrich begann der II. Weltkrieg mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941. Am 25. Juni überschritt das XXVIII. Armeekorps die Memel (litauisch Nemunas) bei der Litauischen Stadt Kowno (heute Kaunas). Die 16. Armee schlug in Kaunas ihr Hauptlager auf. Litauen war 1920 unabhängig von Russland geworden und wurde 1940 von der Sowjetunion besetzt. Oft wurden die Deutschen Soldaten in den baltischen Staaten freundlich empfangen, weil sie als Befreier von der russischen Besatzung betrachtet wurden. Vom 25. bis 29. Juni fanden in Kaunas Pogrome (s. Kasten unten) der Litauischen Bevölkerung vor allem an Juden, Kollaborateuren und Kommunisten statt, die von einer SS-Einsatzgruppen so eingeleitet wurden, „*ohne dass nach außen irgendein deutscher Auftrag oder eine deutsche Anregung erkennbar wurde.*“¹⁹⁴ Obwohl die grausamen Ausschreitungen Tag und Nacht auf offener Straße stattfanden und es viele Zuschauer gab, griff die Wehrmacht nicht ein.



Quelle: Bundesarchiv

Abbildung 54: Deutsche Kavallerie in einem brennenden russischen Dorf

Heinrich hatte von der Judenverfolgung Kenntnis, denn sehr vertraulich berichtete er einem Freund, der später in einer eidesstattlichen Versicherung das folgende erklärte: Sieber habe den Befehl erhalten, „in einem Städtchen im Osten sämtliche Juden auf dem Marktplatz zusammenzutreiben und dort erschießen zu lassen. Dieser Auftrag habe ihn in schwere Gewissenskonflikte gebracht. Er habe die Juden zwar zusammenreiben lassen, sie jedoch nicht erschießen, sondern in die Wälder entweichen lassen. Sieber erklärte mir weiter, dass er wegen dieses Verhalten große Schwierigkeiten gehabt habe.“¹⁹⁵ Diese Erklärung, deren Wahrheitsgehalt heute nicht mehr überprüft werden kann, wurde im Rahmen in eines späteren Gerichtsverfahrens (s.S.119) zur Entlastung Heinrichs erbracht.

Pogrome im Juni 1941 in Kowno

Gleich zu Beginn des deutschen Überfalls auf die Sowjet-Union waren sie dabei gewesen: die vier vollmotorisierten Einsatzgruppen A, B, C und D, die den vorrückenden Heeresgruppen folgten. Sie gliederten sich jeweils in Einsatz- und Sonderkommandos. Ihr Personalbestand schwankte zwischen 600 und 1.000 Mann für jede Einsatzgruppe; Führer und Mannschaften kamen aus der Gestapo, der Kriminalpolizei, der Waffen-SS und dem Sicherheitsdienst (SD) der SS. [...]

In Kowno [heute Kaunas], der Hauptstadt Litauens, schlugen sie in der Nacht vom 25. zum 26. Juni 1941 zum ersten Mal los. Dr. Walter Stahlecker, SS-Brigadeführer und Chef der Einsatzgruppe A, fasste das nächtliche Wüten des vom Blutrausch befallenen Mobs in einer dünnen Meldung zusammen: „Über 1.500 Juden von litauischen Partisanen beseitigt, mehrere Synagogen angezündet oder anderweitig zerstört und ein jüdisches Wohnviertel mit rund 60 Häusern niedergebrannt.“

Das Morden ging weiter. An einer Tankstelle, nur 200 Meter vom Quartier der Führungsabteilung der 16. Armee entfernt, wurden zahllose Juden von litauischen „Partisanen“ der Reihe nach erschlagen. Das Massaker dauerte Tag und Nacht, bis zum 29. Juni abends. In der großen Schar der Gaffer standen auch viele deutsche Soldaten, um sich das Schauspiel nicht entgehen zu lassen: Auf öffentlichen Straßen und Plätzen Kownos wurden insgesamt 3.800 Juden umgebracht. [...]

Ein deutscher Dolmetscher, der sich aufgebracht an den Feindlage-Offizier der Armee wandte, wurde achselzuckend abgefertigt: Die Armee habe Befehl, in „dieser internen Angelegenheit“ neutral zu bleiben. Auch der Oberbefehlshaber der 16. Armee, Generaloberst Busch, ließ sich durch eine Meldung über die Pogrome in der Stadt nicht beim Abendessen stören. Busch: „Das ist eine politische Auseinandersetzung. Was sollen wir denn machen?“ Auf den Gedanken, den Massenmord vor seiner Haustür durch die Truppe stoppen zu lassen, kam er nicht.

Quelle: Der Spiegel Nr. 16/1981 – 13.04.1981

Trotz teilweise erbitterter Gegenwehr konnte die deutsche Wehrmacht in den ersten Wochen große Raumgewinne verzeichnen. Mit dem deutschen Blitzkrieg im Osten – Litauen war innerhalb einer Woche vollständig besetzt – zog die Armee weiter nach Nordosten mit dem Ziel Leningrad zu erobern. Lettland wurde schnell durchquert und die heutige Russische Grenze überschritten. Am 6. Juli wurden schwere Kämpfe um eine befestigte Stellung bei Sebeš (Sebesch, Russland) gemeldet. Heute befindet sich dort ein Soldatenfriedhof mit 24.000 Gräbern.

Heinrich war damit innerhalb von nur zwei Wochen ca. 500 km in die Sowjetunion eingedrungen. Da Heinrich der Aufklärungsabteilung angehörte, wurde er bestimmt an vorderster Front eingesetzt und kam daher oft mit dem Feind in Berührung. Dietrich Sieber schreibt in seinen Memoiren: *„Als ihm das dritte Pferd unter dem Leib zusammengeschoßen worden war, bekam er einen Herzanfall, der ihn in die Heimat zurückbrachte.“*¹⁹⁶ Am 10. Juli wurde Heinrich in das Reservelazarett Leipzig, St. Georg, Abteilung Herzkrankheiten eingeliefert, dass er schon sechs Tage später wieder verlassen konnte. Heinrich schied damit aus dem aktiven Militärdienst aus.

Heinrich hatte Glück im Unglück, denn im Januar 1942 wurde seine ehemalige 123. Division nur 370 km vor Moskau vom Feind ‚aufgerieben‘. Generalfeldmarschall Busch befahl gemäß den Weisungen Adolf Hitlers seinen Korps-Kommandeuren, ihre Stellung unbedingt zu halten, obwohl dies aufgrund des ungünstigen Kräfteverhältnisses in Kombination mit den Witterungsbedingungen bei Temperaturen um minus 40 Grad praktisch unmöglich war. Auch blieb Heinrich kaum Zeit um sich an den Kriegsverbrechen der Wehrmacht, die u.a. von seiner Heeresgruppe Nord verübt wurden, zu beteiligen.

Aktivitäten der Heeresgruppe Nord 1941

22.6.1941: Grenze überschritten, Überraschung scheint gelungen
 23.6.1941: Starke Panzeransammlung der Russen
 24.6.1941: Kowno (Kaunas Litauen) eingenommen
 25.6.1941: Zäh kämpfender Feind zurückgeworfen
 26.6.1941: Brückenkopf an der Düna (Daugavpils, Lettland) errichtet
 28.6.1941: Feind weicht nach schweren Kämpfen aus
 29.6.1941: Vorausabteilung Südteil Riga (Lettland)
 30.6.1941: 16. Armee in Dünaburg (Daugavpils, Lettland)
 05.7.1941: Ostrow (Russland) Brückenkopf gehalten, 16. Armee ohne Feindberührung 5 Tage
 09.7.1941: Pskow (Russland) erreicht
 10.7.1941: 16. Armee an der russisch-baltischen Grenze

Quelle: Kurzfassung des Kriegstagebuchs des Oberkommandos der Wehrmacht, BD II

Major a.D. Sieber kam wieder zurück nach Wiederoda, aber der Krieg hatte auch dort das Leben verändert. Dietrich Sieber schreibt in seinem Buch: *„Bruder Ulrich kam als Leutnant in russische Gefangenschaft, aus der er erst im Spätjahr 1948 zurückkehrte. Schwester Ulla war als Krankenschwester im Lazarett tätig, [Meine Mutter] als Kreisbäuerin ständig unterwegs. So konnte mich niemand abholen, wenn ich Ferien hatte. Aber so ging es ja allen Familien in Deutschland.“*¹⁹⁷ Entgegen Dietrichs Darstellung führte die Familie Sieber ein komfortables Leben, ohne Bombenangriffe, mit ausreichenden Nahrungsmitteln des Bauernhofs versorgt, hatte ein Auto zur Verfügung und konnte jedes Jahr in den Urlaub fahren.

So ging es nicht allen Familien in Deutschland. Zahllose wurden ausgebombt und verloren Hab und Gut, viele wurden verwundet oder starben im Feuerhagel an der Front. Und Millionen wurden in den Konzentrationslagern vergast. Aber auch die sowjetischen Kriegsgefangenen mussten schweres Leid ertragen. Im Gefangenenlager Jacobtal-Zeithain, nur 33 km von Wiederoda entfernt, spielten sich grausame Szenen ab. Fehlende Brunnen und der dadurch verursachte Wassermangel zwangen die völlig unzureichend ernährten Gefangenen, aus Regenpfützen zu trinken. Hungerödeme, Skorbut, chronische Durchfälle breiteten sich unter diesen Bedingungen rasch aus und schwächten die ohnehin durch entbehrungsreiche Kämpfe und lange Transporte entkräfteten Gefangenen zusätzlich. Fehlende Latrinen, Waschgelegenheiten und Entlausung führten zu desolaten hygienischen Verhältnissen.

Von insgesamt 5,7 Millionen Gefangenen der Roten Armee in Deutschland kamen 3,3 Millionen durch Mord, Nahrungsentzug und gezielte Vernachlässigung ums Leben.

Quelle: Piper 2007 S.218

Das Leiden sowjetischer Kriegsgefangener im Lager Zeithain, von wo aus viele Gefangene zum Arbeitseinsatz weiter verteilt wurden, beschrieb ein deutscher Leutnant: *„Täglich sterben welche an Krankheiten und Unterernährung ... Die Leichen sind nur Haut und Knochen. ...*

Alles Greifbare stopfen sie in sich hinein: Gras, giftige Pilze usw.“ Einer heereigenen Untersuchung zufolge lag der Nährwert der in Zeithain ausgegebenen Nahrungsmittel im Winter 1941/42 bis zu 40 Prozent unter der den Gefangenen zustehenden, ohnehin geringen Kalorienmenge.¹⁹⁸ Es wird geschätzt, dass in Zeithain auf diese Weise 33.000 40.000 sowjetische Kriegsgefangene umgebracht wurden.¹⁹⁹ Etwa 1.000 Kriegsgefangene wurden ausgesondert, und erschossen.



Abbildung 55: Tote im Lager Zeithain, nur 33km von Wiederoda entfernt

Die Kriegsgefangenen der westlichen Alliierten wurden erheblich besser behandelt. Dennoch stellt ein Protokoll des Roten Kreuzes über die amerikanischen und englischen Kriegsgefangenen im Lager Stalag IV-G in Oschatz fest, dass deren Gesundheitszustand schlecht, die medizinische Versorgung unzureichend sei und sie bei akuter Unterernährung an den üblichen Begleiterscheinungen der Hungers litten: Ödeme, Schwindelanfälle, Ohnmacht und Durchfall.²⁰⁰

Nach der Aussage von Dietrich setzte sich Heinrichs Frau Gertrud in ihrer Funktion als Kreisbäuerin dafür ein, dass die „in der Landwirtschaft tätigen Kriegsgefangenen human behandelt“ wurden.²⁰¹ Belege für Gertruds Fürsorge der Kriegsgefangenen gibt es nicht, dafür aber einige Gerüchte. Angeblich soll sich eine Magd mit einem französischen Kriegsgefangenen auf Wiederoda eingelassen haben. Dieses wurde entdeckt und beide verschwanden vom Hof. Was mit ihnen geschehen ist bleibt unbekannt. Aus dem Kreis Oschatz wurde berichtet, dass nach der Kapitulation ehemalige polnische Zwangsarbeiter den Bauern Busch aus Lampersdorf erschossen, weil dieser sie vorher schlecht behandelt hatte. Sollte letzteres der Wahr-

heit entsprechen, so ist Gertrud entweder das Verhalten des Bauern Busch entgangen, obwohl er nur 5 km von Wiederoda wohnte, oder sie hat es schlichtweg ignoriert.

Nach dem Krieg wurde der Vorwurf geäußert, das Gut Wiederoda hätte Strafgefangene beschäftigt. In diesem Falle wären die Gefangenen wahrscheinlich aus Zeithain gekommen. Dieser Vorwurf konnte jedoch mittels eidesstattlicher Erklärungen der Gutsangehörigen, die auf Betreiben von Dietrich abgegeben wurden, abgewiesen werden. Dietrich behauptet²⁰², dass „*nur polnische Gastarbeiterfamilien*“ auf dem Hof beschäftigt waren. Dabei übersieht er, dass es sich nicht um Gastarbeiter handelte, sondern auch um zwangsrekrutierte Ostarbeiter. Der „*Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz*“ Sauckel, der für die Zwangsrekrutierungen zuständig war, sah seine Pflicht so: „*Ich habe meinen Auftrag von Adolf Hitler und ich werde die Million Ostarbeiter nach Deutschland holen, ohne Rücksicht auf ihre Gefühle, ob sie wollen oder nicht.*“²⁰³ Auf diese Weise gelangten die „*polnischen Gastarbeiter*“ nach Wiederoda.

In Sachsen waren insgesamt 46.000 Zwangsarbeiter beschäftigt, von denen die Polen mit knapp einem Fünftel die größte Volksgruppe darstellten. Im Landkreis Oschatz arbeiteten ungefähr 170 Zwangsarbeiter. Eine Dokumentation des Sächsischen Staatsarchivs²⁰⁴ schildert ausführlich die Lage der Zwangsarbeiter in Sachsen. Sie waren eine Vielzahl von Bestimmungen, Beschränkungen und Kontrollen unterworfen. Im Landkreis Oschatz war es polnischen Zwangsarbeitern verboten Gaststätten, Kinos, und KdF-Veranstaltungen zu besuchen und sich nach 20.00 Uhr im Freien aufzuhalten. Weiterhin waren das Verlassen der Ortschaft, die Teilnahme an deutschen Gottesdiensten und der Besitz von Fahrrädern strengstens untersagt. Alle Zwangsarbeiter mussten ein Schild an der Kleidung tragen, um als solcher sofort erkannt zu werden²⁰⁵. Auf dem Lande übernahmen die Ortbauernführer die Kontrolle der Bestimmungen. Häufigstes „*Vergehen*“ war das gemeinsame Essen mit der bäuerlichen Familie. Dieses war untersagt, um eine „*Fraternisierung*“ mit dem Feind zu verhindern.

Trotz der geringen Zahl an Zwangsarbeitern kam es in Oschatz am 20. Februar 1942 zu einem schwerwiegenden Zwischenfall²⁰⁶. Das Verhältnis eines polnischen Zwangsarbeiters mit einer deutschen Frau war bekannt geworden und der Pole wurde verhaftet. Um drei Uhr nachmittags wurde der Mann in einer Sandgrube bei Altoschatz erhängt. Auf Verfügung des Landrat Dr. Haupt wurden nach der Vollstreckung alle in der weiteren Umgebung von Oschatz beschäftigten Polen an dem Gehängten vorbeigeführt, „*damit diese Maßnahme auf diese abschreckend und erzieherisch wirkt.*“ Die Führung des Zuges übernahm der jeweilige Bürgermeister der Gemeinde. Auf dem Gut Wiederoda waren polnische Zwangsarbeiter beschäftigt.

In Sachsen war dieses leider kein Einzelfall: Es sind 123 Exekutionen bekannt²⁰⁷. Darüber hinaus gab es noch eine Vielzahl weiterer Opfer zu beklagen. Dieses belegen die 1.911 Gräber toter Ausländer, die allein auf Leipzigs Friedhöfen gefunden wurden.

Die beteiligten deutschen Frauen wurden entweder zu Gefängnis, Zuchanstalt oder KZ verurteilt oder, wie am 19.10.1940 geschehen, öffentlich in den Pranger am Rathaus in Oschatz gestellt. In Sackkleidern und kahl geschoren müssen sie sich von der Oschatzer Bevölkerung beschimpfen und bespucken lassen.²⁰⁸



Abbildung 56: Kreisleiter Max Albrecht

Eine der schillerndsten Figuren dieser Kriegsjahre war der NSDAP Kreisleiter Max Albrecht in Oschatz, der gleichzeitig das Amt des Ortsgruppenleiters inne hatte und seit Dezember 1939 Bürgermeister in Oschatz war. Im sächsischen Staatsarchiv sind viele seiner pathetischen Reden gesammelt, die häufig mit den Worten „*Der Führer sagte einmal...*“ begannen. Die sich zusehends verschlechternde Kriegslage schlug sich auch in den Reden Albrechts nieder. Seine Rede zur Feierstunde der NSDAP „*Deutsche Kriegswihnacht*“ 1943 enthielt die folgenden denkwürdigen Passagen: „*Dass die von Juden entfesselten Horden der asiatischen Steppe, dass die jüdischen Verbrecher bzw. Judenknechte der plutokratischen Weltdemokratien ... unser*

Volk nicht auslöschen und ... unsere Kinder ... nicht als Sklaven unter der Zuchtrute des Juden und Bolschewismus irgendwo nach Sibirien oder Afrika ... verschleppen und zu Tode gequält werden, dafür stehen wir alle im unerbittlich schweren Kampf.“

Natürlich waren Heinrich und Albrecht schon länger miteinander bekannt. Schon 1935 war Albrecht als Bürgermeister von Mügeln Abgeordneter des Bezirkstages, bei dem Heinrich den Vorsitz führte. Ein weiterer Beleg ist eine Einladung²⁰⁹ an Albrecht zum Besuch der Reit- und Fahrschule Wermsdorf anlässlich des Abschlusses eines SA-Sturmführer Lehrgangs und eines Treffens der SA-Gruppenreiterführer im Oktober 1942.

Im Juni 1944 landeten die Alliierten in der Normandie. Am 20. Juli 1944 fand das Attentat Stauffenbergs auf Hitler und der damit verbundene Putschversuch statt. Ein ehemaliger Kollege Heinrichs im Reichstag, der Abgeordnete des Landvolkes Schlange, war aktiv an den Umsturzplänen beteiligt und u.a. als Schattenminister vorgesehen. Er hatte Glück und wurde nicht entdeckt, aber die SS plünderte 1945 seinen Hof. Im Anschluss an den 20. Juli wurden

überall in Deutschland Verhaftungen und Tötungen von Gegnern des Regimes vorgenommen. Aus dem Kreis Oschatz wird über die Verschleppung von über 20 Leuten in das KZ Sachsenhausen berichtet.²¹⁰



Abbildung 57: vlnr. Dietrich, Ulrich, Ulla und Gertrud Sieber

Der Krieg ging weiter und die Oschatzer Gemeinnützigkeitskommission schrieb am 16. Oktober 1944 ein Durchhaltegedicht: *„Dann kämpft, kämpft und arbeitet, arbeitet, was das Land und das Hirn nur hergeben wollen! Denn es käme noch weit, weit schlimmer, wenn wir nicht durchhielten! Aber das darf nicht kommen und es wird nicht kommen. Es kann nicht kommen, weil wir es nicht wollen!“*

Heinrichs Frau Gertrud schloss sich in diesen Parolen an. Ihre Funktion als Kreisbäuerin ermöglichte es der Familie, bis an das Kriegsende im Besitz eines Autos zu bleiben. Familienangehörige berichten, dass sie eine noch fanatischere Nationalsozialistin war als Heinrich. Am 3. Dezember 1944, die Alliierten standen bereits an den Grenzen Deutschlands, fand in Oschatz der Kreislandfrauentag statt, zu dem 100 Lazarettinsassen als Gäste geladen waren. *„Nach [...] dem Lied ‚Deutschland heiliges Wort‘ nahm die Kreisbäuerin Pgn. Sieber, Wiederoda, das Wort zu einer kurzen Begrüßung. Sie führte aus, daß diese Feierstunde als Entspannung nach den vielen Arbeiten des vergangenen Jahres gelten und gleichzeitig neue Kraft vermitteln soll, trotz aller Schwere weiterhin in der Erzeugungsschlacht bis zum endgültigen Sieg standzuhalten. Das sind wir unserem Führer Adolf Hitler schuldig.“²¹¹*



Abbildung 58: vlnr Gertrud, Ulla, Ulrich (Fronturlaub), Heinrich 1944

Am Ende des Krieges gab es kaum noch Soldaten und die Landesverteidigung wurde durch den Volkssturm organisiert, der sich aus Alten, Jugendlichen und sogar Frauen rekrutierte. Als Offizier in zwei Kriegen sollte Heinrich in Sachsen die Ausbildung organisieren. Am 13. Februar 1945 reiste er zu diesem Zweck in die Landeshauptstadt. Dietrich berichtet: *„Da kam am Abend der erste fürchterliche Bombenangriff auf Dresden, und das Hotel und alle umliegenden Hau-*

ser standen sofort in Flammen. Um sein Leben zu retten, rannte mein Vater nur leicht bekleidet zur Elbe und sprang, als der Feuersturm immer stärker wurde, in den Fluss. Wie lange er im Wasser gewesen und wie er bei der Strömung an Land gekommen war, konnte er hinterher nicht mehr sagen, nur, dass überall auf dem Wasser der Elbe Flammen züngelten und er mehrfach getaucht war. ... Es grenzt an ein Wunder, dass er als 56-Jähriger das alles mit nur leichten Verbrennungen im Gesicht und an den Füßen überstanden hat.“²¹²



Abbildung 59: Dresden 1945

Nur wenige Wochen nach dem Bombenangriff auf Dresden am 19. März gab Hitler den sogenannten „Nero-Befehl“: *„Alle militärischen Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versor-*

gungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebiets, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann, sind zu zerstören.“ Und zur Erläuterung erklärte Hitler dem protestierenden Speer nach dessen Zeugnis in eisigem Ton: „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil, ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen.“²¹³

Diesem Befehl gehorchten viele Nazis im Kreis Oschatz. Kreisleiter Albrecht befahl in den Orten Oschatz, Strehla und Mügeln „Kampffestungen“ zu errichten. Er forderte die Bevölkerung zu „bedingungslosem Durchhalten“ auf drohte jedem mit „Umlegen und Aufhängen“ der den Gedanken an eine freie Stadt oder deren kampflöse Übergabe äußerte oder gar forderte.²¹⁴ Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen wurden Standgerichte eingerichtet.



Quelle: Gemälde von Hans Schuhmann im Oschatzer Museum

Abbildung 60: KZ Zug durch Oschatz

„Immer mehr erinnerten sich nun auch wieder der grässlichen Bilder, die sie vor Tagen an sich vorbeiziehen sahen. In den letzten Wochen, besonders während der ersten Apriltage, wurden viele Bürger des Kreisgebietes unmittelbar mit den bestialischen Verbrechen des Faschismus konfrontiert. Aus verschiedenen Richtungen trieben SS-Kommandos zahlreiche KZ-

Häftlingszüge, sogenannte 'Evakuierungsmarsche', durch unser Heimatgebiet. Solche KZ-Todesmärsche zogen durch zahlreiche Orte des Kreises Oschatz bzw. endeten hier...“²¹⁵

Am 11. April zog ein etwa 3000 Personen umfassender KZ Todesmarsch durch Oschatz und weiter in Richtung Wernsdorf. Der Maler Hans Schuhmann hat ein sehr beeindruckendes Bild diese Marsches gemalt, das heute im Stadtmuseum Oschatz zu hängt. Beim Weitermarsch nach einer Übernachtung im Lampersdorf wurden 11 Häftlinge von der SS erschossen und im Straßengraben liegen gelassen. Von einem weiteren Todesmarsch nach Wernsdorf vom 16. bis 22. April wird berichtet. Weder Dietrich noch Gertrud erwähnen diese Märsche in ihren Memoiren, obwohl sie nur in 3½ km Entfernung an Wiederoda vorbei zogen.

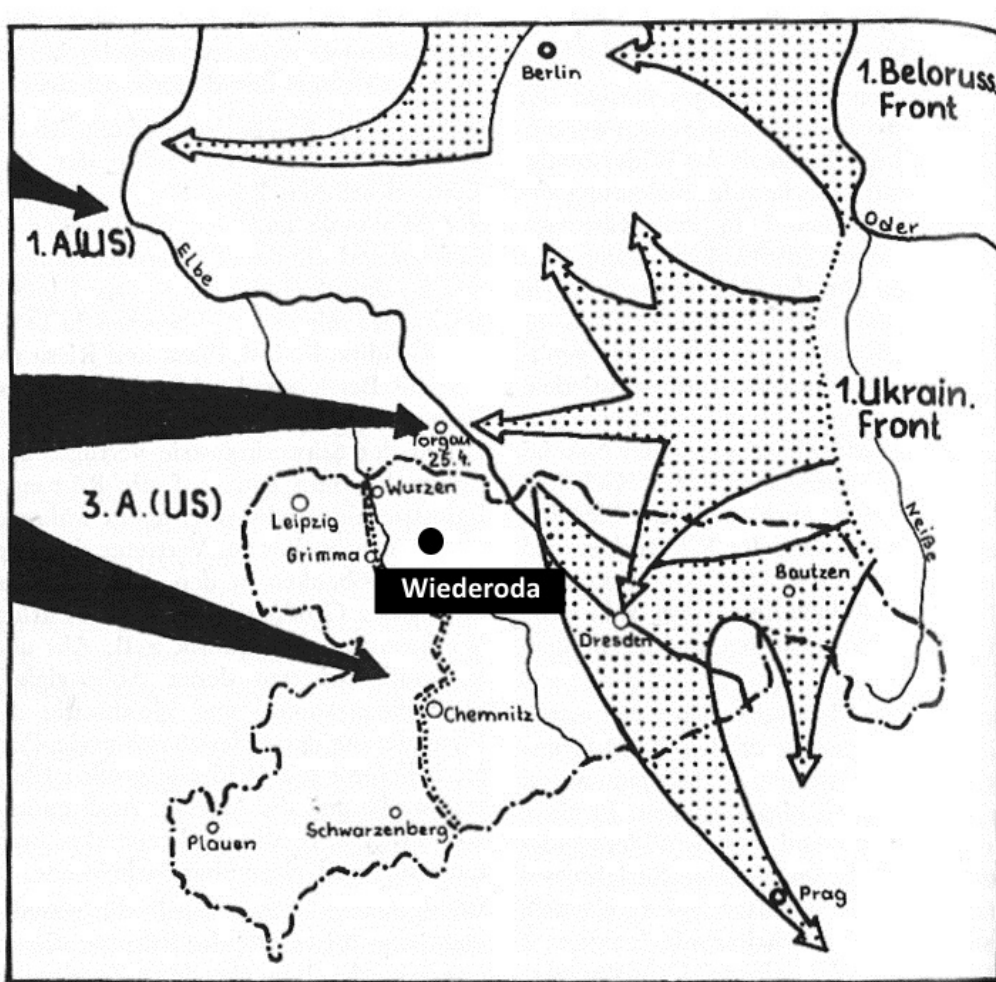


Abbildung 61: Einkesselung von Oschatz und Wiederoda

Am 21. April wurde Leipzig von den Amerikanern erobert und am folgenden Tag besetzten sie Wernsdorf nach kampfloser Übergabe. Die US-Armee war damit nur noch 5 km von Wiederoda entfernt. Am gleichen Tag setzten die Russen bei Strehla über die Elbe und waren damit auch nur noch 30 km von Wiederoda weg. In Strehla wurde der Nazi-Widerstand organisiert und mit Hilfe der Wehrmacht und unter Androhung von Standgerichten gegen den Wi-

derstand der Bevölkerung durchgesetzt. Die SS sprengte die Brücke über die Elbe, obwohl sich noch Flüchtlinge darauf befanden.²¹⁶ Zum Kampf kam es aber nicht, weil die Russen den Ort umgingen und die halb eingekreisten Truppen in Richtung Oschatz flüchteten. Am 24. besetzten die Russen Strehla kampflos. Am gleichen Tag ergab sich Wurzen, 25 km von Wiederoda entfernt, kampflos den Amerikanern.

Der 25. April war ein ereignisreicher Tag für Heinrich. In Berlin tobte schon der Häuserkampf, der Hitler und seine Entourage zwang, sich in den Bunker der Reichskanzlei zu verkriechen. In Torgau - nur 35 km von Wiederoda entfernt - trafen sich die amerikanische und die russische Armee. Wiederoda war damit von fremden Truppen eingekreist. An diesem Tag führte eine bewaffnete Aktion des deutschen Widerstands zur kampflosen Übergabe von Dahlen (16 km von Wiederoda). Angesichts diese Lage entschloss sich Heinrich das richtige zu tun, nämlich den Volkssturm aufzulösen und Wiederoda kampflos an die Amerikaner zu übergeben.

Dietrich betont in seinen Memoiren, dass Heinrich dadurch viele Menschenleben gerettet habe, obwohl er das Risiko einging, dabei selbst erschossen zu werden.²¹⁷ In der Tat sind einige Fälle bekannt, wo die Verantwortlichen einer kampflosen Übergabe nach einer darauf folgenden Rückeroberung von der SS hingerichtet wurden²¹⁸. Dietrich verschweigt, dass in der Regel Hitlers Nero-Befehl von den örtlichen Behörden ignoriert wurde, wenn kein Militär und vor allem keine SS in der Nähe waren. Sowohl Leipzig, als auch alle umliegenden Ortschaften wurden deshalb kampflos übergeben. Er verschweigt auch, dass Heinrich damit sein Rittergut vor der sicheren Zerstörung rettete. Wie aus den Kriegsergebnissen in Westdeutschland bekannt war, bekämpften die Amerikaner jeden Widerstand mit massiven Luft- und Artillerieangriffen um die Leben ihrer Soldaten zu schonen.

Dennoch ist es Heinrich zugute zu halten, dass er in den letzten Kriegstagen Einsicht zeigte und nicht den sinnlosen Kampf suchte. Die Amerikaner waren einem Sammelsurium von Truppen ohne Panzerfahrzeuge und ausreichend Munition haushoch überlegen. Damit wäre ein völlig sinnloser Blutzoll gezahlt worden. Dennoch begingen einige Hitlerjungen aus dem 5 km entfernten Liptitz diese Dummheit. Nach der Auflösung des Volksturms setzten sie sich ab, um weiter Krieg gegen die Russen zu führen. Sie wurden auf dem Friedhof in Ganzig begraben.

In Oschatz sah die Lage ganz anders aus, denn hier hatten sich der Kreisleiter und Bürgermeister Albrecht mit ein paar anderen Nazi-Fanatikern versammelt. Zu dieser Gruppe gehörte auch die Kreisfrauenschaftsführerin Roemer, eine gute Freundin von Gertrud aus dem be-

nachbarten Wermsdorf. Albrecht wollte unbedingt die Stadt verteidigen. Es wurden Panzersperren errichtet und Schützengräben ausgehoben. Kreisleiter Albrecht löste Panzeralarm aus und befahl die Evakuierung von Frauen und Kindern. Aus Angst verließen Tausende Frauen, Kinder und ältere Bürger die Stadt und kampierten in der Umgebung. Zu dieser Zeit bewegte sich durch Oschatz noch ein weiterer Zug von KZ-Häftlingen.

Am gleichen Tag organisierten Oschatzer Bürger eine Demonstration und forderten beherzt die kampflose Übergabe. Dabei trafen sie auf Albrecht, der zusammen mit VolkssturMLEuten und 15 Panzerfäusten ihnen zurief, dass der Feind aufgehalten werden müsse. Am Nachmittag fand eine weitere Demonstration statt, auf der sich über 200 Menschen - hauptsächlich Frauen - auf dem Marktplatz versammelten. Albrecht war nicht zu sprechen und ein Offizier drohte er werde die Bürgermeister von Wermsdorf und Wurzen wegen deren Übergabe noch zur Rechenschaft ziehen. Die Frauenschaftsführerin Roemer schrie Sätze wie diese in die Menge: *„Macht kein Theater! Denkt und handelt wie Deutsche! Auf ein paar Trümmer mehr kommt es auch nicht mehr an!“*²¹⁹

Gleichzeitig fanden Verhandlungen eines Oschatzer Bürgerkomitees mit den Amerikanern statt. Der Volkssturm wurde zur kampflosen Aufgabe überredet und aufgelöst. Ebenso wurde die geplante Zerstörung der Oschatzer Waagenfabrik von den Arbeitern verhindert. Aber auch Albrecht und seine Nazis hielten sich weder an den Nero-Befehl des Führers noch an ihre eigenen Maximen der verbrannten Erde. Noch in der gleichen Nacht flohen sie, nicht ohne vorher gedroht zu haben die Unterhändler umzulegen. Das schafften sie zwar nicht mehr, sie hatten aber noch genug Zeit, um alle kompromittierenden Nazi-Dokumente zu verbrennen. Am 27. April wurde Oschatz kampflos an die Amerikaner übergeben. Deshalb ist der schöne Marktplatz der Nachwelt erhalten geblieben.

Enteignung und Flucht

Die Amerikaner waren nur kurz in Oschatz und bald kam das Land Sachsen unter die Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration. Mit dem Zeitpunkt, als im Mai 1945 die ersten Russen auf Wiederoda auftauchten, setzt die Geschichtsschreibung der Familie Sieber wieder ein, die den Zeitraum 1933-45 praktisch ausgespart hatte. Die Erzählungen von Gertrud „Meine Erlebnisse mit den Russen“ wurden von ihrem Enkel Christoph niedergeschrieben. Die Russen waren auf der Suche nach Heinrich, „*der sich, als die Russen im Anmarsch waren, mit einem Fahrrad und einem Rucksack durch den Park in Richtung Westen abgesetzt hatte*“. Er kam zunächst in Thüringen bei Verwandten unter. Er arbeitete dort in einer Gärtnerei bis auch dort die Russen die Herrschaft übernahmen



Abbildung 62: Gertrud Sieber

In den ersten Nachkriegswochen nach 1945 plünderten immer wieder Sowjetsoldaten das Dorf und vergewaltigten dort Frauen. Ein Liptitzer, welcher sich schützend vor seine Frau stellen wollte, wurde erschossen. Auch Gertrud war nun mit ihren Kindern der Willkür der russischen Besatzer ausgeliefert. Es kam zu Plünderungen, Diebstählen, Bedrohungen und das Gutshaus wurde teilweise verwüstet, nachdem es für eine Woche als Lazarett genutzt worden war. Die Russen kamen oft nachts und suchten nach Heinrich. Besonders die Frauen lebten häufig unter der Angst vor Vergewaltigungen und mussten sich häufig verstecken. Dennoch wurde die Familie von Vergewaltigungen verschont.

Am 3. Juli wurde Gertrud in Untersuchungshaft genommen und von einem russischen Offizier verhört, der nach dem Verbleib ihres Mannes gefragt. „*Mit gutem Gewissen*“ konnte Gertrud jedoch sagen, sie kenne seinen Aufenthaltsort nicht. Als sie den Aufenthaltsort ihres Mannes nicht preisgab, wurde sie inhaftiert. Im Gefängnis traf sie auch ihre alte Freundin, die ehemalige Kreisfrauenschaftsführerin Roemer (s. S. 110) wieder²²⁰, die noch vor kurzem die Verteidigung von Oschatz vorbereitet hatte. Beide waren für vier Wochen in improvisierten Gefängnissen in Oschatz und Erfurt inhaftiert, bis Gertrud entlassen wurde. Glücklicherweise

war ihr neben der Angst, der Ungewissheit und vielen Unannehmlichkeiten nichts Gravierendes passiert.

Heinrich hatte ernsthaft überlegt, sich den Behörden zu stellen, um eine Haftentlassung seiner Frau zu erwirken. Nach Gesprächen mit Verwandten gab er dieses Vorhaben aber auf und setzte sich, um einer Inhaftierung zu entgehen in den Westen ab. Gertrud blieb in Wiederoda, weil sie glaubte den Besitz noch retten zu können. Im August folgte eine weitere Vorladung. Dietrich schreibt in seinen Memoiren²²¹: *"Wir wurden einzeln durch einen Herrn Maier vernommen, der sich anmaßend den seltsamen Titel 'Amtsanwalt' zugelegt hatte. Er verhielt sich überaus gemein und beschimpfte uns mit hässlichen Worten. Er wollte vor allem wissen, 'wo sich der Sieber, der Kriegsverbrecher' aufhalte. Wir hatten uns zum Glück vorher abgesprochen und sagten alle dasselbe. Auf ... [Gertrud] hatte er es besonders abgesehen und beschimpfte sie in unflätiger Weise und warf ihr vor, die Mitarbeiter in Wiederoda schlecht behandelt zu haben – deshalb sei sie auch im Gefängnis gesessen."* Mal abgesehen von der angeblichen Amtsanmaßung (s. Kasten), welchen Ton erwartet Dietrich eigentlich, von einem Staatsanwalt, der einen „Kriegsschuldigen“ sucht? Im Anschluss an das Verhör erfolgte dieses Mal aber keine Verhaftung.

Amtsanwalt

Neben den Staatsanwälten sind Amtsanwälte bei der Staatsanwaltschaft zuständig für die Strafverfolgung von erwachsenen Tätern. Ihr Tätigkeitsgebiet umfasst den überwiegenden Bereich der kleinen und mittleren Kriminalität, die beim Strafrichter der Amtsgerichte angeklagt werden. Sie nehmen Strafanzeigen entgegen, leiten Ermittlungsverfahren, ordnen vorläufige Festnahmen, Beschlagnahmungen, Durchsuchungen an, entscheiden über Anklageerhebung oder Einstellung des Ermittlungsverfahrens und vertreten die Anklage in der Hauptverhandlung.

Diese Ereignisse bewirkten, dass sich die Tochter Ulla in den Westen nach Bensheim an der Bergstraße absetzte. Sohn Ulrich war noch in Kriegsgefangenschaft und Dietrich, der vor kurzem unter großen Strapazen nach Hause gekehrt war, blieb mit Gertrud in Sachsen.

Doch dann folgte das bittersten Kapitel für Heinrich und seine Familie: die Enteignung des Gutes Wiederoda. Die alliierten Siegermächte waren sich darin einig, dass Gutsbesitzer als „Träger des Nationalsozialismus und Militarismus und als Protagonisten des Nationalsozialismus“²²² eingestuft wurden. Auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli 1945 wurde im Rahmen der Entnazifizierung dann auch die Ausschaltung der „Junkerklasse“ aus dem politischen Leben gefordert und hierfür die Enteignung empfohlen.²²³ Während die Westmächte sich mit

der Umsetzung der beschlossenen Bodenreform zurückhielten, wurde in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), die Enteignung schnell per Gesetz vorangetrieben.

Die Verordnung über die landwirtschaftliche Bodenreform²²⁴ vom 10.9.1945 begründete in Artikel 1, Abs.1 die „*Liquidierung des feudal junkerlichen Großgrundbesitzes ... weil diese Herrschaft eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellte und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege ... war*“. In Artikel 2, Abs. 2 wird ausgeführt: „*Folgender Grundbesitz wird entschädigungslos enteignet: a) Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Kriegsschuldigen b) Grundbesitz der Naziführer*“. Erst in Absatz 3 folgen die Bestimmungen für die Enteignung von Großgrundbesitzern, deren Landwirtschaftsfläche größer als 100 ha festgelegt wurde. Keineswegs war also der alleinige Grund für die Enteignung von Wiederoda, dass es sich um Großgrundbesitz handelte, vielmehr war es der erklärte politische Wille der sowjetischen Militäradministration die kriegsschuldigen Nazis zu bestrafen. Heinrich zählte eindeutig aufgrund der Vielzahl seiner Ämter dazu.

Nun begann die Aktion „*Junkerland in Bauernhand*“, bei der es der politischen Führung in der SBZ in erster Linie um die Ausrottung der Reaktion ging. Darüber hinaus sollten Flüchtlingen und Umsiedlern aus den ehemals deutschen Gebieten Siedlungsland zur Verfügung gestellt werden.²²⁵ In Sachsen über 2.000 Wirtschaften enteignet und das Land an mehr als 40.000 Landarbeiter, landlose Bauern, Vertriebenen und an mehr als 50.000 Kleinpächter, Industriearbeiter und Angestellte verteilt. 43% der Neubauernstellen waren Vertriebene, die angesichts ihrer eigenen Besitzverluste die Umverteilung als durchaus gerecht empfanden.²²⁶

Im Oktober 1945 wurden die Familiengüter Wiederoda und Cannewitz entschädigungslos enteignet und der Familie eine Enteignungsurkunde zugestellt, mit dem Hinweis, dass sie den Landkreis verlassen müssten. Unter die Enteignung fielen nicht nur das Land, das Herrenhaus und das Inventar, sondern auch die Aktien, Sparbücher und persönliche Gegenstände. Obwohl ein Rundschreiben des Vizepräsidenten der Landesverwaltung²²⁷ verfügte, dass Wohnungseinrichtungen, Kleidung, Wäsche und Gegenstände persönlicher Art mitgenommen werden dürften, wurde dieses offensichtlich in der Praxis nicht umgesetzt. Dietrich schreibt dazu in seinen Memoiren²²⁸: „*Im Rahmen der Bodenreform wurde der gesamte Besitz enteignet: Immobilien, Aktien und persönliche Habe; selbst die Sparbücher von uns Kindern waren gesperrt. Wir hatten auch keine Möglichkeit, Gegenstände zu holen, soweit sie nicht von den Russen mitgenommen worden waren. Beim Betreten des Heimatkreises hätten wir noch nach Jahren eine sofortige Verhaftung befürchten müssen. Mühsam wurden von unseren Verwandten einige Sachen per Post geschickt.*“

Am Tag nach der Enteignung wurde Gertrud wieder von Amtsanwalt Maier vorgeladen, der ihr vorwarf, sie habe Mitarbeiter des Hofes ständig gedemütigt und schlecht behandelt. Unter Bewachung durch das Komitee Freies Deutschland wurde die Restfamilie deportiert. Sammelstelle für die Großgrundbesitzer, aber auch der Pächter großer Güter war Schloss Colditz, auf dem im Krieg englische Offiziere inhaftiert worden waren. Am 10. November wurden die Gefangenen nach einem von Dietrich als Spießrutenlauf empfundenen Marsch „*wie Verbrecher*“ zum Bahnhof eskortiert und in ungereinigte Viehwaggons verladen. Für Alte und Behinderte gab es Strohlager, die anderen schliefen auf dem blanken Boden. Die hygienischen Bedingungen waren sehr schlecht und Nahrung gab es nur selten. Die Fahrt nach Stralsund dauerte acht Tage und dann kam ein 25 km langer Gepäckmarsch über den teilweise zerstörten Damm nach Rügen. Dieses war besonders beschwerlich, weil die Großmutter, die nach einem Schlaganfall gelähmt war, in einem Rollstuhl geschoben werden musste. Gertrud und Dietrich wurden in Rügen in einem Lager untergebracht, das zu Kriegszeiten von Marinehelferinnen genutzt worden war. Die Internierten mussten unter Bewachung eines Aufsehers mit Gewehr Kartoffeln und Rüben ernten²²⁹.

Nach vier Wochen der Unsicherheit wurde die Flucht geplant. Dietrich schummelte sich über den Rügendamm an den Wachen vorbei und organisierte für "*viel Geld*" ein Boot, das die inhaftierte Familie nach Stralsund bringen könnte. Dietrich schildert²³⁰: „*In tiefer Nacht marschierte ich mit zwei hintereinander gebundenen »Bollerwagen« zum Fischereihafen. Es war sicher ein Wunder, dass mich zu dieser Stunde niemand aufhielt. ... Aber es hatte gleich Schwierigkeiten gegeben bei der Abfahrt, weil der Pferdewagen erst in letzter Minute ankam, als das Boot schon die Leinen los gemacht hatte. Unter größter Anstrengung hatte man die gebrechlichen Alten über eine Strickleiter aufs Boot bekommen. Alle mussten unter Deck, Großmutter konnte da nicht hin und blieb, als Ware verpackt, an Deck. Es war sehr kalt bei der Überfahrt, zum Glück war keine Brandung und es fanden unterwegs keine üblichen Kontrollen statt. Das Aussteigen im Hafen erwies sich als äußerst schwierig, da das Kainiveau viel zu hoch war für das kleine Boot; vereint hoben wir die alten Damen nach oben und setzten sie in die Handwagen.*“

Da an eine Rückkehr nach Sachsen nicht zu denken war, setzte sich die restliche Familie nach Bensheim (Hessen) zur Schwester Ulla ab. Auch Heinrich war in den Westen nach Zwingenberg a. d. Bergstraße geflohen, wo die westlichen Alliierten die Kontrolle hatten. Dennoch befürchtete er auch hier inhaftiert zu werden, denn er war unter falschem Namen untergetaucht. Da ein polizeilicher Haftbefehl aus Sachsen gegen ihn vorlag, befürchtete er an die

russischen Behörden ausgeliefert zu werden. Damit war Heinrich nicht allein: Etwa eine Millionen Deutschen tauchten nach dem Krieg mit falschen Namen unter.

Heinrich besorgte sich Arbeit in auf einem Bauernhof in der Nähe des Harzes. Er war als Tagelöhner auf dem Gut des Freiherrn Münchhausen in Groß-Vahlberg bei Braunschweig beschäftigt. Was für ein Abstieg vom Gutsbesitzer zum Tagelöhner! Die Familie durfte ihn nicht besuchen und auch in Bensheim tauchte er nur heimlich des Nachts auf.



Abbildung 63: Heinrichs-Grab in Tegernsee

Da Heinrichs Sohn Ulrich noch nicht aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt war, feierte er 1945 mit dem Rest seiner Familie Weihnachten. Zu diesem Anlass wurde eine Ente gegessen, die Dietrich noch von dem Gutsverwalter erhalten hatte. Ein vergleichsweise reichhaltiges Weihnachtsessen im Hungerwinter 1945!

Im Sommer 1946 wurde Heinrich schwer krank und lag in einem Krankenhaus in Braunschweig, wo ihn Gertrud noch heimlich besuchen konnte. Am 31.8.1946 starb er in einem Braunschweiger Krankenhaus an den Folgen einer Lungenentzündung. Er wurde eingeäschert und die Urne auf dem Tegernseer Friedhof beigesetzt.

Die restliche Familie blieb noch vier Jahre in Bensheim. Ulrich, der mehrfach im Krieg verwundet worden war, kam 1948 aus russischer Kriegsgefangenschaft wieder, wo er in einem sibirischen Bergwerk gearbeitet hatte. Im November 1949 zog Gertrud nach Rottach-Egern um, wo die Familie noch ein Haus besaß, das sie nun als Ferienpension umfunktionierte. Sie lebte dort bis zu Ihrem Tod am 28. September 1996 und liegt neben ihrem Mann auf dem Friedhof begraben.

Das Herrenhaus in Wiederoda wurde von der Roten Armee bis 1946 besetzt²³¹. Ein Beschluss der Landesbodenkommission verfügt die Beschlagnahme des Inventars²³² und nach einem Übereignungsbeschluss²³³ der Landesbodenkommission fiel das Herrenhaus an den Landkreis Oschatz, der es als TBC Heim nutzte. In einem Schreiben des Landrates²³⁴ wird erklärt, dass das Gut Wiederoda restlos unter Neubauern aufgeteilt sei, wobei jeder Sieder 5 ha Land erhielt. In einer handschriftliche Liste²³⁵ aus dem Jahre 1947 wird die Anzahl der Siedler auf Wiederoda mit 131 Personen und 72 Umsiedler angegeben. Dietrich beziffert die Zahl der Neubauern dagegen mit 25, von denen fünf Bauern später im Jahr 1953 in der DDR eine Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft gründeten.

Nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1991 wurden die ehemaligen Siedler und deren Erben zu Besitzern erklärt. Der Staat übernahm 93 ha Land. Das ehemalige Herrenhaus, das sich nun im Besitz des Landkreises Torgau befand, wurde 1992/93 renoviert und darin eine Sonderschule eingerichtet. Heute gehört das Herrenhaus Herrn Kraft von Wedel, einem Alpaka-Züchter. Die Mehrzahl der einst landwirtschaftlich genutzten Nebengebäude ist ruinös und verfallen.



Abbildung 64: Rittergut Wiederoda im Jahr 2011

Siegerjustiz oder gerechte Strafe?

Wie die bisherigen Kapitel belegen, war Heinrich ein hoher Repräsentant einer Diktatur, die unsägliches Leid und Elend über Europa verbreitet hat. *„Am Ende des Dritten Reiches befanden sich acht Millionen Deutsche als Kriegsgefangene im Gewahrsam der Sieger des Zweiten Weltkriegs. Die letzten kehrten erst 1956 aus sibirischen Lagern zurück. Mindestens 13 Millionen Menschen hatten durch Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, nicht durch Kriegshandlungen, ihr Leben verloren, unter ihnen Millionen Juden, mehr als drei Millionen sowjetische Kriegsgefangenen, mindestens 2,5 Millionen Polen, hunderttausende Zwangsarbeiter viele andere wie Sinti und Roma Jugoslawen und Niederländer, Norweger und Griechen und Angehörige fast aller anderen europäischen Nationen. Mehr als 17 Millionen gefallene Soldaten auf alliierter, über vier Millionen auf deutscher Seite gehören zur Bilanz des Dritten Reiches. Viele Millionen verloren ihre Heimat in den deutschen Ostgebieten, Flucht und Vertreibung forderten außerdem Todesopfer in Millionenhöhe. Insgesamt sind weit über 50 Millionen Tote das Ergebnis nationalsozialistischer Herrschaft in Europa.“* (Benz 2000, S. 264)

Sebastian Haffner²³⁶ über seine persönlichen Eindrücke der Nazidiktatur:

„Die Geschichte, die hier erzählt werden soll, hat zum Gegenstand eine Art von Duell. Es ist ein Duell zwischen zwei sehr ungleichen Gegnern: einem überaus mächtigen, starken und rücksichtslosen Staat, und einem kleinen, anonymen, unbekanntem Privatmann. Dies Duell spielt sich nicht auf dem Felde ab, das man gemeinhin als das Feld der Politik betrachtet; der Privatmann ist keineswegs ein Politiker, noch weniger ein Verschwörer, ein ‚Staatsfeind‘. Er befindet sich die ganze Zeit über durchaus in der Defensive. Er will nichts weiter, als das bewahren, was er, schlecht und recht, als seine eigene Persönlichkeit, sein eigenes Leben und seine private Ehre betrachtet. Dies alles wird von dem Staat, in dem er lebt und mit dem er es zu tun hat, ständig angegriffen, mit äußerst brutalen, wenn auch etwas plumpen Mitteln.

Unter furchtbaren Drohungen verlangt dieser Staat von diesem Privatmann, dass er seine Freunde aufgibt, seine Freundinnen verlässt, seine Gesinnungen ablegt, vorgeschriebene Gesinnungen annimmt, anders grüßt als er es gewohnt ist, anders isst und trinkt als er es liebt, seine Freizeit für Beschäftigungen verwendet, die er verabscheut, seine Person für Abenteuer zur Verfügung stellt, die er ablehnt, seine Vergangenheit und sein Ich verleugnet, und vor allem für alles dies ständig äußerste Begeisterung und Dankbarkeit an den Tag legt.“

Wie groß ist die Mitschuld Heinrichs und seiner Frau Gertrud an dieser Katastrophe? Zu dieser Frage gab es insgesamt vier Entscheidungen von Gerichten:

1. Ein Enteignungsverfahren der Sowjetischen Militäradministration,
2. ein Spruchkammerverfahren von 1947/48 für Gertrud,
3. ein Hauptkammerverfahren zur Übertragung von Eigentum 1952 und
4. ein Gerichtsverfahren zur Rückübertragung von Eigentum 2013.

Leider gibt es keine Unterlagen über das Enteignungsverfahren durch die sowjetische Militäradministration. Wie ein Schreiben des Sächsischen Landeskriminalamtes vom Januar 1946 belegt, wurde Heinrich steckbrieflich gesucht. Ihm wird vorgeworfen ein „Kriegsschuldiger“ zu sein. De jure waren Kriegsschuldige *„alle Faschisten und ihre Mithelfer, die in Deutschland unter Hitler führende Kommandostellen in der Armee inne hatten oder führende Staatsbeamte waren, angefangen mit der Stellung eines Landrats und Kreisbauernführers bis hin zu den sogenannten Wirtschaftsführern und insbesondere die Mitglieder ... des Reichstages...“*²³⁷. Heinrich wurde quasi dreifach aufgrund seiner Tätigkeiten als Reichstagsabgeordneter, als SA-Führer und als Kreisbauernführer als Kriegsverbrecher eingestuft. Die harte Strafe für Heinrich war die entschädigungslose Enteignung und die Verbannung aus dem Kreis Oschatz.

In einem Entnazifizierungsverfahren wurde Gertrud 1947/48 von einer Spruchkammer als *„Mitläuferin“* klassifiziert und musste zur Strafe soziale Dienste leisten. Derartige Urteile wurden in Spruchkammern gefällt, die von Historikern²³⁸ als *„Mitläuferfabriken“* bezeichnet wurden. Viele Menschen brachten zu ihrer Entlastung sog. *„Persilscheine“* von Zeugen mit, wobei das Bezeugen der Unschuld nicht selten ein Geschäft auf Gegenseitigkeit war.

1952 fand in der Hauptkammer München ein Verfahren²³⁹ zu Heinrichs Rolle in der NS Diktatur statt, dass oben schon Erwähnung fand. Anlass war die Übertragung von Heinrichs Nachlass, insbesondere das Haus in Rottach-Egern an seine Witwe Gertrud. Zu dem Verfahren wurden 10 eidesstattliche Erklärungen abgegeben, darunter von dem ehemaligen Gutsverwalter, von dem Nachkommen einer Adelsfamilie, von einem Doktor Regierungsdirektor, einem Oberregierungsrat und Gertrud selbst. Natürlich waren diese Aussagen von Gertrud für das Gericht so zusammengestellt, dass sie Heinrich entlasteten. Die drei wesentlichen Argumente zur Verteidigung Heinrichs waren:

1. Heinrichs sei während der Wahlkämpfe als Gauredner eher moderat aufgetreten und fachliche Themen hätten im Vordergrund gestanden. Bei seiner Tätigkeit als SA Reiterführer hielt er sich *„im Gegensatz zu anderen SA Führern ... von politischen Propaganda Reden völlig zurück“*²⁴⁰.

2. Heinrichs Rückzug aus fast allen Ämtern im Jahre 1935 (s.S.80) ließe darauf schließen, dass er seine politischen Ziele, die vor allem der Förderung des Bauerntums galten, nicht umsetzen konnte. Mehrere Zeugen berichteten über Konflikte mit der NSDAP Führung.
3. Heinrich sei „*passionierter Reiter*“ und „*Pferdeliebhaber*“ gewesen und habe sich nach der Niederlegung seiner Ämter ausschließlich der Förderung des Pferdesportes gewidmet. In der Reiter SA habe er „*keine Befehlsgewalt und auch keinen Stab*“ gehabt, sondern eher eine fachliche Rolle übernommen, bei der im Vordergrund die „*Reitausbildung und der Unterricht in der Pferdepflege [stand], sodass demgegenüber eine sogenannte politische Erziehung durchaus zurücktrat*“. Politisch habe „*sich die Reiter SA in Sachsen nie betätigt*“.²⁴¹

Eine differenzierte Einschätzung leistete der Zeuge Dr Claus Jani, ein Vetter 2. Grades und Freund der Familie: „*Sieber, der agrarpolitisch recht interessiert war, glaubte zunächst die landwirtschaftlichen Interessen in ... [der Landvolk] Partei in besonderem Masse in Verbindung mit Sozialfragen wahrnehmen zu können. Er erkannte aber alsbald, dass die Kraft dieser Partei nicht ausreichte, seinen Gedanken gerecht zu werden. Sehr ideal veranlagt und nicht ohne Temperament glaubte er in der aufkommenden NSDAP ... den Weg zu sehen, der aus Parteikämpfen herausführe und zur sozialen Befriedung verhelfe. Fragen der Innenpolitik fremd gegenüber stehend und mit den führenden Persönlichkeiten der NSDAP auch nicht bekannt, wechselte er noch vor der Machtübernahme zur NSDAP über.*“

Die Zeugenaussagen verschweigen jedoch, dass Heinrich sein Amt als Vorsitzender des Bezirkstags Oschatz bis 1938 behielt und auch das Mandat als Reichstagsabgeordneter bis Kriegsende nicht niederlegte. Claus Jani begründete dieses Verhalten folgendermaßen: „*Nach meiner Überzeugung gehörte Sieber zu den aktiven Elementen des 3. Reiches, die allein aus Idealismus sich der NSDAP angeschlossen haben und für die die einmal eingegangene Bindung so verpflichtend war, dass sie aus der Sackgasse in die sie geraten waren, nicht mehr und umso weniger herausfanden, als ihre politische Sichtweite schon rein beruflich beengt war. Sieber, in jeder Weise wirtschaftlich unabhängig, gehört so sicher weder zu den Nutzniessern, noch zu den verbrecherischen Elementen der vergangenen Epoche.*“

Die Hauptkammer München entschied am 28.5.1952, dass von der ganzen oder teilweisen Einziehung des Nachlasses abzusehen sei. Interessant ist die Argumentation der Urteilsbegründung: Es sei zu berücksichtigen, dass der Betroffene in seinem Bezirk eine angesehene, vermögende Persönlichkeit gewesen sei und eben durch den Einsatz dieses seines persönli-

chen Ansehens wesentlich, insbesondere zur Begründung der NS-Gewaltherrschaft beigetragen habe. Gerade vor 1933 sei es für die NSDAP von außerordentlicher Bedeutung gewesen, Leute wie den Betroffenen aktiv auf ihrer Seite zu haben, um so die Bedenken, die in weiten Kreisen der Bevölkerung, namentlich in bäuerlichen Kreisen, gegen die NSDAP bestanden hätten, zerstreuen zu können. Obwohl Heinrich zu Lebzeiten aufgrund seiner Tätigkeit als Gauredner als „*Hauptschuldiger*“ einzustufen gewesen wäre, wurde er aufgrund der positiven Zeugenaussagen als „*Minderbelasteter*“ eingestuft und von einer Einziehung seines Vermögens abgesehen.

Ein weiteres Verfahren wurde nach dem Fall der Mauer von Heinrichs Sohn Dietrich eingeleitet, der „*vermögensrechtliche Ansprüche an dem Rittergut Wiederoda an sowie an Kontoguthaben und Geschäftsanteilen, ferner ... hinsichtlich des Rittergutes Cannewitz [und] an Grundstücken in Ronneburg*“²⁴² anmeldete. Nach mehreren Verwaltungsentscheidungen und Einsprüchen Dietrichs dagegen wies das Verwaltungsgericht Leipzig im Jahr 2013 die Klage mit der Begründung, dass Heinrich „*dem nationalsozialistischen System erheblich Vorschub geleistet*“ habe ab. Er hätte „*mit einer gewissen Stetigkeit Handlungen vorgenommen..., die dazu geeignet waren, die Bedingungen für die Errichtung, die Entwicklung oder die Ausbreitung des nationalsozialistischen System zu verbessern oder Widerstand gegen dieses System zu unterdrücken*“. Heinrich habe bereits in der Phase der Errichtung, und nicht erst nach der Etablierung des Systems dem Nationalsozialismus erheblich Vorschub geleistet. Als wesentliche Indizien wurden seine Tätigkeiten als Gauredner, als Mitglied des Reichstages, als hoher SA Führer und seine Teilnahme an einem Lehrgang der Reichsführerschule (s. S.93) gewertet.

Neben diesen juristischen Gründen, soll die Schuldfrage anhand ethischer und politischer Kriterien bewertet werden. Beispielsweise war dem Gericht fast nichts über Heinrichs politische Tätigkeit bekannt. Heinrich hat in seiner Funktion als Reichstagsabgeordneter systematisch auf die Machtübernahme der Nazis hingearbeitet. Er ließ sich nicht von seinen liberaleren Parteikollegen im Landvolk beeinflussen sondern verlangte von Anfang an einen „*scharfen Rechtskurs*“ der Regierung. Als Abgeordneter wechselte er vom Landvolk zu den Nazis über, ohne sein Mandat, wie vorher vereinbart, abzugeben. Schon 1931 trat er in die NSDAP ein. Hand in Hand mit den Nazis unternahm er alles, um die Arbeit des Parlamentes zu sabotieren, es lächerlich zu machen und schließlich zu Fall zu bringen. Dabei schreckten ihn auch nicht brutale Aktionen der Nazis im Reichstag ab. Er hatte sich neue Parteiliebe bei den Nazis ausgesucht, die pöbelnd den Reichstag störten und auch ab und zu einer Schlägerei nicht ab-

geneigt waren. Er hatte tatkräftig daran mitgewirkt, dass die erste deutsche Demokratie zu Ende ging.

Heinrich führte mit viel Energie Wahlkämpfe für die NSDAP in Oschatz, die erheblich zu den Wahlerfolgen der Nazis im Land- und Stadtkreis beitrugen. Als er schließlich sein Ziel erreicht hatte und Hitler zum Reichskanzler ernannt worden war, stimmte er in der entscheidenden Sitzung für das Ermächtigungsgesetz, das Hitlers Diktatur erst möglich machte. Damit stehe er im Gegensatz zu Joseph Felder (s. S. 58), der aus heutiger Sicht ein Held der deutschen Geschichte ist.

Später hatte das Parlament keine Bedeutung mehr. Heinrich hatte aber genug Gelegenheit in seiner Rolle als Reichstagsabgeordneter für Hitlers Politik zu applaudieren. Unter seinem Jubel hielt Hitler Schmähreden auf die Opposition und das Ausland, verabschiedete rassistische Gesetze und Todesurteile, verkündete militärische Okkupationen und Kriegserklärungen. Wenn ihm der ritualisierte Applaus nicht gefallen hätte, so hätte er durchaus sein Mandat zurückgeben können. Aber war er auch von Hitlers Reden begeistert und stolz darauf, in der Nähe des Führers zu sein, mit Nazigrößen wie Himmler, Bormann, Freisler, Göring, Goebbels, Heß und Heydrich gemeinsam im Parlament zu sitzen und dabei zu sein, wenn Geschichte gemacht wird? Die Abgeordneten genossen höchstes Ansehen in der Nazigesellschaft und hatten darüber hinaus noch Immunität.

Unklar bleibt die Rolle, die Heinrich nach 1941 spielte. Die SA-Reitausbildung wurde eingestellt und Heinrich an die Ostfront abkommandiert. Oft war dieser Befehl ein relativ sicheres Todesurteil für den Betroffenen. War Heinrich in Ungnade gefallen, weil er sich von der NSDAP distanziert hatte und nicht mehr politisch betätigte, wie sein Sohn Dietrich behauptet? Diese These kann widerlegt werden, denn Heinrich war auch noch 1942 Abgeordneter im Reichstag und wurde 1943 noch zum SA-Brigadeführer befördert. Wahrscheinlich ist, dass Heinrich automatisch als Reservist eingezogen wurde, weil er keine Aufgabe mehr an der Heimatfront hatte. Entweder war 1941 sein Einfluss in der NSDAP zu gering, dass er seine Rekrutierung hätte verhindern können, oder er wollte sogar in den Krieg ziehen.

**Sieber, Karl Heinrich, SA-Standartenführer, Bauer
Wiederoda über Oschatz, 7 Wermisdorf 6
Wfr. 29 (Leipzig)**

Abbildung 65: Abgeordnetenliste für die Sitzung am 26.4.1942

Auf nationaler Ebene war Heinrich sicherlich kein großes Licht. Aber immerhin wurde sein Lebenslauf im „*Führerlexikon*²⁴³“ aufgeführt, das insgesamt 1.700 Biographien enthielt. Unter den genannten Personen hatte Heinrich aber viele Parteigenossen aus Sachsen, wie z.B. den Gauleiter Mutschmann, den Goebbels als „*ordentlichen brutalen Führer*“ bezeichnete und der als Kriegsverbrecher hingerichtet wurde oder den Landesbauernführer Körner, der in der Verbrecherorganisation Rasse- und Siedlungshauptamt der SS arbeitete und an der die massenhafte Vernichtung von Juden in Polen und der Ukraine organisierte. Diese Genossen hatten wesentlich größeren Einfluss als Heinrich. Sein Parteifreund v. Sybel, mit dem er 1931 gemeinsam das Landvolk verließ, führte im Dezember 1932 mit Hindenburg eine Unterredung, die letztlich die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zur Folge hatte. Heinrichs direkte Bekanntschaft war also beteiligt an der Machtergreifung.

Auf Kreisebene hatte Heinrich dagegen eine viel größere Bedeutung: Er war

- landwirtschaftlicher Kreissachbearbeiter der NSDAP (1931-1936),
- Landeshauptabteilungsleiter der Landesbauernschaft Sachsen (1933-1934),
- Vorsitzender des Ehrenrates der Landesbauernschaft,
- Kreisbauernführer (1933-36) und später Altkreisbauernführer (1938),
- Vorsitzender des Bezirkstags Oschatz (1933-1938),
- Mitglied des Sächsischen Gemeindetags (seit 1933), und
- Mitglied der Sächsischen Landessynode (seit 1933).

Interessant an dieser Ämterhäufung ist, dass Heinrich fast alle Ämter kurz nach der Machtübernahme Hitlers im Jahr 1933 erhielt. Er hatte mit seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz seine private Machtergreifung auf Kreisebene legalisiert. Im Kreis Oschatz gab es nur vier große Nazis, zu denen Heinrich²⁴⁴ zählte. Zu seinen Parteigenossen gehörten Kreisleiter Papsdorf, der das KZ Pappenheim mit Gefangenen füllte, sein Nachfolger Groine und später Kreisleiter Kreisleiter Albrecht, der in den letzten Kriegstagen Oschatz noch in Schutt und Asche legen wollte.

Zu Heinrichs Entlastung muss erwähnt werden, dass er ab 1935 seine Ämter in Oschatz niederlegte, jedoch sein Reichstagsmandat bis zum Kriegsende behielt. Offiziell wurde ersteres mit Überlastung Heinrichs begründet, aber die Zeugenaussagen aus dem Jahr 1952 schildern, dass er erhebliche Konflikte mit der NSDAP Führung hatte. Ging es dabei darum, dass Heinrich seine politischen Ziele für die Landwirtschaft nicht durchsetzen konnte? Oder störte ihn die massive Verletzung der Menschenrechte durch die Nazis?

Heinrichs Rolle bei der SA ist besonders zu würdigen, weil er seit 1936 vornehmlich für die Reiter-SA tätig war. Dieses wurde von seinem Dietrich Sohn und vielen Zeugen mit seinem Engagement für die Reiterei begründet. Obwohl die Reitvereine ab 1933 zwangsweise der SA zugeordnet wurden, war Heinrich schon einen Tag nach der Ernennung Hitlers zum Reichkanzler zur SA gewechselt. Keineswegs schreckte Heinrich vor den grausamen Taten der SA vor 1933 und bei der sog. „Machtergreifung“ in Oschatz zurück. Es kann davon ausgegangen werden, dass er an den Säuberungen und Inhaftierungen wenn nicht direkt beteiligt, so doch darüber informiert war.

Trotz seiner Konflikte mit der NSDAP Führung machte Heinrich eine steile Karriere bei der SA, die belegt, dass er die richtigen Freunde hatte und die entsprechende Gesinnung vertrat, die einer paramilitärischen Nazi-Organisation entsprach. Der außerordentlich hohe Dienstgrad als Brigadeführer und Landesreiterführer macht Heinrichs Bedeutung bei der SA deutlich. Es gab es nur noch drei Ränge, einschließlich dem des SA-Führers, die höher waren. Die Zeugenaussage von 1952, dass Heinrich keine Befehlsgewalt in der SA gehabt hätte, wurde 2013 vom Gericht als „abwegig“ verworfen, zumal er Dienstaufsichtspflichten für ganz Sachsen gehabt hätte.

Heinrichs Aufgabe in der Reiter SA war es, Soldaten für die Kavallerie zu trainieren. Schon ab 1935 war Heinrich damit aktiv an der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges beteiligt. In seiner Reitschule wurden aber auch SS Reiter ausgebildet, die später im Krieg maßgeblich am Holocaust beteiligt waren.

In seine Funktion als Ausbilder bei der SA hatte Heinrich ein stattliches Einkommen. Ab 1936 belief sich sein Grundgehalt, ohne Zuschläge, auf jährlich 12.600 Reichsmark (RM) und 16.000 RM ab 1943. Das entsprach dem 10- bis 13-fachen Gehalt eines Facharbeiters. Zum Vergleich: ein Hanomag Kleinwagen kostete 2.550 RM, den VW Käfer gab es - zwar nur für wenige Kunden - schon ab 1.000 RM.

Es ist bekannt, dass sich Hitler mit Geldgeschenken²⁴⁵ die Treue seiner Eliten erkaufte. Sicherlich zählen die Diäten der Reichstagsabgeordneten auch zu diesen Geschenken. Obwohl der Reichstag entmachtet worden war und sich nur sporadisch traf, wurden die hohen Diäten weiter ausgezahlt. Heinrich nahm insgesamt an 20 Sitzungen des Reichstages zwischen 1933 und 1945 teil. Die Abgeordnetendiäten beliefen sich auf monatlich 600 Reichsmark, von denen 10% an die Partei abgeführt werden mussten. Zum Vergleich, ein verheirateter evangelischer Pfarrer erhielt im Monat 320 RM und ein schwerverwundeter Offizier 370 RM²⁴⁶. Heinrich verdiente daher 6.480 RM jährlich und von 1933 bis 1945 die Summe von 77.760 RM.

Die Unterlagen der Oschatzer NSDAP Kreisleitung²⁴⁷ belegen, dass für „zuverlässige“ Parteimitglieder ein Steuererlass erwirkt wurde. Dafür wurde eigens ein Fragebogen erstellt. Ob Heinrich auch seine Steuern erlassen bekam ist nicht bekannt. Über diese Leistungen hinaus hatte Heinrich in seiner Funktion als Reichstagsabgeordneter freie Fahrt auf allen deutschen und später auch den österreichischen Eisenbahnen.

Sicher waren die materiellen Vorteile nicht die Hauptursache für Heinrichs Engagement bei den Nationalsozialisten. Nach der Zeugenaussage von Claus Jani standen idealistische Gründe bei Heinrich im Vordergrund. Sein Engagement bei der Landvolkpartei und seine späteren Tätigkeiten in Oschatz legen nahe, dass Heinrichs Ziele zur Verbesserung der Lage der Bauern seine wesentliche Motivation war sich politisch zu betätigen.

Nahm er dabei auch eine Haltung an, wie sie in rechtsnationalen Kreisen damals durchaus üblich war? Diese ist gekennzeichnet durch *„das Erbarmungslose, Rechthaberische, die besessene Überzeugtheit von der eigenen Meinung, die hochfahrende Kompromissverachtung, das ritualisierte Herrenmenschentum, die schneidige Eindeutschung von Empfindsamkeit und Verzweiflung ...“*²⁴⁸? Heinrich kann zugutegehalten werden, dass seine Wahlkampfreden eher fachlich geprägt waren und nur wenige nationalsozialistische Kampfbegriffe enthielten. Er war zwar davon überzeugt das Richtige zu tun, aber trotz seiner anfänglichen politischen Radikalität äußerte er sich weniger fanatisch als viele andere Nazis.

Heinrich selbst äußerte in einem Gespräch mit Dietrich kurz nach dem Krieg eine *„gewisse Mitschuld am Aufstieg Hitlers, den er voll kommen in seinen Zielen verkannt habe“*²⁴⁹. Damit unterschied er sich von seiner Frau, die bis an ihr Lebensende keine deutlichen Zeichen von Einsicht zeigte. Wie konnte er *„Hitler in seinen Zielen verkennen“*, der diese sehr konkret in *„Mein Kampf“* beschrieben hatte? Während dieses Gesprächs mit Dietrich versuchte Heinrich sich zu rechtfertigen. *„Nach dem Sieg der NSDAP sah er die einzige Möglichkeit, die Belange der Landwirtschaft wie bisher zu vertreten, dass er Mitglied der NSDAP wurde und weiter als Abgeordneter im Reichstag verblieb.“* Für ihn hatten die Belange der Landwirtschaft höhere Priorität hatten als die Ablehnung einer brutalen Diktatur. Darüber hinaus täuschte er seinen Sohn und seine Nachwelt, weil er ja schon 1931 zu den Nazis gewechselt war. Genau deshalb kann Heinrich auf keinen Fall nur als Mitläufer eingestuft werden. Im Gegenteil, er hat alles im Rahmen seiner Möglichkeiten alles getan, um Hitler an die Macht zu bringen, die Diktatur der Nazis zu festigen und den zweiten Weltkrieg vorzubereiten. Er war kein Mitläufer, sondern Vorreiter Hitlers.

Schuldbegriff nach Carl Jaspers

Der Philosoph Carl Jaspers unterscheidet vier Schuldbegriffe: (1) Die kriminelle Schuld von Verbrechern, die gegen Gesetze verstoßen haben; (2) die politische Schuld der Bürger, die sich allein durch ihre Staatsbürgerschaft definiert; (3) die moralische Verantwortung des Einzelnen für seine Handlungen unabhängig ob diese befohlen waren oder nicht; und (4) die metaphysische Schuld, die aus zwischenmenschlicher Solidarität erwächst.

Im Sinne von Carl Jaspers ist Heinrich mindestens politisch (2) und moralisch (3) schuldig. War er aber auch metaphysisch (4) schuldig oder sogar ein Krimineller (1)? Zu letzterem liegt ein Steckbrief des sächsischen Landeskriminalamtes vom Januar 1946 vor. Aus heutiger Sicht stellen sich viele Fragen. Warum tauchte Heinrich unter falschem Namen unter? Fürchtete er sich vor einer Verfolgung? Was hatte er zu verbergen? Warum nahm er auch im Westen eine falsche Identität an? Alle Alliierten suchten nach den Hauptverantwortlichen des Naziregimes und internierten sie. Nach dem Krieg war es durchaus üblich, dass Nazi-Größen unter falschem Namen untertauchten. Recherchen bei der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg und bei der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes brachten keine Anhaltspunkte für eine kriminelle Straftat Heinrichs.

Heinrich und besonders seine Frau Gertrud musste für ihre Fehler schwer büßen. Die Güter wurden enteignet, die Familie wurde interniert und musste in den Westen fliehen. Heinrich starb allein, relativ jung, unter falschem Namen und er sah seinen ältesten Sohn Ulrich nicht wieder, der erst spät aus der russischen Kriegsgefangenschaft wiederkehrte. Gertrud lebte ohne Mann bis ins hohe Alter und musste den frühen Tod zweier Ihrer Kinder miterleben.

Nachwort: Warum diese Biographie?

Als meine Großmutter Gertrud Sieber, im Alter von 94 Jahren starb kam endlich die Vergangenheit der Familie Sieber zu Tage. Öfters hatte ich sie nach der Nazizeit gefragt und sogar meine damalige Frau Julia, die als Journalistin arbeitet, konnte kaum etwas Wesentliches von Ihr erfahren. Einmal hatten wir sie am Tegernsee besucht und uns zusammen ein Fotoalbum angesehen. Dabei wurde wie so oft über die Familiengüter in Wiederoda und Cannewitz gesprochen, und Gertrud betonte oft dass dieser Familienbesitz von den Sowjets enteignet worden war. Das hätten sie mit allen Großgrundbesitzern in der Ostzone so gemacht. Einmal sahen wir ein Foto des Herrenhauses aus dem eine Vielzahl von Hakenkreuzfahnen hingen. „Das haben ja alle so gemacht“ war Gertruds Antwort. Sie wäre nach dem Krieg von dem Amerikanern als „Mitläuferin“ eingestuft worden und musste soziale Dienste leisten.

Auch Gertruds Erinnerungen gaben zu dem Thema nicht viel her: Hier wurde zwar intensiv das Leben auf dem Gut Wiederoda geschildert, aber die Jahre 1933 bis 1945 blieben ausgeklammert. Was war dort wohl passiert, was sie lieber verschweigen wollte? Detailliert wird dagegen geschildert sie, wie schlecht sich 1945 die russischen Soldaten benahmen, wie sie schließlich auf Rügen interniert wurde und wie dann ihre dramatische Flucht gelang. Auch aus den Kindheitserzählungen meines Vaters, Ulrich Sieber, der schon 1986 starb, konnte ich wenig über die Rolle seiner Eltern erfahren. Vielleicht hatte ich zu wenig gefragt! Anstelle dessen war immer wieder viel von den verlorenen Gütern Wiederoda und Cannewitz die Rede. Als Kind und Jugendlicher hatte mich das eher gelangweilt als mein Interesse zu wecken.

1994 fand die Beerdigung von Gertrud in Rottach-Egern am Tegernsee statt. Der Pfarrer sprach davon dass Gertrud „ein festes Herz“ gehabt hätte - kein „hartes Herz“, sondern sie wäre stark gewesen, weil ihr Mann als Reichstagsabgeordneter oft weg gewesen wäre und sie somit das ganze Gut allein bewirtschaften musste. Gertrud war kaum begraben, da fragte ich meine Mutter welcher Partei er angehört hätte. „Landwirtschaftspartei oder sowas ähnliches“ war die Antwort. Auf der Trauerfeier kam dann nach häufigeren Nachfragen schon etwas mehr heraus. Er war Reichstagsabgeordneter der NSDAP.

Das war genug um meine Neugier richtig zu wecken. Warum ist er der NSDAP beigetreten? Hat er je eine Rede im Reichstag gehalten? Ist er bis zu Ende dabei geblieben? War er in einem Ausschuss tätig? Warum starb er unter fremden Namen? Wurde er vielleicht verurteilt?

Um Antworten auf meine Fragen zu finden besuchte ich das Bundesarchiv in Berlin und die Landesarchive in Leipzig und Dresden. Dabei schaute ich mir mehrere Meter Akten durch, in der Hoffnung, etwas über meinen Großvater zu erfahren. Ich las mir die Reichstagsprotokolle von 1930 bis 1945 durch und fragte bei der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung der NS Verbrechen nach und schaute mir die Jahrgänge 1933 bis 1945 von Tageszeitungen aus Oschatz an. Gespenstisch war es, wenn ich im Oschatzer Stadtarchiv saß und über die Nazi-Aufmärsche und Fackelzüge am Marktplatz las, den ich vom Fenster aus sehen konnte. Erschreckend war es dagegen, ein paar Glatzen (junge Nazis) auf eben diesem Marktplatz zu sehen, die augenscheinlich nichts von der Geschichte gelernt hatten.

Die fanatische Nazitätigkeit von Heinrich und Gertrud führte zur Spaltung der Familie. Heinrichs Bruder Günther war das exakte Gegenteil der beiden. Er hatte Staatswissenschaften in München und Berlin studiert, worin er promovierte und war im ersten Weltkrieg als Krankenwärter im Heer tätig. In den wilden 20er Jahren war er Kunstmaler und Schauspieler. Seit 1930 erlangte er als Schriftsteller mit romantischen Büchern im Stil von Hedwig Courths-Mahler eine größere Popularität. Seine bekanntesten Werke „*Der Wetterwart vom Mont Blanc*“ und „*Kreuzfahrer der Liebe*“ sind aus heutiger Sicht schwülstige und kitschige Trivialromane.

Günther machte lange Reisen mit dem offenen Sportwagen Berlin und durch Europa. Das Berlin der „goldenen Zwanziger“ war geprägt von einer außerordentlich künstlerischen Kreativität und viele Kunstwerke, Romane und Filme aus dieser Zeit sind noch heute von großer Bedeutung. Günther verkehrte viel in internationalen Künstlerkreisen und er war befreundet mit Marlene Dietrich, die ihn auf seinem Rittergut Endschütz besuchte.

Marlene Dietrich

Wurde bekannt durch den Film „Der Blaue Engel“, der sich über den konservativen und autoritären Zeitgeist der Kaiserzeit lustig machte. Während des Nationalsozialismus weigerte sich die Schauspielerin, die NS-Propaganda zu unterstützen. Stattdessen wanderte sie in die USA aus und engagierte sie sich im Zweiten Weltkrieg bei der US-Truppenbetreuung, indem sie Verwundete in Lazaretten besuchte und sich bei Auftritten vor amerikanischen Soldaten bis zur körperlichen Erschöpfung verausgabte. Dafür wurde sie von vielen Deutschen nach dem Krieg gehasst.

Leider geben Günthers Tagebücher wenig Aufschluss über Heinrich, zumal ab 1933 keine Aufzeichnungen mehr vorhanden sind. Günther schrieb im Jahr 1949 auf die letzte Seite eines alten Tagebuches aus dem ca. 50 Seiten entfernt wurden: „*Diese Blätter wurden entfernt, weil*

*ich im III. Reich weder schreiben noch sprechen durfte, was ich erlebte und empfand.“ Mit der Hitler Diktatur blieb auch der berufliche Erfolg Heinrichs aus. Ein aufschlussreicher Eintrag aus seinem Tagebuch vom November 1933 ist erhalten geblieben: „*Allerorten und Allerseits: Überall Misserfolg, Verachtung, Verkennung, ... Vertreibung.*“*

Mit dem ausbleibenden Erfolg bekam Günther zunehmend finanzielle Probleme. Diese wurden noch verstärkt durch seine sprichwörtliche Großzügigkeit. „*Wenn Dr. Sieber Geld hatte, dann konnte er niemanden leiden sehen*“²⁵⁰. Zu Günthers großem Unglück wurde seine erste Ehe 1932 geschieden und er sah sich gezwungen das Gut Endschütz zu verkaufen. Zu Abschied wurde das ganze Dorf eingeladen.

Nach dem Krieg spaltete sich die Familie an der Frage der Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit. Es wird von einem Wiedersehen zwischen Günther, Gertrud und Ulrich in den 50er Jahren berichtet, das aufgrund heftiger Auseinandersetzungen frühzeitig beendet wurde. Günther heiratete erneut und aus der zweiten Ehe stammte seine Tochter Solveig. Er starb 1960, doch die Familie fand sich erst bei der Trauerfeier zu Gertruds Tod im Jahr 1994 wieder zusammen.

Vor der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten waren Günther, Ulrich und Ursula gestorben und Dietrich blieb der einzige Erbe Heinrichs, der seine Kindheit auf den Gütern der Familie verbracht hatte. Dietrich begann sofort sich für die Rückgabe der enteigneten Güter einzusetzen. Die Rechtslage, die eine Rückgabe der Güter ausschließt (s. Kasten), erschwerte allerdings Dietrichs Bemühungen erheblich. Dennoch war er unermüdlich damit beschäftigt, die Güter wieder in den Familienbesitz zu bringen. Er stellt Anträge, forscht in alten Akten, verhandelt mit Rechtsanwälten und schrieb an interessierte Bundestagsabgeordnete. Seinem ersten Antrag wurde 2002 stattgegeben, aber der Verfahren zog nach vier weiteren, sich widersprechenden Bescheiden bis zum Gerichtsentscheid im Jahr 2013 hin.

Entschädigung für Opfer der Bodenreform in Ostdeutschland 1945 bis 1949²⁵¹

Im Zuge der Bodenreform 1945-49 wurden 3,3 Mio. ha Land auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone entschädigungslos enteignet, davon waren ca. 7000 Großgrundbesitzer betroffen. Zwei Drittel des Landes wurde an Vertriebene, Kleinbauern und Landarbeiter verteilt, die damit eine Existenz aufbauen sollten. Der Rest blieb in den Händen des Staates.

Über die Rückgabe der unter sowjetischer Besatzungszeit enteigneten Ländereien wurde im Rahmen des Einigungsvertrages zwischen DDR und BRD verhandelt. Nach langem Hin und Her einigte man sich darauf, dass „*die Enteignungen auf besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) ... nicht mehr rückgängig zu machen*“ seien.

Dessen ungeachtet konnte die Enteignung in vielen Fällen nicht rückgängig gemacht werden, weil auf den Grundstücken neue Gebäude errichtet worden waren oder Land „rechtmäßig“ unter DDR-Gesetzen erworben worden war. Es bestand nur die Option der Entschädigung. Angesichts der enormen finanziellen Belastungen durch den Aufbau Ostdeutschlands, hatte diese zurecht keine Priorität.

Diese Rechtslage wurde durch das Bundesverfassungsgericht am 22.11.2000 bestätigt. Dagegen klagten am 29.1.2004 die Erben ehemaliger Großgrundbesitzer vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (sic!), die sich in ihren Grundrechten beschnitten sahen. Auch diese Klage wurde am 30. März 2005 abgewiesen.

Das Karussell dreht sich weiter, die Alteigentümer wollten sich an die UN-Menschenrechtskommission [sic!] wenden. Auch politisch wird weiter Druck gemacht. Eine FDP Arbeitsgruppe sollte 2009 klären, ob es Möglichkeiten gibt, Grundstücke, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, den Betroffenen zum bevorzugten Erwerb anzubieten“. Auch die Alteigentümer giffen weiter: „staatliche Hehlerei mit geraubten Vermögen“²⁵²

Dietrich verkaufte die Ansprüche der Erben an die Status GmbH, eine Gesellschaft, die auf sog. Factoringgeschäfte spezialisiert war und die Forderungen vor Gericht durchsetzen sollte. In der Urteilsbegründung von 2013 stellte das Gericht fest, dass Dietrich „unvollständige bzw. falsche Angaben“ hinsichtlich der Tätigkeit Heinrichs, insbesondere als Gauredner gemacht habe. Der hingegen beschwerte sich gegenüber der Gesellschaft: „*Die Argumentationen der Richterinnen zeigt mir, dass sie sich in keiner Weise an die damalige Zeit hineingedacht haben. Gerade in Bezug auf die Nachkriegsjahre. Die Frage, ich hätte mit 18 wissen müssen, ob mein Vater 1933 Reden gehalten hat, ist typisch*“²⁵³. Darüber hinaus wären die zivilen Leistung Heinrichs vor Gericht nicht geltend gemacht worden und nennt als Beispiele den Dresdener Pferderennverein. Jetzt bliebe ihm nur der Weg vor den Europäischen Gerichtshof oder

die Menschenrechtskommission in Genf. Die Status GmbH entgegnete, dass die Richterin „*einen sehr guten und objektiven Eindruck gemacht*“ habe und sie auf eine Revision verzichten wolle; in Folge dessen die vorher an die Erben gezahlten Gelder rückerstattet werden sollten. Dietrich verweigert diese Zahlungen und erwägt eine Klage gegen die Status GmbH.

Darüber hinaus führte er auch Klagen gegen die heutigen Besitzer: „*Ein Teil Ackerlandes befindet sich in der Hand von Siedlern oder deren Erben. Hier kommt es immer wieder vor, dass Einsprüche von mir gegen notarielle Verbriefung von Flurstücken mit dubiosen Besitzverhältnissen (nicht in Erstsiedlerhand oder deren Erben) zwar registriert aber letztlich kostenpflichtig zurückgewiesen werden*“. Als im Jahr 1995 der Sohn des ehemaligen Verwalters Host Huhn sechs ha Land von Wiederoda verkauft, das sein Vater im Zuge der Bodenreform erhalten hatte, beschwert sich Dietrich²⁵⁴: „*Da ist was gemauschelt worden. Ich habe aber keinen Einspruch eingelegt. Das kostet nur Geld und bringt nicht viel*“.

Als weitere Maßnahme pachtete er ein Teil des Landes von Cannewitz von der Treuhand, damit er später das Vorkaufsrecht erhalten könne. „*Da ich aus Altersgründen nicht mehr selbst wirtschaften kann, habe ich mit einem jungen Landwirt ... eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts gegründet.*“²⁵⁵ Im Jahr 2002 konnte er endlich das Land 35% unter Marktwert erwerben. Da seine beiden Kinder, die er als Rechtsträger eingesetzt, kein Interesse an der Landwirtschaft hatten, trat er die Vorkaufsoption von Cannewitz an den Pächter ab. In Wiederoda war die Situation anders: Das Herrenhaus wurde zum Verkauf angeboten, das Land war aber nach Dietrichs Einschätzung *voraussichtlich nicht erwerbbar*“. Dennoch stellte er vorsorglich einen Antrag auf Rückerwerb.

Die Frustration über den Misserfolge seiner Bemühungen, die Dietrich als „Aufbauhilfe Ost“²⁵⁶ bezeichnete, zeigt sich auch in seinen Memoiren²⁵⁷ „*Fast zehn Jahre nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, ist dieses ehemalige Eigentum nicht in den Besitz der Erben zurückgegeben worden, weil Staat und Justiz keine Handhabe für eine Restitution gefunden haben. Eine angekündigte Entschädigung ... , die etwa bei drei bis vier Prozent des Marktwertes liegen wird, wurde weder von den Behörden bearbeitet noch ausgezahlt. Der Staat bleibt somit Rechtsträger für den gesamten Besitz. Das ist sicher ein eklatanter Betrug am Eigentumsrecht.*“

Seinen Unmut äußert Dietrich auch in einem Spiegel-Artikel²⁵⁸ in dem von „*Schlampereien der zuständigen Behörden und Kompetenzwirrwarr*“ die Rede ist. Der Artikel zeigt Fotos von Wiederoda und von Dietrich. Der Artikel erwähnt aber auch, dass Dietrich höchstens eine Entschädigungssumme von 15.000 Euro erwarten könne. Dietrich verschweigt darüber hin-

aus, dass die Familie für die Güter schon erhebliche Zahlungen im Rahmen des „Lastenausgleichs“ erhalten hatte. Das Gesetz trat 1952 in Kraft und bis 1982 wurde 115Mrd DM von der Bundesrepublik an Vertriebene und Spätheimkehrer ausgezahlt.

Den ehemaligen Zwangsarbeitern ging es dagegen wesentlich schlechter: Erst nach der Jahrtausendwende erhielten diese von Deutschland eine Entschädigung und da viele schon verstorben waren, wurden nur wenige mit relativ kleinen Summen entschädigt. Für die Zwangsarbeiter, die u.a. auch in Wiederoda beschäftigt waren, machte sich Dietrich nicht stark. Im Gegenteil, er verharmlost ihren Status indem er sie als „Gastarbeiter“ bezeichnet.

Weiterhin beschwert sich Dietrich „*dass die Ungerechtigkeit für die Opfer der Enteignung unter den Teppich gekehrt werden. ... Die Enteignungen waren 1945 grausamen Terror ausgesetzt und mussten in Haft und bei Vertreibung unsägliches Leid erfahren.*“²⁵⁹ Ich frage mich, mit welchen Worten das Leid der Angehörigen des in Oschatz hingerichteten polnischen Zwangsarbeiters oder der Kriegsgefangenen in Zeithain beschrieben werden soll? Und wie soll das Leid der KZ Häftlinge in Pappenheim benannt werden, die in Heinrichs Zuständigkeitsbereich misshandelt und gequält wurden? Wie ist gegenüber Dietrichs Vokabular noch eine Steigerung möglich?



Abbildung 66: Informationsquelle für Dietrich, Logo mit den ehemals deutschen Ostgebieten

In diesem Rahmen ist ebenfalls Dietrichs Interesse für die Familiengeschichte zu werten. Eine Serie von Artikeln in sächsischen Tageszeitungen²⁶⁰ zur Familiengeschichte schildert ausführlich das Leben auf den ehemaligen Familiengütern und verschweigt auch nicht die Besitzansprüche der Familie Sieber. „*Man muss eben jede Gelegenheit ausnutzen, um auf das Unrecht der Enteignung hinzuweisen.*“ Leider klammern die Artikel aber die Jahr 1933 bis 1945 völlig aus. Dietrichs Memoiren²⁶¹ „Von Schafen, Menschen und sonstigen Geschöpfen“ beschäftigen sich auf 248 Seiten vornehmlich mit der Landwirtschaft auf den genannten Familiengütern, widmen aber nur 1 ½ Seiten dem „*Tabuthema*“ Hitler. Dort nimmt er hauptsächlich seinen Vater in Schutz und rechtfertigt den Nationalsozialismus. In dem Buch werden wichtige

Tatsachen verschwiegen und sogar Zitate gefälscht (s. Endnote Nr. 220). Damit betreibt er eine Geschichtsverdrehung, die einer Verharmlosung der Nazidiktatur nahe kommt. Eine kritische Auseinandersetzung mit der Generation der Täter, wie es in Deutschland seit 1968 üblich war, findet bei Dietrich nicht statt.

Im Gegenteil, Dietrich tut alles um die enteigneten Güter doch noch wieder bekommen zu können. *„Ich habe alles probiert, die Sache zu beschleunigen. So wurden von mir für alle Fälle Anträge auf Rehabilitisation meines Vaters, der Mutter und Großmutter gestellt ... Bis jetzt bin ich noch hängengeblieben - aber lasse nicht locker.“*²⁶² Hier versucht Dietrich die Geschichte umzuschreiben, um seinen Vater zu rehabilitieren.

Das systematische Verschweigen oder Verharmlosen der Familiengeschichte und das Verdrehen von historischen Fakten kann ich nicht akzeptieren. Deshalb habe ich diese Biographie Heinrichs geschrieben, auch um meinen Kindern zu ermöglichen aus der Familiengeschichte zu lernen. Heinrichs Geschichte bietet die einzigartige Möglichkeit individuelle Vergangenheit mitzuerleben und diese mit der deutschen Geschichtsschreibung zu verbinden. Heinrich war kein Mitläufer, sondern Vorreiter Hitlers und ist dadurch schuldig geworden. Er und seine Kinder haben dafür gebüßt. Wir und zukünftige Generationen sollten daraus lernen, dass so etwas nie wieder in Deutschland passiert.

Heinrichs Enkel

Niklas Sieber

Stuttgart Mai 2018

Literatur

- Balistier, Thomas (1989): Gewalt und Ordnung, Kalkül und Faszination der SA, Münster.
- Barret, Michael (1977): Soldiers, Sportsmen, and Politicians, Military Sport in Germany 1924-1935, Phd Thesis, Mass.
- Bauerkämper, Arnd (1996): Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone in vergleichender und beziehungsgeschichtlicher Perspektive, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand, Stuttgart.
- Benz, Wolfgang (2000): Geschichte des Dritten Reiches, München
- Bessel, Richard (1984): Political Violence and the Rise of Nazism, The Storm Troopers in Eastern Germany 1925-1934, New Haven & London.
- Bruhn, Wolfgang (1953): Die NSDAP im dt. Reichstag, : Eine Studie zur parlamentarischen Wirksamkeit einer politischen Partei, Dissertation Freie Universität, Berlin.
- Bruhns, Wibke (2004): Meines Vaters Land, München.
- Campbell, Bruce (1993) The SA after the Röhm Purge, Journal of Contemporary History, Vol. 28, S. 659-674
- Carsten, Francis L. (1988): Geschichte der preußischen Junker, Neue Historische Bibliothek 1273, Frankfurt/Main.
- Cullen, Michael (1995): Der Reichstag, Berlin.
- Deutscher Bundestag (1980): Fragen an die deutsche Geschichte, Historische Ausstellung im Reichstagsgebäude in Berlin, 5. erweiterter Auflage, Berlin.
- Drobisch, Klaus und Günther Wieland (1993): System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin.
- Enders, Ulrich (1996): Die Bodenreform in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands 1945-1949, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand, Stuttgart.
- Fahle, Günter (1986): Nazis und Bauern, zur Agrarpolitik des deutschen Faschismus, Köln.
- Fallada, Hans (1999): Bauern, Bonzen, Bomben, Berlin
- Farquharson, J.E. (1976): The plough and the Swastika, The NSDAP Agriculture in Germany 1928-1945. SAGE Studies in 20th Century, Vol.5, London and Beverly Hills.
- Felder, Joseph (2000): Warum ich NEIN sagte, München.
- Fischer, Conan (1983): Stormtroopers, A Social, Economic and Ideological Analysis, Boston Sydney.
- Frank, Claudia (1988): Der " Reichsnährstand" und seine Ursprünge Struktur, Funktion und ideologische Konzeption ,Dissertation, Hamburg
- Gerlach, Siegfried (Hrsg.) (1993): Sachsen : eine politische Landeskunde, Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart.

- Gessner, Dieter (1976): Agrarverbände in der Weimarer Republik, Wirtschaftliche und soziale Voraussetzungen agrarkonservativer Politik vor 1933, Düsseldorf.
- Gies, Horst (1966): R. Walther Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophischen Fakultät der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu Frankfurt/M., Koblenz.
- Gies, Horst (1967): NSDAP und Landwirtschaftliche Organisationen in der Endphase der Weimarer Republik, in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, S. 341-376
- Golecki, Anton: Das Kabinett von Schleicher 3. Dezember 1932 bis 30 Januar 1933, in: Akten der Reichskanzlei, herausgegeben für die Historischen Kommission bei der Bayrischen Akademie der Wissenschaften, Boppard am Rhein.
- Haase, Norbert (2002): Gedenkstätten und historische Orte, in: Vollnhals, Clemens (Hg.) Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.
- Haffner, Sebastian (1981): Anmerkungen zu Hitler, Hamburg
- Haffner, Sebastian (2000): Geschichte eines Deutschen, Die Erinnerungen 1914-1933, München.
- Hoppe, Bertold (1997): Von Schleicher zu Hitler, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, S. 629-657.
- Huber, Ernst Rudolf (1984): Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Band VII Ausbaue Schutz und Untergang der Weimarer Republik, Stuttgart.
- Hubert, Peter (1992): Uniformierter Reichstag, Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf.
- Immanuel Geis (1983) Geschichte Griffbereit, Hamburg.
- Kampferlebnisse (1976): Persönliche Erlebnisse und biographische Skizzen, Oschatz, ohne Autor und Hrsg.
- Kershaw, Ian (1992): Hitlers Macht, Das Profil der NS-Herrschaft, München.
- Kienast, Ernst (1938): Der Deutsche Reichstag, Berlin.
- Klotzbücher, Alois (1964): Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der "Nationalen Opposition" 1918-1933 Inaugural-Dissertation der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität zu Erlangen-Nürnberg.
- Koldiz, G. und Ludwig, J. (2002): Fremd- und Zwangsarbeiter in Sachsen 1939 - 1935, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Halle-Saale.
- Kühnrich, Heinz (1988): Der KZ-Staat 1933-1945, Berlin
- Laufer, Jochen (1996): Die UdSSR und die Einleitung der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand, Stuttgart.
- Longerich, Peter (1989): Die Braunen Bataillone, Geschichte der SA, München.
- Lorant, Stefan (1985): Ich war Hitlers Gefangener, ein Tagebuch 1933, München.

- Merkenich, Stephanie (1998): Grüne Front gegen Weimar, Reichs-Landbund und agrarischer Lobbyismus 1918 - 1933, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 113, Düsseldorf.
- Michael, Wolfgang (2007): Der Aufstieg des Nationalsozialismus und seine „Machtergreifung“ in Oschatz 1928-1933, Oschatzer Geschichts- und Heimatverein, Heft 3.
- Michael, Wolfgang (2008): Das Schutzhaftlager Pappenheim in Oschatz, Geschichts- und Heimatverein Oschatz e.V., Erstveröffentlichung in Sächsische Heimatblätter - Unabhängige Zeitschrift für Sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt / Heft 4 – 2008 Seiten 362-367; Verlag Klaus Gumnior, Chemnitz.
- Michael, Wolfgang und Gabriele Teumer (2014): Oschatz im Krieg 1939-1945, Oschatzer Geschichts- und Heimatverein, Heft 9.
- Müller, Markus (2001): Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei: 1928 - 1933, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 129, Düsseldorf.
- Naumann, Günter (1998): Sächsische Geschichte in Daten, München.
- Piper, Ernst (2007): Kurze Geschichte des Nationalsozialismus von 1919 bis heute, Hamburg.
- Rat der Stadt Oschatz (ohne Jahresangabe): Oschatz 1238 - 1988, o.O.
- Risse, Ernst (2008): Liptitz einst und jetzt, Geschichte eines Dorfes, Wermstdorf im Eigenverlag.
- Schmeitzner, Mike (2002): Ausschaltung - Verfolgung -Widerstand, in: Vollnhals, Clemens (Hg.) Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.
- Schreiber, Carsten (2002): Täter und Opfer, Verfolgungsapparat im NS-Staat, in: Vollnhals, Clemens (Hg.) Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.
- Schuhmann, Silke (2002): Die soziale Lage der Bevölkerung und die NS Sozialpolitik in Sachsen, in: Vollnhals, Clemens (Hg.) Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.
- Schumacher, Martin (Hrsg.) (1991): M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus, Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933-1945, Eine biographische Dokumentation mit einem Forschungsbericht zur Verfolgung deutscher und ausländischer Parlamentarier im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich, Düsseldorf.
- SED Kreisleitung (1985): Der Sieg über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkers vom Faschismus im Kreis Oschatz, Wurzen.
- Shirer, William L. (1940): Berlin Diary, New York.
- Shirer, William L. (1961): Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln.
- Sieber, Dietrich (2000): Von Schafen, Menschen und sonstigen Geschöpfen, Gelnhausen.
- Szejnmann, Claus-Christian (2000): Vom Traum zum Alptraum, Sachsen in der Weimarer Republik, Leipzig.
- Szejnmann, Claus-Christian W. (1999): Nazism in Central Germany, The Brownshirts in 'Red' Saxony, New York, Oxford.

Ueberschär, Gerd und Winfried Vogel (1999): Dienen und Verdienen, Hitlers Geschenke an seine Eliten, Frankfurt a. M.

Verhandlungen des Reichstages, Stenographische Berichte, Berlin

Vollnhals, Clemens (2002): Der gespaltene Freistaat, in: Vollnhals, Clemens (Hg.) Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.

Wagner, Andreas (2001): Mutschmann gegen von Killinger, Konfliktlinien zwischen Gauleiter und SA-Führer während des Aufstiegs der NSDAP und der „Machtergreifung“ im Freistaat Sachsen, Beuchta

Wagner, Andreas (2002): Partei und Staat, in: Vollnhals, Clemens (Hg.) Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig.

Wille, Manfred (1996): Die Verabschiedung der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen, in: Bauerkämper, Arnd (Hrsg.): Junkerland in Bauernhand, Stuttgart.

Verzeichnis der Abkürzungen

CNBL	Christlich Nationale Bauern- und Landvolkpartei, kurz: Landvolkpartei
DDR	Deutsch Demokratische Republik (Ostdeutscher Staat vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung)
DL	Fraktion des Deutschen Landvolkes (CNBL) im Reichstag
DNVP	Deutschnationale Volkspartei, rechtskonservative Partei (Hugenberg)
DVP	Deutsche Volkspartei
KdF	Kraft durch Freude, NS-Freizeitorganisation
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei
RLB	Reichslandbund
RM	Reichsmark
SA	Sturm Abteilung, Saalschutz der NSDAP
SS	Schutzstaffel der NSDAP. Bekannt wegen zahlreicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Pg.	Parteigenosse der NSDAP
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
USPD	Unabhängige Sozialdemokraten Deutschlands, Linke Abspaltung von der SPD.

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1: Carl Traugott Sieber 1801-1871	6
Abbildung 2: Wappen der Familie Sieber	7
Abbildung 3: Rittergut Endschütz	8
Abbildung 4: Heinrich als Husarenleutnant	9
Abbildung 5: Der Albrechtsorden Ritterkreuz 2. Klasse	9
Abbildung 6: Straßenbarrikade in Leipzig 1918	11
Abbildung 7: Einmarsch der Freikorps in Sachsen 1920	13
Abbildung 8: Bataillonsstab der Zeitfreiwilligen im Leipziger Universitätshof.....	14
Abbildung 9: Herrenhaus des Rittergutes Wiederoda	17
Abbildung 10: Heinrichs Familie 1931	20
Abbildung 11: Wahlplakat des Sächsischen Landvolks zur Reichstagswahl am 14. September 1930	25
Abbildung 12: Heinrich im Verzeichnis der Reichstagsabgeordneten 1930	26
Abbildung 13: Heinrichs Plädoyer für seinen „Rechtskurs“	27
Abbildung 14: Die NSADAP missachtet das Parlament	29
Abbildung 15: Namentliche Abstimmungen des Landvolkes am 7.2.1931	32
Abbildung 16: Namentliche Abstimmungen des Landvolkes am 9.2.1931	33
Abbildung 17: Heinrichs Erklärung „Rechts von den Deutschnationalen“	35
Abbildung 18: Heinrichs Abstimmungen am 16.10.1931	36
Abbildung 19: Hotel zum goldenen Löwen genannt Landbundhaus.....	41
Abbildung 20: Heinrichs Ausweis als Gauredner der NSDAP	42
Abbildung 21: Ein deutscher Abend mit Heinrich	45
Abbildung 22: Anzeige zu Heinrichs Wahlveranstaltung am 29.7.1932	46
Abbildung 23: Beurteilung von Heinrichs durch Mutschmann	47
Abbildung 24: Reichstagswahlen in der Amtshauptmannschaft Oschatz.....	49

Abbildung 25: Heinrichs Strandburg auf Borkum 1935	50
Abbildung 26: Parade einer Stahlhelm-Einheit in Oschatz.....	51
Abbildung 27: v. Sybel.....	52
Abbildung 28: SA-Einheit vor dem Café Central in Oschatz	54
Abbildung 29: Der Tag von Potsdam mit Hindenburg; Göring und Mutschmann in Uniform.....	57
Abbildung 30: Joseph Felder.....	58
Abbildung 31: Otto Wels	59
Abbildung 32: Heinrich Sieber im Reichstag 1933.....	60
Abbildung 33: Heinrichs „Ja“ zum Ermächtigungsgesetz	61
Abbildung 34: Heinrich spricht zu Bismarck und Hitler	62
Abbildung 35: Lagerappell im KZ Pappenheim	66
Abbildung 36: Zwangsarbeit der KZ Häftlinge im Steinbruch bei Pappenheim	68
Abbildung 37: NSDAP Kreisleiter Papsdorf	69
Abbildung 38: Verhaftete ehemalige Landvolk Kollegen Karl Hepp (l.) Günther Gerecke (m.) und Georg Baur (r.)	70
Abbildung 39: Walter Darré.....	73
Abbildung 40: Ernennung Heinrichs zum Kreisbauernführer, unterzeichnet von Darré.....	75
Abbildung 41: Körner erhält das Ritterkreuz des Kriegsverdienstkreuzes durch die SS.....	79
Abbildung 42: Amerikanische Karikatur zu Hitlers „Friedensresolution“	82
Abbildung 43: Reichstag 12.12.1933	83
Abbildung 44: Reichsparteitag in Nürnberg 1935	85
Abbildung 45: Heinrich im gleichgeschalteten Reichstag in der Krolloper.....	86
Abbildung 46: Wahlzettel ohne Alternativen 1936.....	87
Abbildung 47: Heinrichs Sitzplatz im Reichstag 1938	84
Abbildung 48: Heinrichs Bild im Verzeichnis der Reichstagsabgeordneten 1938	90
Abbildung 49: SA und SS-Reiterstürme in Wermsdorf.....	92
Abbildung 50: Reithalle in Wermsdorf 1940	94

Abbildung 51: Froh schallt in Wernsdorf das Lied von Kampf und Sieg und Tod	95
Abbildung 52: Kriegserklärung im Reichstag am 6.10.1939.....	97
Abbildung 53: Heinrich auf dem Exerzierplatz in Bautzen 1939	99
Abbildung 54: Deutsche Kavallerie in einem brennenden russischen Dorf	100
Abbildung 55: Tote im Lager Zeithain, nur 33km von Wiederoda entfernt	103
Abbildung 56: Kreisleiter Max Albrecht	105
Abbildung 57: vlnr. Dietrich, Ulrich, Ulla und Gertrud Sieber	106
Abbildung 58: vlnr Gertrud, Ulla, Ulrich (Fronturlaub), Heinrich 1944	107
Abbildung 59: Dresden 1945	107
Abbildung 60: KZ Zug durch Oschatz.....	108
Abbildung 61: Einkesselung von Oschatz und Wiederoda.....	109
Abbildung 62: Gertrud Sieber.....	112
Abbildung 63: HeinrichsGrab in Tegernsee.....	116
Abbildung 64: Rittergut Wiederoda im Jahr 2011	117
Abbildung 65: Abgeordnetenliste für die Sitzung am 26.4.1942.....	122
Abbildung 66: Informationsquelle für Dietrich, Logo mit den ehemals deutschen Ostgebieten	132

Verzeichnis der wichtigsten Personen

- Albrecht, Max 105, 108, 111, 123
- Darré, Walter 72, 74, 75, 78, 92
- Döbrich, Friedrich 28, 30, 34
- Domsch, Alwin 28
- Eichler, Otto 65
- Felder, Joseph 58, 60, 81, 82, 122
- Frick, Wilhelm 36, 38, 47, 81, 87
- Gerecke, Günther 27, 28, 70
- Goebbels, Joseph 29, 30, 32, 46, 48, 55, 57, 99, 123
- Göring, Hermann 38, 54, 55, 58, 60, 90, 98
- Haag, Heinrich 28, 34
- Hepp, Karl 34, 69
- Körner, Helmut 78, 79, 93, 123
- Löbe, Paul 28, 29, 30, 32, 38, 39, 81, 82
- Maerker, General 12, 50
- Mutschmann 48
- Mutschmann, Martin 47, 48, 55, 123
- Papsdorf, Oskar 69
- Phillip, Albrecht 25
- Schiele, Martin 24, 25, 26, 27, 28, 30, 35, 37
- Schiemann 65
- Sieber, Dietrich 16, 17, 50, 92, 94, 101, 104, 107, 109, 110, 113, 114, 115, 116, 125, 129, 131, 132
- Sieber, Gertrud 16, 73, 103, 104, 106, 109, 110, 112, 113, 115, 116, 119, 126, 127, 129
- Stöhr, Franz 34
- Strasser, Gregor 46, 55
- Sybel, Heinrich von 27, 30, 31, 34, 37, 47, 51, 52, 53, 123
- Torgler, Ernst 36
- Vincke, Klaus 94
- Wels, Otto 59
- Wendhausen, Albrecht 31, 34, 51
- Willikens 41, 47, 53

Anmerkungen

- ¹ Im Jahre 2000 ist das Geld etwa 10 mal so viel wert.
- ² Brief vom 10.9.2001 von Frau Ursel Forbrig, Endschütz
- ³ Lapp 1997, S. 21
- ⁴ Szejnmann 2000 S. 15
- ⁵ Szejnmann 2000, S.22
- ⁶ Akte des Reichsnährstandes RN-S29 im Hauptstaatsarchiv Dresden
- ⁷ Abspaltung linker Parteimitglieder von der SPD
- ⁸ <http://www.uni-leipzig.de/~agintern/uni600/ug222.htm>, aufgerufen am 13.1.2012
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Szejnmann, 2000, S. 31, Lapp 1997; S. 39
- ¹¹ Dieses hätte Heinrich bestimmt später in seinem Lebenslauf vermerkt
- ¹² Sieber 2000; S. 130
- ¹³ AH Oschatz 121, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
- ¹⁴ Sieber 2000, S. 130
- ¹⁵ Risse 2008 S.21
- ¹⁶ Lapp 1997, S. 87f
- ¹⁷ Lapp 1997, S. 98
- ¹⁸ Szejnmann 2000, S. 58 und S.36
- ¹⁹ Gies 1966 S. 13
- ²⁰ Szejnmann 2000, S.116, ebd 1999, S. 247
- ²¹ Lapp 1997, S. 204
- ²² Lapp 1997; S. 168
- ²³ Sieber 2000, S. 130
- ²⁴ Deutsche Allgemeine Zeitung 2., 3. und 4. September 1929, in Cullen 1995
- ²⁵ Merkenich 1998, S. 254
- ²⁶ Gies, 1967, S.341
- ²⁷ Gies 1966, S. 20
- ²⁸ 7.3.1928
- ²⁹ 19.5.1928
- ³⁰ Merkenich 1998 S. 353f
- ³¹ Frank 1988, S. 32
- ³² Merkenich 1998, S. 254
- ³³ Frank S.55, Francis 1988
- ³⁴ Merkenich 1998, S. 318
- ³⁵ Shirer 1961, S. 176
- ³⁶ Gies 1967, S. 357
- ³⁷ Wagner 2001, S. 59
- ³⁸ Lapp 1997; S. 169
- ³⁹ Gespräch mit Hans-Peter Gadegast
- ⁴⁰ Müller 2001
- ⁴¹ Jargon der NSDAP vorgetragen vom Fraktionsführer Frick, NSDAP, Verhandlungen Bd. 444, S.8
- ⁴² Verhandlungen Bd. 444, S.10
- ⁴³ Bruhn 1953; S. 58
- ⁴⁴ Müller 2001, S. 193
- ⁴⁵ Franz Schenk Freiherr von Stauffenberg, nicht zu verwechseln mit seinem Verwandten Claus Schenk Graf von Stauffenberg, dem Hitler Attentäter des 20. Juli 1944.
- ⁴⁶ Verhandlungen Bd 444, S. 280ff
- ⁴⁷ Verhandlungen Bd 444, S. 505f
- ⁴⁸ Gies 1966, S. 61ff
- ⁴⁹ Müller 2001, S. 215 u. S.233
- ⁵⁰ Verhandlungen Bd. 444, S. 756
- ⁵¹ Diese wird deutlich daran, dass ein waagerechter Strich auf der Liste des Protokolls vermerkt ist.
- ⁵² Huber 1984, S. 811
- ⁵³ Abgeordneter Bell (Zentrum), Verhandlungen, Band 444, S. 793a
- ⁵⁴ Müller 2001, S. 236
- ⁵⁵ Huber 1984 S. 813
- ⁵⁶ Verhandlungen Bd. 444, S. 874
- ⁵⁷ Huber 1984, S. 814
- ⁵⁸ Verhandlungen 444, S. 901
- ⁵⁹ Nassauischen Bauernzeitung 15.2.1931
- ⁶⁰ E-mail an den Autor im Januar 2003.
- ⁶¹ Mein Kampf
- ⁶² Hubert 1992, S. 25f
- ⁶³ Deutscher Bundestag, 1980, S. 308
- ⁶⁴ Debatte am 6.12.1932 in: Verhandlungen Bd. 455
- ⁶⁵ Verhandlungen, Bd. 446, S.2087
- ⁶⁶ Verhandlungen Bd. 446, S. 2213
- ⁶⁷ Dt. Bundestag 1980, S. 301
- ⁶⁸ Verhandlungen Bd. 446, S. 2439
- ⁶⁹ Verhandlungen Bd.446, S.2545
- ⁷⁰ Verhandlungen Bd 455
- ⁷¹ Gies 1966, S. 21, vgl. Müller (2001) S.14
- ⁷² Gies 1967, S. 368
- ⁷³ Michael 2007, S.36
- ⁷⁴ Oschatzer Gemeinnützige 4.2.1932
- ⁷⁵ Michael 2007, S. 45
- ⁷⁶ Anweisung aus dem Jahr 1930, Gies 1966 S. 45
- ⁷⁷ Szejnmann 2000, S. 115
- ⁷⁸ Michael 2007 S.49
- ⁷⁹ Szejnmann 2000, S. 114
- ⁸⁰ Michael 2007, S. 53, Oschatzer Gemeinnützige 6.6.1932
- ⁸¹ Oschatzer Gemeinnützige 4.7.1932
- ⁸² Gies 1966 S.54
- ⁸³ Bundesarchiv NS 26/551
- ⁸⁴ Die erste Rundfunkrede eines Nationalsozialisten, die auf Anweisung der Reichsregierung am 14. 6.1932 übertragen wurde.
- ⁸⁵ Oschatzer Gemeinnützige 3.11.32
- ⁸⁶ Bundesarchiv NS 26/555
- ⁸⁷ Bundesarchiv NS 26/550
- ⁸⁸ Szejnmann 2000, S.104.
- ⁸⁹ Wagner 2001, S. 64, S. 83
- ⁹⁰ Vollnhals 2002 S. 15

- ⁹¹ Szejnmann 1999, S. 191
⁹² Sieber 2000, S. 133
⁹³ Lapp, 1997; S.139f
⁹⁴ zitiert nach Klotzbücher 1964, S.169
⁹⁵ Benz 2000, S. 16
⁹⁶ Szejnmann 1999, S. 82
⁹⁷ Verhandlungen des Sächsischen Landtages, 26.4.32. S. 2946, zitiert nach Szejnmann 1999, S. 82
⁹⁸ Shirer 1961, S. 176
⁹⁹ Gies 1967, S. 341f
¹⁰⁰ vgl. Golecki, in Akten der Reichskanzlei.
¹⁰¹ Hoppe 1997.
¹⁰² Merkenich 1998, S. 318
¹⁰³ Carsten 1988
¹⁰⁴ Klotzbücher 1964, S. 273
¹⁰⁵ Oschatzer Gemeinnützige vom 3.2.33
¹⁰⁶ Hubert S. 45
¹⁰⁷ Benz 2000, S. 21
¹⁰⁸ Bessel 1984, S.100
¹⁰⁹ Wagner 2002; S. 43
¹¹⁰ Schreiber 2002, S. 172
¹¹¹ Benz 2000, S.23
¹¹² Oschatzer Tageblatt
¹¹³ Shirer 1961, S.191)
¹¹⁴ Oschatzer Gemeinnützige 6.3.1933
¹¹⁵ Benz 2000, S. 25
¹¹⁶ Felder 2000, S. 125 f).
¹¹⁷ ebd., S.133
¹¹⁸ Oschatzer Gemeinnützige 3.4.1933.
¹¹⁹ Oschatzer Tageblatt 3.4.1933
¹²⁰ Schreiber 2002, S. 172
¹²¹ Klotzbücher 1964, S. 279
¹²² Oschatzer Tageblatt 22.3.1933
¹²³ Selbstschutzorganisation der SPD
¹²⁴ Nicht zu verwechseln mit dem Kommandanten des Lagers Pappenheim
¹²⁵ Oschatzer Gemeinnützige 21.3.1993
¹²⁶ Oschatzer Gemeinnützige 24.5.1933
¹²⁷ Oschatzer Gemeinnützige 23.3.1933
¹²⁸ Bessel 1984, S.112
¹²⁹ Kampferlebnisse 1976, S.26
¹³⁰ Michael 2008
¹³¹ <http://www.stolpersteine-oschatz.de/2.html>
¹³² Schuhmacher 1994, S. 27
¹³³ Heinrichs Arbeit im Gemeinderat ist für das Jahr 1939 dokumentiert.
¹³⁴ AH Oschatz 052/46, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹³⁵ AH Oschatz 52/82-86; Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹³⁶ Oschatzer Gemeinnützige 2.12.1935
¹³⁷ Fahle 1986, S. 9
¹³⁸ Oschatzer Gemeinnützige 18.7.1934
¹³⁹ AH Oschatz, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹⁴⁰ Nazibezeichnung für September
¹⁴¹ Oschatzer Gemeinnützige 11.01.1934
¹⁴² Farquharson 1976
¹⁴³ Frank 1988, S. 134
¹⁴⁴ Farquharson 1976, S.75
¹⁴⁵ ebd. S. 173
¹⁴⁶ Frank, 1988, S. 157
¹⁴⁷ ebd. S. 154.
¹⁴⁸ ebd. S. 108ff
¹⁴⁹ AH Oschatz, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹⁵⁰ Benz 2000, S. 98
¹⁵¹ vgl. Farquharson 1976 und Frank 1988, S. 193
¹⁵² Fahle 1986, S. 29
¹⁵³ Frank, 1988, S.171
¹⁵⁴ Farquharson 1976
¹⁵⁵ Freiheitskampf 25.5.1935
¹⁵⁶ RNST -S29 Personalakte Sieber Reichsnährstand, Staatsarchiv Dresden
¹⁵⁷ <http://www.nachfolgeprozesse.nuernberg.de/prozesse/prozesse9.html>, am 18.1.2012
¹⁵⁸ Öffentliche Sitzung der Hauptkammer München am 28.5.1952, AZ: H/10209/52, Staatsarchiv München SpK K 1527
¹⁵⁹ Zeugenaussage Andreas von Zeschau, Gartrop, Hauptkammer München am 28.5.1952, s.o.
¹⁶⁰ Hubert 1992; S. 78f
¹⁶¹ Felder 2000; S.141
¹⁶² Shirer 1961, S: 198
¹⁶³ Schuhmacher 1994, S. 936
¹⁶⁴ Shirer 1941, S. 32
¹⁶⁵ Verhandlungen Bd 458, S. 62
¹⁶⁶ Shirer 1941, S.43
¹⁶⁷ Oschatzer Tageblatt vom 26. 3. 1938
¹⁶⁸ AH Oschatz, 195, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹⁶⁹ AH Oschatz, 138-140, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹⁷⁰ AH Oschatz, 147, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
¹⁷¹ Hubert 1992, S. 339
¹⁷² ebd. S. 342
¹⁷³ Verhandlungen Bd 459
¹⁷⁴ Verhandlungen Bd 460
¹⁷⁵ Verhandlungen Bd 460
¹⁷⁶ Haffner 1981; S. 36
¹⁷⁷ Shirer 1961, S. 439f)
¹⁷⁸ Wagner 2001, S. 134
¹⁷⁹ Longerich 1989, S. 112
¹⁸⁰ Ueberschär 1999, S. 108 und S. 50
¹⁸¹ Sieber 2000, S. 150
¹⁸² Organisationsbuch der NSDAP, S. 371.
¹⁸³ Der SA-Führer, Dez. 1936, S. 17
¹⁸⁴ Der SA-Führer, Juli 1937, S. 27f
¹⁸⁵ Deutsche Reiterhefte. Organisationsbuch der NSDAP, S. 372
Mitteilungsblatt des Reichsinspektors für Reit- und Fahrausbildung Heft 17, 4.Jahrgang 1939.
¹⁸⁶ Sieber 2000, S.153. Die neue Reithalle wurde am 12.12.1934 übergeben.
¹⁸⁷ Fahnenbruck 2013, S. 285

- ¹⁸⁸ Zeugenaussage Wolfgang Meiner, Hauptkammer München am 28.5.1952, s.o.
- ¹⁸⁹ Barrett 1977, S. 312
- ¹⁹⁰ Verhandlungen Bd. 460, S. 47
- ¹⁹¹ Shirer 1961, S. 585
- ¹⁹² Shirer 1961, S. 818 ff
- ¹⁹³ Shirer 1961, S. 791
- ¹⁹⁴ Bericht des Führers der Einsatzgruppe A, Walter Stahlecker, über ein Judenpogrom in Kauen (Kowno), Litauen, am 23. Juni 1941
- ¹⁹⁵ Eidesstattliche Erklärung von Friedrich Joachim, früherer Brotfabrikant in Leipzig, anlässlich des Hauptkammerverfahrens zum Nachlass von Heinrich Sieber, in München am 28.5.1952.
- ¹⁹⁶ Sieber 2000, S.154
- ¹⁹⁷ Sieber 2000, S.154
- ¹⁹⁸ Schuhmann 2002; S. 69
- ¹⁹⁹ Szejnmann 1999, S. 24
- ²⁰⁰ Michael et al 2014, S.190ff
- ²⁰¹ Sieber 2000, S. 150
- ²⁰² Brief Dietrichs an die Erbgemeinschaft Sieber-Grote vom 29.8.2002
- ²⁰³ Benz 2000, S. 191
- ²⁰⁴ Koldiz, G und J. Ludwig (2002)
- ²⁰⁵ AH Oschatz, 1118/1 - 17, 24, 33, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
- ²⁰⁶ AH Oschatz, 1118/1 - 53, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
- ²⁰⁷ Koldiz, G und J. Ludwig (2002), s. 15
- ²⁰⁸ Michael et al 2014, S.85
- ²⁰⁹ AH Oschatz 21118 NSDAP Kreisleitung Oschatz, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
- ²¹⁰ SED Kreisleitung 1985, S. 27
- ²¹¹ Oschatzer Kreiszeitung 4.12.1944
- ²¹² Sieber 2000, S. 166
- ²¹³ Haffner 1981 S. 153
- ²¹⁴ SED Kreisleitung 1985, S. 15
- ²¹⁵ ebd. S. 16f
- ²¹⁶ ebd. S. 10
- ²¹⁷ Sieber 2000, S. 167
- ²¹⁸ Ein bekanntes Beispiel sind die Männer von Brettheim: Zwei Dorfbewohner hatten 15 jährigen Hitlerjungen die Panzerfäuste weggenommen und in den Dorfteich geworfen. Daraufhin kam SS ins Dorf, die aber nur einen der beiden Männer verhaften konnte. Als sich der Bürgermeister und Ortsgruppenleiter weigerten, das geforderte Todesurteil zu unterschreiben, wurden alle drei Brettheimer im Beisein der Hitlerjungen aufgehängt. Die Toten mussten noch tagelang hängen bleiben und das Dorf wurde von Amerikanern weitgehend zerstört.
- ²¹⁹ SED Kreisleitung 1985, S. 33
- ²²⁰ Das Zitat von Gertruds Aufzeichnungen in Dietrichs Memoiren auf S174. ist nicht richtig wiedergegeben worden. Obwohl der Text in wörtlicher Rede markiert ist, entspricht er nicht dem Originaltext, der von Gertruds Enkel Christoph niedergeschrieben wurde. Dietrich spricht lediglich davon, dass Gertrud eine Bekannte wiedertraf. In dem Originaltext ist aber von der Kreisfrauenschafterführerin die Rede.
- ²²¹ Sieber, 2000, S. 175f.
- ²²² Bauerkämper 1996, S. 11
- ²²³ Enders 1996; S. 170
- ²²⁴ Alle weiteren Ausführungen zu diesem Gesetz sind entnommen aus den Amtlichen Nachrichten der Landesverwaltung Sachsen vom 24.9.1945.
- ²²⁵ Laufer 1996; s. 33
- ²²⁶ Wille 1996, s. 101f
- ²²⁷ Schreiben vom 26.9.1945, Kreisverwaltung Oschatz 715, Blatt 6, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig.
- ²²⁸ Sieber, 2000, S. 184f.
- ²²⁹ Gertrud Sieber, Meine Erlebnisse mit den Russen
- ²³⁰ Sieber, 2000, S. 182.
- ²³¹ Aus einem Schreiben vom 18.3.46, in dem dargelegt wird, dass die Bauern das ihnen zugeteilte Land nicht bewirtschaften könnten, weil die Rote Armee immer noch im Herrenhaus sei. (Kreisverwaltung Oschatz 692, Blatt 117, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig).
- ²³² Schreiben vom 18.8.1947, LRS 4155, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
- ²³³ Schreiben vom 28.2.1948, LRS 3832, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden
- ²³⁴ Schreiben vom 23.12.1945, Kreisverwaltung Oschatz 692, Blatt 69, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig.
- ²³⁵ Kreisverwaltung Oschatz 692, Blatt 89, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig.
- ²³⁶ Haffner 2000, S. 9
- ²³⁷ Ausführungsbestimmung zur Verordnung über die Bodenreform im Bundesland Sachsen vom 13. September 1945, Kreisverwaltung Oschatz 715, Blatt 2, Sächsisches Staatsarchiv Leipzig.
- ²³⁸ Piper 2007, S. 279
- ²³⁹ Öffentliche Sitzung der Hauptkammer München am 28.5.1952, AZ: H/10209/52, Staatsarchiv München SpK K 1527
- ²⁴⁰ Zeugenaussage Alfred Franz Götz, Bad Wildungen, Hauptkammer München am 28.5.1952, s.o.
- ²⁴¹ Zeugenaussagen Waldemar Fiedler, Andreas von Zeschau, Alfred Franzen Götz, Wolfgang Meiner, Hauptkammer München am 28.5.1952, s.o.
- ²⁴² Verwaltungsgericht Leipzig, Urteil vom 19. April 2013 wegen Ausgleichsgesetz.
- ²⁴³ Führerlexikon 1934, S.437., Führerlexikon 1938; S.397 und 428
- ²⁴⁴ Telefonat mit Heinz Gerhard im Juli 2002, Oschatzer Geschichtsverein
- ²⁴⁵ Nähere Ausführungen dazu in Ueberschär und Vogel (1999).

- ²⁴⁶ Bruttogehalt, ebd. S. 98
- ²⁴⁷ AH Oschatz, 21118 NSDAP Kreisleitung Oschatz; Sächsisches Staatsarchiv Leipzig
- ²⁴⁸ Merkenich 1998, S. 356f
- ²⁴⁹ Sieber, 2000, S. 149
- ²⁵⁰ Frau Forbrig, Endschütz in einem Telefonat
- ²⁵¹ Stuttgarter Zeitung 29.1.2004
- ²⁵² Der Spiegel 45/2009, s. 32
- ²⁵³ Brief Dietrichs an die Status GmbH vom 12.8.2013
- ²⁵⁴ Brief Dietrichs an die Verwandtschaft vom Februar 1995
- ²⁵⁵ Brief Dietrichs an die Verwandtschaft aus dem Jahr 1997
- ²⁵⁶ Brief Dietrichs an die Verwandtschaft aus dem Jahr 1997
- ²⁵⁷ Sieber, 2000, S. 184
- ²⁵⁸ Der Spiegel, 35/2003
- ²⁵⁹ Brief Dietrichs an die Verwandtschaft aus dem Jahr 1997
- ²⁶⁰ Serie in „Rund um den Colm“ (Wochenblatt der Oschatzer Allgemeinen) im Frühjahr 1995
- ²⁶¹ Sieber, 2000, S. 149f)
- ²⁶² Brief Dietrichs an die Erbgemeinschaft Sieber-Grote vom 29.8.2002